

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 23. Januar 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1981.

Eine Rede an die deutsche Nation.

In der Reichstags-Sitzung vom Donnerstag brachte August Bebel im Laufe seiner Staatsrede auch die Reden des Kaisers gegen die Socialdemokraten zur Sprache und er gab die folgende Erwiderung:

Der Kaiser hat sich nach dem Herrn Reichskanzler für die Gleichberechtigung der Arbeiter ausgesprochen. Die Botschaft hört sich wohl, allein mir fehlt der Glaube. In Bezug auf das Vereins- und Versammlungsrecht, das Koalitionsrecht und nun gar das Wahlrecht, sind die Arbeiter nichts weniger als gleichberechtigt. In Preußen besteht noch heute das elendeste aller Wahlsysteme (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten), unter dem die Arbeiter vollständig rechtlos sind. Der Herr Reichskanzler stellte es als sein Programm hin, daß die ärmeren Massen immer wohlhabender werden und immer mehr Mitglieder der unteren Massen in die oberen Schichten hinaufsteigen. Ein sehr schönes Programm, und wenn der Reichskanzler seine einflussreiche Stellung benutzen will, um es zu verwirklichen, so wird er an uns die besten und treuesten Bundesgenossen finden. (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.) Er kann da viel thun in der Richtung, die ich eben angedeutet habe: Verbesserung des Wahlrechts in den Einzelstaaten, politische und wirtschaftliche Besserstellung der Arbeiter. Da ist ungeheuer viel zu thun. Ihre sociale Position zu verbessern, das möge er nur den Arbeitern selbst überlassen. Heute ist es nicht richtig, daß mehr Leute in die oberen Schichten kommen, sondern gerade umgekehrt. Das bestätigen die Zahlen der amtlichen Statistik. Von 1882—1895 hat die Zahl der selbstständigen Unternehmer in Industrie und Gewerbe um 63 Proz. abgenommen, die Zahl der Arbeiter um 45,9 Proz. zugenommen. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.)

Im Handel und Verkehr hat allerdings in diesem Zeitraum die Zahl der Selbstständigen um 20 Proz. zugenommen, aber wer die sociale Position der vielen Händler und Händlerinnen kennt, weiß, daß sie sich meist nur sehr kümmerlich durchschlagen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Auch hat die Zahl der Arbeiter im Handel und Verkehr um 505 000 zugenommen. Diese Zahlen beweisen das Gegenteil von dem, was der Herr Reichskanzler sagte. Und wir freuen uns, daß es so kommt, es muß der ungeheuren Wehrheit des Volkes zum Bewußtsein kommen, daß der gegenwärtige Zustand der Dinge mit schweren Nachteilen für sie verbunden ist und daß eine höhere, vernünftiger, gerechtere sociale Ordnung herbeigeführt werden muß. Daran werden Sie durch alle Gesetze nichts ändern. Oder sollte etwa der Zolltarif dem Programm des Herrn Reichskanzlers für den socialen Aufschwung entsprechen? Wie wir darüber denken, treffen Sie ja. Der Herr Reichskanzler meinte weiter, das allgemeine direkte Wahlrecht sei von den deutschen Fürsten freiwillig gegeben worden. Das allgemeine Wahlrecht trumpfte Bismarck seiner Zeit gegen Österreich aus. Die deutschen Fürsten müßten es dann zugestehen, weil sonst bei dem Widerstreben der süddeutschen Staaten die deutsche Einheit nie zu stande gekommen wäre. Sie möchten wollen oder nicht, es war eine geschichtliche Notwendigkeit, daß das allgemeine Wahlrecht gegeben wurde. (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.) Dafür wurden ja dann auch die Diäten einbehalten, weil man fürchtete, das mit ihnen die Socialdemokratie groß werden würde. Verhindern haben Sie das freilich auch so nicht können. — Der Herr Reichskanzler wandte sich auch dagegen, daß man den Kaiser persönlich angreift. Gemiß trägt eine persönliche Kampfweise immer mehr dazu bei, die Gegensätze zu verschärfen. Der gegenwärtige Kaiser ist seit jeher bei jeder Gelegenheit auf die Socialdemokratie zu sprechen gekommen und hat seine Stimme gegen die Socialdemokratie in der schärfsten und schneidendsten Weise erhoben. Der Kaiser hat sich ja wiederholt auch in den Kampf der politischen Parteien gemischt, so als der Reichstag es ablehnte, dem Fürsten Bismarck zu seinem 80. Geburtstag zu gratulieren, sich einmal direkt gegen die Majorität des Reichstags gewandt. Das Recht der freien Meinungsäußerung werden wir gewiß niemandem bestreiten. Aber es ist kein Zweifel: Der Fürst genießt im konstitutionellen Staatsleben eine Ausnahmestellung, er ist staatsrechtlich unverantwortlich, ja sogar im hohen Grade strafrechtlich unverantwortlich. Wenn man die Reden, die in der letzten Zeit speziell gegen meine Partei in den denkbar schärfsten Ausdrücken gehalten sind, von irgend einem andern Manne gehalten wären und einer von uns hätte den betreffenden verklagen wollen, so wäre der Redner zweifellos von jedem Richter wegen Beleidigung bestraft worden. (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.) Auch die Presse kann ja nur in sehr vorfichtiger und gebundener Weise auf derartige Angriffe eingehen. Die Presse ist ja durch das Strafgesetzbuch gebunden, das gegenüber der socialdemokratischen Presse in besonderer scharfer Weise angewendet wird, zumal wenn es sich um den Kaiser handelt.

Auch ist die Auffassung des Reichskanzlers nicht haltbar, daß der Kaiser bei seinen Kundgebungen als Privatmann auftreten könne. Der Kaiser ist ebenso wenig wie ein anderer Fürst jemals ein Privatmann. So oft der Kaiser sich irgendwo zeigt, tritt er als Kaiser auf. Eine Ausnahme wäre es vielleicht, wenn er als ein zweiter Harun al Raschid verkleidet in das Volk gehen wollte und in solcher Verkleidung etwa in einer

sammlung eine Rede gegen die Socialdemokratie halten wollte. (Heiterkeit.) Da würden wir dann — nicht dem Kaiser, sondern dem Privatmann, dem Harun al Raschid die entsprechende Antwort geben können. Aber es ist ja ausgeschlossen, daß der Kaiser das thut. (Heiterkeit und Unruhe.) Die Frage, in der speziell wir Socialdemokraten gegenüber diesen fortgesetzten Angriffen und Befinden, ist eine äußerst fatale. Wir werden angegriffen, heftig angegriffen und können nicht antworten. Daß dadurch ein Gefühl der Erbitterung, ja des Hasses gegenüber der Person des Kaisers unter den Angegriffenen erwächst, wundert Sie sich darüber? (Bewegung.) Ist das nicht selbstverständlich? Ich frage die Herren auf der äußersten Rechten, die Loyalisten unter den Loyalisten: wenn Sie so traktiert würden, wie wir seit vielen Jahren, würden Sie dann von denselben Gefühlen der Loyalität erfüllt sein? (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Es gab einmal eine Zeit, wo Sie da drüben (nach rechts) in sehr aufgeregter Stimmung waren und wo in den konservativen Kreisen Preußens und Deutschlands mehr Majestätsbeleidigungen begangen wurden als irgendwo sonst im Deutschen Reich. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Das war im Anfang der neunziger Jahre, in der Zeit Caprivi's und Marschall's. Andre deutsche Fürsten treten nicht in dieser Weise hervor; ich weiß mich z. B. nicht zu entsinnen, daß ein socialdemokratisches Blatt oder ein socialdemokratischer Redner wegen Beleidigung des Prinzregenten von Bayern oder des Königs von Württemberg oder des Großherzogs von Hessen bestraft worden wäre. Warum nicht? Die Herren beachten die Reserve, die ihnen ihre Stellung als konstitutionelle Fürsten auferlegt. (Lebhafte Zustimmung bei den Socialdemokraten.) Sie trüben, wenn ich mich so ausdrücken soll, keine persönliche, keine Parteipolitik. Das ist bei dem deutschen Kaiser anders. Der Reichskanzler hat dies gestern von seinem Standpunkt aus zu recht fertigen versucht. Er sagte, daß der Kaiser nicht anders gleich, daß er eine energische Natur sei, die frei von der Leder weg spreche, und daß er kein Philister sei. Dies Wort hat mir ganz besonders gut gefallen. (Große Heiterkeit links. Unruhe rechts und im Centrum.) Nein, gewiß, das ist er nicht. Ich will auch nicht, daß die Fürsten Philister sein sollen, so wenig, wie andre Leute — es giebt leider zu viele Philister in Deutschland. (Große Heiterkeit.) Der Kaiser braucht kein Philister zu sein, und soll keiner sein nach meiner Meinung, aber die Art, wie er ist und besonders uns gegenüber ist, gefällt uns außerordentlich wenig, die mißfällt uns im höchsten Grade — das versteht doch der Herr Reichskanzler! Und da ist es doch ganz natürlich, daß wir auch einmal das Bedürfnis haben — denn auch bei uns giebt es impulsive Naturen — (Große Heiterkeit) frei vom Herzen unsere Meinung zu sagen. Aber wir können dies heute weder draußen noch hier im Reichstage thun, da der Präsident und daran verhindert. Wenn ich hier, ganz abgesehen von dem vorgestrichenen Fall, in dem Tone gegenüber dem Kaiser rede, wie er gegenüber der Socialdemokratie, dann ginge es mir schlecht. (Unruhe.) Also auch hier muß ich mir außerordentliche Reserve auferlegen, obgleich auch ich zu den impulsiven Naturen gehöre. (Große Heiterkeit.)

Hören wir nun, was von jener Stelle seit etwa 13 Jahren in einer ganzen Reihe von Variationen gegenüber dem „inneren Feinde“ gesprochen worden ist. Da wurde gegenüber einer Deputation der Bergarbeiter 1889 gesagt: „Für mich ist jeder Socialdemokrat gleichbedeutend mit Reichs- und Vaterlandsfeind.“ (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Am 2. September 1898 werden wir eine „Notte von Menschen genannt, nicht wert, den Namen Deutsche zu tragen!“ (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Am 13. Oktober 1895, nach Ermordung des Fabrikanten Schwarz in Mannheim, für die wir so wenig konnten wie jeder andre, wurde gesagt: „Wieder ein Opfer mehr der von den Socialisten angeführten revolutionären Bewegung.“ (Wiederholte Rufe: Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) 1891 wurde ausdinergelegt, daß die Soldaten „dem Kaiser unbedingten Gehorsam schuldig seien, selbst wenn er den Befehl gäbe, auf Vater und Mutter zu schießen!“ Dabei wurde wieder direkt auf die Socialdemokratie hingewiesen. So ist es unausgeseht gegangen. Und nicht allein die Partei in Dursch und Dogen wurde verurteilt, sondern in den letzten Reden sind die schärfsten Angriffe direkt gegen uns als Vertreter der Partei gerichtet. (Sehr richtig! bei den Soc.) Da werden die deutschen Arbeiter aufgefordert, sich von uns loszusagen als von „gefährlichen Menschen“, die wir seien. Wenn die stärkste Partei Deutschlands in dieser Weise behandelt wird, so sind das doch Dinge, die in der Politik des Deutschen Reiches, man mag auf einem Standpunkt stehen wie man will, eine sehr entscheidende Rolle spielen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Wir sind die weitest starkste Partei, wir werden es bei den nächsten Wahlen — das ist gar kein Dramatisieren — in noch viel höherem Grade sein! Wir werden einmals vielleicht — ich nehme das an — die entscheidende Mehrheit der Wähler, vielleicht die entscheidende Mehrheit der Abgeordneten haben, und gegenüber dieser Partei wird fortgesetzt in der Weise verfahren, wie es hier in den verschiedensten Variationen geschehen ist! Da heißt es: „Männer, die bisher als Deutsche gegolten, hätten sich dieses Namens unwürdig gemacht.“ (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Die deutsche Arbeiterklasse solle jede Gemeinschaft mit den Socialdemokraten ablehnen, sie solle das Nichts zwischen sich und uns zerhacken! Die deutschen Arbeiter sollten eine Lösung

der vorhandenen Aufgaben in einer andern Richtung finden, auf die auch die kaiserliche Volkshaus von 1881 zu reden kommt; es wird erklärt, daß Deutschland dasjenige Land sei, wo unter bedeutenden Opfern der Arbeitgeber die Gesetzgebung in hohem Maße zum Wohle der Arbeiter fortentwickelt sei, wo jedem Arbeiter seine auskömmliche Existenz gesichert sei. In der betreffenden Rede heißt es dann weiter von uns Socialdemokraten: „Aber statt Euch objektiv zu vertreten, haben diese Agitatoren Euch aufzuheben versucht gegen Eure Arbeitgeber, die andern Stände, gegen Thron und Altar, und Euch zugleich auf das rücksichtsloseste ausgebeutet, terrorisiert und geknechtet, um ihre Macht zu stärken... Mit solchen Menschen könnt und dürft Ihr als eheliebende Männer nichts mehr zu thun haben und nicht mehr von ihnen Euch leiten lassen. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Reut! Sendet uns Eure Freunde und Kameraden aus Eurer Mitte, den einfachen schlichten Mann aus der Werkstat, der Euer Vertrauen besitzt, in die Volksvertretung; der siehe ein für Eure Wünsche und Interessen, und freudig werden wir ihn willkommen heißen als Arbeitervertreter des deutschen Arbeiterstandes, nicht als Socialdemokraten.“ (Hört! hört! — Bewegung.) Wenn der deutsche Kaiser wünscht, daß die deutschen Arbeiter, die mit uns nicht einverstanden sind, ihre besondern Vertreter wählen im Gegenatz zu uns, so verleihe ich das. Das können die Arbeiter thun, und Sie, meine Herren (zur Mehrheit), Sie können ihnen ja helfen dazu, senden Sie nur Arbeitervertreter in den Reichstag hinein! (Heiterkeit und sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Aber wenn in einer solchen surschbaren Weise mit den Fürsten verfahren wird, die die deutsche Sprache überhaupt kennt, die Socialdemokratie in ihrer Gesamtheit und wie Parteivertreter speziell angegriffen werden, dann ist es ganz selbstverständlich, daß wir dagegen auf das allergnädigste protestieren und derartige Angriffe und eine derartige Redeweise auf das allerentschiedenste als ungebührlich und unzulässig zurückweisen! (Lebhafte Zustimmung bei den Socialdemokraten. — Zwischenruf. — Glöde des Präsidenten.)

Präsident Graf Ballestrem (unterbrechend): Der Zwischenruf meldet sich nicht; ich kann infolge dessen nicht eingreifen. (Bewegung.)

Abg. Bebel (Soc.) fortfahrend:

Wir bemühen uns objektiv zu sein: „Wo Fürsten etwas in unserem Sinne Gutes gethan haben, haben wir das willig anerkannt. Auch dem Kaiser gegenüber! Was haben wir denn für einen Grund, gegen die Person von Fürsten zu sein? Als Republikaner sind wir Gegner der Monarchie, aber nicht Gegner der Fürsten. Es ist hier wie bei unsrer Stellung zur bürgerlichen Gesellschaft, für die wir auch nicht deren einzelne Mitglieder verantwortlich machen. (Sehr richtig! links.) Der Fürst ist als Fürst geboren. Kann er etwas dafür? (Heiterkeit.) Wenn er an etwas unschuldig, so ist er daran unschuldig. Durch den Zufall der Erstgeburt ist er Fürst geworden. Wenn also ein Fürst als Mensch menschlich ist, persönlich nicht gehässig gegen uns auftritt, dann werden wir ihm nie persönlich entgegen treten. Die Monarchie ist eine Institution, keine Personenfrage. Sie ist erwachsen auf historischer Grundlage. Deshalb sind wir ja auch die schärfsten Gegner der Anarchisten, die den Fürstenmord predigen. (Sehr richtig! links.) Es giebt keinen größeren Wahnsinn als die Klentate auf Fürsten. Erstens weil die Fürsten persönlich unschuldig sind, zweitens weil die Anhänger der Monarchie nur dadurch gewinnen, drittens weil die Beseitigung einer Person nichts nützt. (Sehr richtig! links.) Ich glaube, mit der Zeit wird diese Institution eine überwindene sein. Es ist gar nicht gesagt, daß das mit Gewalt geschehen muß. Es sind schon große Umgestaltungen sehr gemächlich vor sich gegangen. Aber wenn hier bei jeder passenden oder unpassenden Gelegenheit die lauesten Angriffe und Verhöhnungen gegen uns gerichtet werden, dann mühen wir nicht Menschen von Fleisch und Blut sein, wenn wir uns das gefallen lassen. (Sehr richtig! links) und es ist ein Skandal für unsere Zustände, daß wir diesen Angriffen mit so gebundenen Händen gegenüber stehen. (Sehr gut! links.)

Nun eine andre Seite der Sache. Es muß doch mit diesen Angriffen ein Zwed verfolgt werden? Glaubt denn jemand hier, daß der Kaiser der von ihm vertretenen Richtung mit solchen Reden nicht glauben Sie wirklich, daß infolge der Reden die Monarchisten zahlreicher, die Socialdemokraten geringer an Zahl geworden sind? Das gerade Gegenteil ist der Fall! Ungezählte Verfolgungen gereichen stets dem Verfolgten zum Vorteil. So war es beim Kulturkampf, ohne ihn würde das Centrum nicht die heutige Bedeutung haben. (Sehr richtig!) So war es beim Socialistengefetz. Herr v. Staudorf hat gestern nach einem neuen Socialistengefetz geschrien. Er hat ja besondere Ideen, vielleicht spielt auch die Fälsch für seinen Freund Stamm eine Rolle dabei. Aber wenn er es sich einmal ruhig überlegt, wird er sich sagen müssen, ihm hat das Ansnahmegefetz nichts genutzt, aber uns. (Sehr richtig! links.) Das beweisen doch die Wahlziffern, die ständig gestiegen sind. Auf jede kaiserliche Rede rechnen ich 100 000 Stimmen für uns. (Große Heiterkeit.) Die Autorität des Monarchen gewinnt nichts im Inlande und auch nichts im Auslande, wo doch der Eindruck des größten Zwiespals zwischen der Krone und der stärksten deutschen Partei hervorgerufen wird. (Sehr richtig!) Nicht genug aber, daß der Kaiser gegen uns auftritt, jetzt kommt auch der Kronprinz. (Große Heiterkeit.) Dieser zwanzigjährige Herr redet auch schon von „Klenden“. (Erneute Heiterkeit.) Was hat denn dieser junge Herr

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonnenzeile oder deren Raum 40 Pf. Für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf. (nur das erste Wort frei). Inseerte für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin“.

für Verdienste (Große Bewegung; Graf Ballestrem erhebt sich), daß er sich so etwas erlaubt? (Anhaltende Bewegung.) Wenn man uns „Glende“ nennt, wir ärgern uns nicht darüber. Schließlich wird der Name zum Ehrennamen, so wie der Name Geusen — „Beitler“ — einst zum Ehrennamen geworden ist. (Sehr gut!) Vielleicht nennen wir unsren künftigen Parteitag den Parteitag der „Glenden“. (Unruhe rechts, lebhaftes Bravo links.) Ich meine, der junge Mann hätte vorläufig wirklich andres zu thun, als der stärksten Partei Deutschlands feindselig gegenüber zu treten, die Socialdemokraten zu beleidigen. Das kann ihm für seine Zukunft als Thronerbe nicht sehr förderlich sein.

Die Kaiserreden haben nun zu Lokalitätskundgebungen geführt. Im Ruhrrevier, in Magdeburg, in Stettin sind die Arbeiter gezwungen worden, sich in den unwürdigsten Ausdrücken in Adressen an die höchste Person zu wenden. Das Unternehmertum hat die Schamlosigkeit so weit getrieben, die Abhängigkeit ihrer Arbeiter so auszunutzen, daß es die Arbeiter gezwungen hat, um Abänderung der Gesetzgebung zu eigenen Knebelung in diesen Adressen zu petitionieren. (Plurime links.) In Pilsenthal, im Riesengebirge, ist die Kaiserrede, in der von den guten Existenzbedingungen der Arbeiter die Rede ist, in den Sälen der dortigen mechanischen Weberei angehängelt worden. Der gute Verdienst besteht dort in 2-7 Mark Wochenlohn! Hungerlöhne! (Lebhaftes Bewegung links.) In vielen Fällen (ich meine nur das Grusonwerk in Magdeburg) sind die Arbeiter, die sich weigerten, die Adressen zu unterschreiben, entlassen worden. Wir sagten ihnen: „Unterschreibt nur! Wollen die Arbeitgeber belogen sein, belügt sie nur!“ Die Erfolge waren auf unsrer Seite. In zwei Monaten hat das Parteiblatt im Ruhrrevier 6000 neue Abonnenten, der „Vorwärts“ 10000 neue Abonnenten erhalten. Fahren Sie nur so fort! Daß dieses Treiben aber zur Korruption und zur Vergiftung unsres ganzen Volkslebens führen muß, das ist zweifellos. (Sehr richtig! links.)

Wir haben Zustände, die einen Vergleich nur mit dem Rom der Cäsaren oder mit Byzanz zulassen. (Lebhaftes Zustimmung bei den Socialdemokraten.) Byzantinismus auf der einen, Cäsarismus auf der andern Seite. Strebertum und Serbilität, der nirgends schlimmer auftritt, als in den oberen Klassen Deutschlands. Wer sich nur ein wenig umsieht, der weiß, welche Feigheit, welche Charakterlosigkeit, welcher erschreckender Mangel an Mut überall vorhanden ist. (Lebhaftes Zustimmung bei den Socialdemokraten.) Alles kriecht, alles sucht Geld und Vorteil zu erbeuten. In der Tasche wird die Faust geballt, wenn der persönliche Vorteil ausbleibt. (Lebhaftes Zustimmung bei den Socialdemokraten.) Ja, Sie hätten alle Ursache, diesen fürchterlichen Krebsgeschaden im Volkstum durch gutes Beispiel zu beseitigen und des Mannes Mut auch vor Königsthrone zu zeigen. (Lebhaftes, wiederholtes Bravo! bei den Socialdemokraten.)

In ebenso gründlicher und sachlicher wie scharfer Weise hatte Bebel am Donnerstag in seiner dreistündigen Staatsrede die Zustände und Vorgänge der äußeren und inneren Reichspolitik gekennzeichnet: die jammervolle Finanzlage, den unruhigen und ausschweifenden Militarismus und Marinismus, die Allernachweltlichkeit, die wirtschaftliche und politische Konkurrenz Amerikas, die Beziehungen zu England, die Abenteuer in Haiti und Venezuela, die Wahlrechtsfrage, die Unzuverlässigkeit des Centrums und der Nationalliberalen, die

Leistungen und Motive der Sozialreform, die sozialpolitische Scharfmacher-Reaktion — alles mit einer Fülle zwingenden Beweismaterials und reich an haarscharf treffenden kritischen Bemerkungen.

Das Haus folgte mit großer Aufmerksamkeit den Darlegungen; aber in der Luft lag die Spannung, die des Entscheidenden harpte. Allerlei Gerüchte schwirrten über die Absichten des Präsidenten, man erwartete einen jähen Zusammenstoß. Graf Ballestrem hatte einmal das Präsidium an den Vicepräsidenten Büsing abgetreten, fehrte aber sofort — wider seine Gewohnheit — zurück, um weiter Wache zu halten. Er mußte sich geraume Zeit gebulden. Erst im letzten Viertel der Rede leitete Bebel die Erörterung auf die Angelegenheit, auf die das ganze Haus mit fast fiebernder Spannung wartete.

Bebel sprach über Wilhelm II. und seine rebnerischen Angriffe auf die Socialdemokratie. Im Saale wurde es totenstill. Auf den Tribünen wie auf den Bänken des Bundesrats lautete man atemlos. Bis zur äußersten Rechten hinüber gab es niemanden, der unachtsam oder widerwillig war. Man war wie in der Erstarrung einer immer näher wachsenden Katastrophe. Zu dem gespanntesten Schweigen flammten heiß und hell in steigender Gewalt die wie aus dem tiefsten Innern der Zeit emporbrechenden Worte unsres Redners.

Ein wunderbares Schauspiel. Fast schien es, als ob der Redner nicht nur als Wortführer der Socialdemokratie seine läuternde, gewitternde Anklage erhob, sondern als ob er die geheimsten Gedanken des Bundesrats, der deutschen Fürsten, ja selbst der Dunkelmänner auf der Rechten aussprach, die wie erdrückt waren von der unentrinnbaren Gewalt der schlichten, starken, lauterer Wahrheit. Der Genius des lange geknechteten und veräummelten Deutschlands hatte sich seine Fesseln gesprengt und kündete jubelnd, daß das deutsche Volk doch nicht ganz in feige Sklaverei und würdelose Lüge gesunken sei. Im Wortführer des deutschen Proletariats ward die Kulturlehre der Nation endlich lebendig.

Wenn Worte Wunder wirken könnten, so würde mit dieser Rede Bebel's die Entwicklung der inneren Verhältnisse sich freier, reiner und glücklicher gestalten. Das schlimmste, widrigste Elend unsrer in ihrer Unwahrscheinlichkeit und geistigen Armseligkeit erstickenden Zustände würde wenigstens beseitigt sein. Der unvermeidliche Kampf der Klassen würde edler und würdiger ausgefochten werden können, der Geist des offiziellen Deutschland würde nicht Jahrhunderte hinter der lebenden Gegenwart und der drängenden Zukunft kriechen und kuchen. Indeß so überschwängliche Hoffnungen darf niemand hegen, doch wie immer auch die Wirkungen sein mögen, diese Stunde ist nicht mehr verlierbar und ganz ohne Frucht kann sie nicht bleiben.

Seit Jahren lastet auf dem Reich das Gefühl: es dürfe nicht so weiter gehen. Endlich einmal müsse der byzantinische Spinn getann werden, der die Nation entnervt, das Unerhörte geduldig ertragen oder selbgepriesen hat. Nicht zuletzt empfanden wir vaterlandslosen Socialdemokraten diese Erniedrigung unsres Volkes; dem auch uns erfüllt der nationale Ehrgeiz, einem kulturwürdigen Gemeinwesen anzugehören. Wir haben kein Interesse daran, auf tiefer Stufe mit dem Niedrigsten zu kämpfen.

Es ist eine zu günstige Auffassung noch, daß Deutschland im Auslande wachsenden Haß erzeuge. Die Dinge stehen schlimmer. Es ist nicht der Haß, der oft ehrt, es ist Hohn und Berachtung. Man begreift es draußen nicht, daß ein Volk, das die größten Kulturgüter der Menschheit geschaffen, zu solcher Tiefe summer und lächerlicher Sklaverei gesunken sei, daß es sein Behagen in einem plumpen Götzendienste finde, daß der prometheische, kraftvoll tragende Gedanke erloschen, verschüttet sei, daß es seine Zeit verbringe mit läppischen Nichtigkeiten und mehrlich und heuchlerisch sein Elend lobe — ein Volk, wie es draußen scheint, von Unmündigen, Thoren und Aechten. Bebel's Rede wird vor dem deutschen Namen wieder Achtung werden. Man wird erkennen, daß nicht alles verrottet und verkommen sei, erstickt im militärischen Drill und streberischer Feigheit. Diese Worte waren in Wirklichkeit eine nationale That, und die deutsche Socialdemokratie wird mit Stolz diesen Versuch der Reinigung als nicht das geringste ihrer Verdienste in Anspruch nehmen. Als Partei des Vaterlandes haben die Vaterlandslosen, die Glenden gesprochen — des Vaterlandes, in dem der Geist der Menschheit ringt.

Bebel hatte verzichtet, auf die besondere Krupp-Affaire einzugehen. Aber er ließ es sich nicht nehmen, die Reden von Essen und Breslau zu erörtern. Und der Präsident wagte es nicht mehr, unsren Kämpfer in den Arm zu fallen. Ohne Unterbrechung konnte Bebel seine gewaltige Anklage, die ein weithin hallender Nachhall war, vollenden. Und indem er all die thörichtesten Legenden, die über die Socialdemokratie gesponnen worden, Flug und sicher zerstörte, verkündete er in stolzem Protest das Recht und den Sieg der Wahrheit. Als er zum Schluß mit zornig bebenden Worten den nichtswürdigen Byzantinismus der herrschenden Klassen geißelte, da barg das gebannte Schweigen der Feinde vielleicht eine noch größere Schuldigung als der stürmisch aufbrausende Beifallsjubel der Freunde. Unter den ehrlichen anständigen Begnern hat es jedenfalls in jenem Augenblick niemand gegeben, der innerlich sich nicht beugte vor der Macht dieser Ausführung der Gewissen.

Auch Graf Bülow schien bestrebt, nicht den Eindruck von Bebel's Rede durch seine sonst niemals verlegene Beredsamkeit zu schwächen. Der wird auch nach erschüttertem Gewitter schellen, daß man selber durchkriegt! Der Reichskanzler klammerte sich mühsam an einen gleichgültigen Zwischenruf der Erregung und, wenn man seine flüchtig haltenden und ausweichenden Sätze, die keiner der bedeutsamen Fragen Stand hielten, logisch zu Ende denkt, so ergibt sich, daß er in Wahrheit die Kritik Bebel's noch verschärfte. Denn wenn er die angegriffenen Kaiserreden nur durch den Hinweis auf den „Ton“ sozialistischer Blätter entschuldigte, so heißt das: alles zugeben und nichts entschuldigen, da es schon aus strafgesetzlichen Gründen ausgeschlossen ist, daß irgend ein socialdemokratisches Organ jemals ein Wort geschrieben, das zu solchen Antworten Anlaß geben konnte.

Nach Bebel's Rede glaubte man in freierer Luft zu atmen. Sie weitete die Lungen und die Herzen. Es wird an den herrschenden Klassen und ihren regierenden Vertretern liegen, ob sie, die Günst der Stunde nützend, zu Lernen noch fähig sind!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 22. Januar.

Ein Opfer des Krupp-Geschehnisses.

Zum ersten Opfer des düsteren Krupp-Geschehnisses ist sein eifrigster Hüter geworden — Graf Ballestrem, der Präsident des Reichstages.

Als Bebel in der Donnerstags-Sitzung des Reichstages sich zur Besprechung jener Kaiserreden von Essen und Breslau anschickte, lag über allen Parteien die erwartungsvollste Spannung. Man nahm an, daß Graf Ballestrem das Eingehen auf diese Angelegenheit wiederum hindern werde. Jedoch der Präsident ließ dem Abgeordneten Bebel den Wortlaut der gegen die Socialdemokratie gerichteten Anschuldigungen des Kaisers vortragen; er hatte sich von seinem Platze erhoben und stehend hörte er die gewaltige Erwiderng des socialdemokratischen Redners, ohne ihn unterbrechen zu können. Das Gefühl von fahler Blässe gezeichnet, in seiner Haltung innerste Bedrücktheit verratend, wagte er nicht, selbst gegen die schärfsten, auf den Kaiser gerichteten Worte, wie sie niemals bisher im Reichstag laut geworden waren, Einspruch zu erheben.

Graf Ballestrem hat sich zwischen gestern und heute überzeugen müssen, daß er durch das Verbot, über die Kaiserreden zu sprechen, die Gerechtigkeit schmähtlich verletzt und daß er zudem die schwerste politische Unflugschuld begangen hatte. Graf Ballestrem, der die Socialdemokratie mundtot machen wollte, mußte sich als Verläder des schwersten Unrechts bekennen, indem er das, was er Tags zuvor als herrlicher Diktator für unzulässig verwarf, nunmehr gewähren lassen mußte. Das Ansehen des Grafen Ballestrem, das bis vor wenigen Monaten ein unbeschränktes war, das aber bereits durch die Rechtsbrüche des Volkstages in der Ueberzeugung eines Teils des Reichstages vernichtet war, ist nun allseitig gerichtet.

Wodurch ist der über alles erstaunliche Umschlag in dem Verhalten des Präsidenten herbeigeführt worden?

Es wäre nur eine neue Ironie, wenn die bürgerliche Presse sich darauf beruft, daß Graf Ballestrem sein Unrecht erkannt und deshalb sein Verbot zurückgezogen habe. Graf Ballestrem ist sich vielmehr des Unrechts bewußt gewesen, schon als er es verbot, und er hat das bewußt begangene Unrecht nur soweit zurückgenommen, als es möglich war, ohne den Zweck desselben zu vereiteln.

Eine Parlamentskorrespondenz erzählte am Mittwoch, daß „man am Bundesrätische die Verhinderung jeder Diskussion in diesem Fall gar nicht erwartet hatte“. Wir bestritten schon gestern die Richtigkeit dieser Meldung und wir haben Anlaß, bei unsrer Ansicht durchaus zu beharren. Wichtig ist nur, daß Graf Ballestrem in seinem Verbot weiter gegangen ist als man am Bundesrätische erwartet hatte, und daß er hierdurch allerdings gerade diejenigen, die er bedienen wollte, in eine sehr unangenehme Lage gebracht hat.

Der Zweck des diktatorischen Verbotes des Grafen Ballestrem sollte sein, jede Erörterung der Krupp-Frage und alles dessen, was mit ihr im Zusammenhang steht, aus der Diskussion gewaltsam zu beseitigen. Dies war der Auftrag, der ihm geworden war.

Nun aber beging Graf Ballestrem den Mißgriff, anstatt nur die Krupp-Frage auszuschalten, die Diskussion über die Reden des Kaisers von Essen und Breslau überhaupt zu verbieten. Hierdurch wurde der Vergeßlichkeitskreis des Grafen Ballestrem so offensichtlich, daß niemand es wagen wollte, sich zum Mitschuldigen zu machen. Zudem hatten die Auftraggeber des Präsidenten, wie sie diesen Auftrag nicht erteilt hatten, auch nicht weniger als Vorteil von dieser Art der Ausführung ihres Auftrages.

Graf Bülow hatte sich darauf vorbereitet, wie auf die Kritik über das Schweigen über Telegamm, so auch auf die socialdemokratische Kritik über Essen und Breslau — abgesehen natürlich vom Krupp-Geschehnis — zu erwidern. Graf Bülow wurde durch den Reichstags-Präsidenten in die wunderbare Lage versetzt, auf Vollmars Rede die vorbereitete sozialpolitische Erörterung zu geben, zu der ihm Vollmar keinerlei Anlaß gegeben hatte, die nur Sinn gehabt hätte, wenn Vollmar die Antwort auf die Rede von Essen und Breslau erteilt haben würde. Graf Bülow ist dann weiter durch den Präsidenten in die grausige Verlegenheit getrieben worden, auf die erschütternde Anklage Bebel's vom Donnerstag überhaupt keine Antwort mehr zur Verfügung zu haben!

In plump ungeheurer Ausführung des ihm gewordenen Auftrages der Rettung des Krupp-Geschehnisses hat Graf Ballestrem dem Reichskanzler die an sich schwierige Situation der Vertretung der Kaiserreden ungenießbar erschwert.

Das eigne Kuschen aber hat Graf Ballestrem selbstverständlich zerstört. Der Mann, der einst Anspruch erhob, unparteiischer und unerschrockener Hüter der Reichstagsrechte zu sein, ist als der Vorkämpfer fremder Anträge erkannt. Im fremden Dienst verhängte Graf Ballestrem das Verbot, über die Kaiserreden zu sprechen; in fremdem Dienst änderte er das, was er Tags zuvor aus vorgeblicher Ueberzeugung als Grundsatz aufgestellt hatte, in sein Gegenteil.

Ein verdientes Schicksal ereilt den Präsidenten des Reichstages, der sich zum Bedienten derer herabwürdigte, welche alles daran setzten, ein schmähtliches Geheimnis im dichtesten Dunkel zu erhalten.

Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus hat am Donnerstag nach Erledigung einiger Rechnungssachen den Besegentwurf betr. die Vorbildung der höheren Verwaltungsbeamten in erster Lesung beraten. Der Entwurf ist im vorigen Jahre nicht zur Verabschiedung gelangt; in der etwas veränderten Form, in der er diesmal dem Hause zugegangen ist, scheint ihm ein besseres Schicksal beschieden. Fast alle Parteien stehen dem Grundgedanken desselben sympathisch gegenüber. Die Notwendigkeit, daß sich die Verwaltungsbeamten mehr mit den Verhältnissen des praktischen Lebens beschäftigen und daß dem Studium der Nationalökonomie eine größere Bedeutung beigemessen werden möge, wurde von allen Seiten betont. Dies Verlangen ist zweifellos berechtigt. Allerdings glauben wir, daß die Beamten, wenn sie unparteiisch die Verhältnisse studieren, zu Anschauungen kommen, die mit denen der Mehrheit des Hauses nicht verträglich sind. Glaube doch Herr Dr. Deumer, der bekannte nationalliberale Generalsekretär des Centralverbandes deutscher Industrieller, unter lebhafter Zustimmung des Hauses dem Grafen Bülow eine zu geringe Würdigung der Verhältnisse des praktischen Lebens vorwerfen zu sollen, weil er in seiner neulichen Reichstagsrede über die Randnote des Kaisers zu dem Bericht Müllerlands nicht die Wohlfahrts-einrichtungen Krupp's gelobt und nicht darauf hingewiesen habe, daß die deutschen Unternehmer schon lange vor Einführung der Versicherungsgesetze aus eigener Initiative die Zukunft ihrer Arbeiter sicher gestellt hätten. Also wieder das alte Streben, die Wissenschaft zur Dienerin von Interessenpolitik herabzuwürdigen!

Die Vorlage wurde einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Am Freitag fällt die Plenarsitzung mit Rücksicht auf die Arbeiten der Budgetkommission aus. Sonnabend beginnt die zweite Staatsberatung mit dem Tomänen- und dem Fortetat.

Deutsches Reich.

Die Wahlbücherei.

Bei der angekündigten Einführung von Maßnahmen zur Sicherung des Wahlgeheimnisses bei den Reichstagswahlen ist es angezeigt, an die entsprechenden Bestimmungen im Großherzogtum Baden zu erinnern.

Die Einführung der Wahlcouverts und des Isolier-raumes bei den badischen Landtagswahlen erfolgte durch Gesetz vom 10. Juli 1896 und ist näher geregelt durch die Vollzugsverordnung zur Landtagswahl-Ordnung vom 12. Juli 1897; sie wurde zum erstenmale praktisch erprobt bei den Landtagswahlen im Herbst 1897 und hat sich gleich bei dieser ersten Anwendung vorzüglich bewährt. Die Wählerchaft fand sich mit der Neuerung sofort sehr gut ab und es sind auch seitens der amtlichen Wahlkommissionen nirgends Verstöße gegen dieselbe vorgekommen, die zu Beanstandungen einer Wahl den Anlaß gegeben hätten. Die hauptsächlichsten Bestimmungen betreffend die Wahlcouverts und die sogenannte Dunkelkammer sind die folgenden:

Der Stimmzettel ist in einem amtlich abgestempelten, mit keinem Kennzeichen versehenen Umschlag (Wahlcouvert) abzugeben. Diese Umschläge sollen aus undurchsichtigem Papier gefertigt und für das ganze Land von gleicher Größe, Form und Farbe sein. Sie werden vom Ministerium des Innern beschafft und an die Gemeinden unter Zugrundelegung der Zahl der bei der letzten Wahl vorhandenen Wahlberechtigten verteilt. Die Kosten der Beschaffung trägt die Staatskasse.

Zur Vornahme der Wahl (Wahlmännertwahl) ist ein mit dem Wahllokal in unmittelbarer Verbindung stehender, nur durch das Wahllokal betretbarer, der Beobachtung unzugänglicher Raum (Nebenzimmer u. dergl.) erforderlich, der auch aus einem Teil des Wahllokals durch geeignete Vorrichtungen (Verschlag u. c.) hergestellt werden kann. In diesem Isolierraum dürfen seitens der verschiedenen Parteien Stimmzettel, die den Anforderungen des Gesetzes entsprechen, aufgelegt und zum Gebrauch der Wähler bereit gehalten werden, auch soll darin für vorkommende Fälle eine Anzahl der amtlich abgestempelten Wahlcouverts aufliegen.

Der Wähler, der seine Stimme abgeben will, tritt zuerst an den Tisch im allgemeinen Wahllokal, an dem die Wahlkommission ihren Platz hat, nennt dort seinen Namen und erhält ein abgestempeltes Wahlcouvert. Mit diesem begibt er sich in den Isolierraum, wo er den Stimmzettel in das Couvert steckt. Im Isolierraum darf sich jeweils nur ein Wähler befinden; nur für den Fall, daß ein Wähler durch körperliche Gebrechen verhindert ist, seinen Stimmzettel eigenhändig in den Umschlag zu legen, darf er sich der Weisheit einer Vertrauensperson bedienen, die aber mit ihm den Isolierraum wieder zu verlassen hat. Mit dem so verdeckten Stimmzettel tritt der Wähler aus dem Isolierraum ins Wahllokal zurück und übergibt den Umschlag, sobald unterdessen festgestellt worden ist, daß kein Name in der Wählerliste enthalten ist, dem Wahlvorstand, der denselben unverändert in die Urne legt. Stimmzettel, die die Wähler nicht in dem amtlich abgestempelten Umschlag abgeben wollen, hat der Wahlvorsteher zurückzuweisen, ebenso die Stimmzettel solcher Wähler, die den oben erwähnten Isolierraum noch nicht betreten haben.

Nach Schluß der Wahlhandlung werden die Umschläge mit den Stimmzetteln aus der Wahlurne genommen und unverändert gezählt. Ist die Uebereinstimmung ihrer Anzahl mit der Zahl der mit dem Abstimmungsbeleg versehenen Wähler festgestellt, so erfolgt die Eröffnung der Umschläge. Einer der Reiferer öffnet jeden Umschlag einzeln, entfaltet den Stimmzettel und übergibt ihn dem Wahlvorstand zur Zählung. Stimmzettel, die in einem nicht amtlich ab-

gestempelten oder in einem äußeren Kennzeichen versehenen Umschlag abgegeben worden sind, sowie mehrere Zettel in einem Umschlag und ungültig.

Dieselben Bestimmungen, die hier für die Wahl der Wahlmänner getroffen sind, finden auch für die Wahl der Abgeordneten Anwendung, soweit sie die Wahlcouverts und den Postraum betreffen.

Ein deutscher Bundesfürst im Reichstag. Während der Rede Webers befand sich unter den aufmerksamsten Hörern der Tribüne auch der jugendliche Herzog von Coburg-Gotha, der von Geburt ein englischer Prinz, sich gegenwärtig auf seinen Regentenberuf vorbereitet. Bei der Kronprinzen-Episode wurde der Herzog besonders lebhaft. Jedenfalls traf er es glücklich, daß er gerade an diesem Tage im Reichstag anwesend war und die in jeder Hinsicht erzieherische Rede Webers anhören durfte.

Der beleidigte Kronprinz.

Wegen Beleidigung des Kronprinzen wurde am Mittwoch der Schlosser Gustav Emil Sommer, welcher am 8. August v. J. in Potsdam über die Reisen des Kronprinzen abfällige Bemerkungen machte und dabei Schimpfworte gebrauchte, von der Potsdamer Strafkammer zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Da Beleidigungen des Kronprinzen nicht wie Kaiserbeleidigungen im „Öffentlichen Interesse“ verfolgt werden, so kann das Strafverfahren in Potsdam nur infolge ausdrücklichen Straf- antrages des Kronprinzen selbst eingeleitet worden sein. Der Kronprinz scheint danach als recht empfindlich gegen Beleidigungen seiner Person. Aber er selbst wägt bestimmtlich seine Äußerungen gegen ihm mißliebige Persönlichkeiten nicht sehr sorgsam.

Zum Fall Löhring erhält die „Post. Ztg.“ die nachfolgende Erklärung:

Der Finanzminister Herr v. Rheinbaben hat in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 20. d. M. erklärt, daß er gar nicht gewußt habe, daß es sich um die Tochter eines Feldwebels handelte. Diese Behauptung ist für die Beurteilung meiner Pensionierungsangelegenheit von keiner Bedeutung. Jedenfalls hat der Minister gewußt, daß es sich um die Tochter eines Subaltern-Beamten handelte. Es verbleibt dabei, daß kaum acht Tage nach meiner Verlobung der Kommissar des Ministers mir wegen meiner Verlobung die Pensionierung anheimstellte, daß er sagte, der Minister sei über meine Verlobung erzürnt, es seien verschiedene anonyme Denunziationen dem Minister zugegangen, dieser wolle, daß ich meine Pensionierung nachsuche, und daß der Kommissar dabei auf ähnliche Fälle bei Regierungspräsidenten hingewiesen hat. Es verbleibt dabei, daß mir der Oberpräsident v. Dittler nach wiederholter Rücksprache mit demselben Kommissar des Ministers erklärte, daß ich durch meine nicht handesgemäße Verlobung mich als Provinzial-Steuerdirektor in Vopen unwürdig gemacht habe, wogegen die mir zur Last gelegten Äußerungen zur Polenpolitik den Hals mir nicht brechen konnten. Berlin, den 22. Januar 1903. Löhring, Geheimrat Oberfinanzrat und Provinzial-Steuer-Direktor a. D.

Ein interessanter Preßbeleidigungs-Prozess hat in Duisburg stattgefunden. Der Verleger und der Redakteur des in Emmrich erscheinenden „Vögelblatts“, die Herren Komen und Schmitz wurden wegen halsloser Beleidigungen des Bürgermeisters der erstere zu einem Jahre, der Redakteur zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Von den ihrem Gegner, dem Emmricher Bürgermeister Menzel nachgesagten Verfehlungen in amtlicher wie in privater Hinsicht war nicht ein Punkt zu erweisen. Der Hauptangeklagte Komen mußte schließlich zugestehen, daß er von seinem Gewährsmanne dem Stadtparlamentarier Gelling aus Emmrich, in unerhörter Weise dupliert worden sei. Im weiteren Verlauf der Sitzung gab er dem Bürgermeister Menzel eine umfassende Ehrenerklärung und hat ihn um Verzeihung. Aufsehen erregte das Erscheinen des Bruders des Angeklagten Komen, des früheren Staatsanwalts und jetzigen Geheimen Kriegsgerichtsrats Komen aus Berlin im Gerichtssaal. Dieser bot sich als Schlichter für seinen Bruder an und wurde auch, trotz des Widerspruches des amtierenden Staatsanwalts, vernommen. Als er aber lediglich ein Gutachten über den Gesundheitszustand seines Bruders abgab, indem er ausführte, daß der Angeklagte morphium-süchtig und daher für seine Verfehlungen nicht zur Rechenschaft gezogen werden könne, erklärte der Vorsitzende energisch, daß er derartige Ausführungen nur aus dem Munde eines medizinischen Sachverständigen entgegennehmen könne. Darauf wählte Herr Komen abtreten und wurde ebensowenig verurteilt wie der jetzige Gelling. Er versuchte noch, mit seinem Bruder zu konferieren, was der Vorsitzende ebenfalls ganz energisch rügte mit dem Hinweis darauf, daß der Angeklagte sich in Untersuchungshaft befinde.

Der frühere Staatsanwalt Komen, der seiner Zeit dadurch berühmt geworden ist, daß er die Sozialdemokraten allgemein des Meineides verdächtigte und der einer der schneidigsten Kämpfer gegen sozialdemokratische Preßhändler war, wird vielleicht jetzt ein wenig milder denken!

Wie ein Kriegsgericht urteilt!

Aus Halle a. S. wird vom 22. Januar berichtet: Sehr teuer zu stehen kamen dem Gefreiten Grötgen von der 2. Eskadron des Kürassier-Regiments Nr. 7 von Halberstadt zwei Ohrfeigen, die er seinem Vorgesetzten, dem Unteroffizier Köditz verabreicht hatte. Bei dem Rückmarsch von dem Marsch wurde die 2. Eskadron in Schnellroda bei Luerst einquartiert, gelegentlich dessen am Abend des 10. September vorigen Jahres ein Tanzvergnügen stattfand, an dem auch G. und K. teilgenommen hatten. Ein Landwirt, der vier zum besten gegeben hatte, geriet mit G., der im letzten Jahre diene und Kurche bei dem Wirtmeister v. Alvensleben war, in Streit, wobei der Unteroffizier, der erst im vierten Jahre diene, für den Spender Partei ergriß und den Gefreiten als Stiefelknager und Spakenrager titulerte. Der Gefreite war dadurch erheblich gereizt und nannte den Köditz „grüner Unteroffizier“, worauf dieser ausgespuckt und dem Gefreiten einen Schlag auf den Arm versetzt haben sollte. Schließlich verabschiedete der Gefreite dem Unteroffizier in der Aufregung ein paar Ohrfeigen. G. war nun heute vor dem Kriegsgericht wegen thätlichen Angriffs und Beleidigung und K. wegen Beleidigung und vorchriftswidriger Behandlung eines Untergebenen angeklagt. Obgleich das Gericht anerkannte, daß der Gefreite erst gereizt worden ist und der Unteroffizier den Vorfall provoziert hat, verurteilte es den Gefreiten zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis, während der Unteroffizier mit 14 Tagen Mittelarrest davon kam. Der Untergebene wurde auch sofort verhaftet.

Ausland.

Beschränkung der Einwanderung in England.

London, 20. Januar. (Eig. Ber.) In den englischen An- sichten über den Wert der Einwanderung hat sich in den letzten Jahren ein gründlicher Umschwung vollzogen. Man darf es ohne Vorbehalt sagen, daß die ganze öffentliche Meinung Englands für eine Beschränkung oder Verhinderung der Immigration eintritt. Die Agitation gegen die Fremden richtet sich vor allem gegen die russischen und polnischen Juden und in zweiter Linie gegen die deutschen und österreichischen Arbeiter und Diensthöfen. Die Uebel der Einwanderung sind zweierlei. Erstens verschärft sie die großstädtischen Probleme: Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit; zweitens befinden sich unter den Einwanderern zahlreiche Elemente, die physisch und moralisch unfähig sind. An bürgerliche Freiheit und Bürgerpflichten sind diese der aus unentwickelten Ländern kommenden Einwanderer nicht gewöhnt. Die erste Generation der Einwanderer deutet vielfach die ihnen geduldeten englische Freiheit zu unbilligen Zwecken aus. Es

vergeht fast kein Tag, an dem nicht irgend ein Fremder von den Londoner Gerichten wegen Diebstahls, Schwindels, Inhabens- jenseits oder Banknotenfälschung verurteilt wird. Die Deutschen leiden darunter am meisten, da die Bekraften sich in der Regel als German ausgeben. Hinzukommt der Herdtrieb der auf niedriger Kulturstufe stehenden Völkerschaften. Sie überfüllen die Häuser, besetzen ganze Quartiere und vertreiben deshalb den Engländer. Da die Einwanderer nicht zusammenwohnen, können sie auch eine höhere Miete zahlen, wodurch fast überall in London die Miete in solchem Steigen begriffen ist. Der wachsende Unwillen des englischen Volkes gegen die Fremden hat wieder mit Haste noch mit Religion etwas zu thun. Er richtet sich vielmehr gegen die Herabdrückung des englischen Kulturstandes. Und wenn man London kennt, ist es schwierig, das englische Volk wegen seiner Fremdenhass zu verurteilen. Ganze Stadtviertel sind mit französischen, deutschen und jüdischen Inhabern, Prostituierten, Lieben und Schwindlern gefüllt. Seit einigen Wochen haben es sich die Londoner Richter zum Grundlag gemacht, bei jeder Verurteilung eines Fremden die Behörde aufzufordern, die Einwanderung zu dämmen. Im verflochtenen Jahre wurde eine parlamentarische Kommission zur Untersuchung der Immigration eingesetzt, die bald ihren Bericht veröffentlichen wird. Dieser Bericht wird die Grundlage der vom englischen Volk verlangten Einwanderungsgeetze bilden.

Frankreich.

Der Achtstundentag in den Marinewerksstätten. Die Verordnung des Marineministers Belletan, wonach in den Marinewerksstätten in Zukunft nur noch acht Stunden pro Tag gearbeitet wird, ist den Privatindustriellen sehr unangenehm und die Verordnung wird in der kapitalistischen Presse Frankreichs durchweg abspödisch kritisiert. Die Industriellen befürchten mit Recht, daß, sobald der Achtstundentag in den Staatswerkstätten eingeführt ist und sich darin bewährt hat, es auf dieser „schiefen Ebene“ immer weiter abwärts gehen werde. Auch die Admirale und sonstigen hohen Beamten der Admiralie scheinen über die Neuerung nicht sehr erfreut zu sein; es ist das an verschiedenen veranlassenden Maßnahmen, die sie getroffen haben, zu erkennen. So hatten die Direktoren der Arsenalen von Cherbourg und Brest die Bestimmung getroffen, daß am Morgen 8, am Nachmittag 3 Stunden gearbeitet werden sollte. Damit sind jedoch die Arbeiter nicht einverstanden, sie verlangen die Einteilung der Arbeitszeit in zwei gleiche Hälften von je 4 Stunden. In Cherbourg, Brest und Toulon haben große Manifestationen stattgefunden, wobei die Arbeiter dem Minister für die Einführung des Achtstundentages ihren Dank ausprochen, sich aber gegen die Maßnahmen der Direktoren wandten.

Die zweijährige Dienstzeit. Im Senat steht zur Zeit der Gesetzgebung die zweijährige Dienstzeit zur Diskussion. Der erste Titel, enthaltend die grundlegenden Bestimmungen der Artikel 1-9, ist bereits angenommen worden. Danach ist jeder Franzose zum Militärdienst verpflichtet; die Dauer der Dienstzeit ist für alle gleich. Die Gesamtdauer der militärischen Dienstzeit beträgt 25 Jahre. Die wegen gemeiner Vergehen und Verbrechen verurteilten Personen sind vom Militärdienst ausgeschlossen. Das Gesetz räumt noch mit einer andern Ungerechtigkeit auf, indem es bestimmt, daß die Offiziere, welche die hohen Schulen von Saint Cyr usw. absolviert haben und die bisher den geschicklichen Dienst in der Kavalerie nicht kennen gelernt haben, in Zukunft ein Jahr als Soldat zu dienen haben.

Italien.

Die ländlichen Verträge und Arbeitsverträge.

Zwei große Gesetzentwürfe beschäftigen zur Zeit das ländliche Proletariat Italiens, das Projekt des Ackerbau- Ministers Bacelli betreffend die „Contratti agrari“ und den Gesetzentwurf der Minister Cocco, Crispi, Bacelli über die Arbeits-Verträge (Contratti di lavoro) der Landarbeiter.

In diesen Entwürfen, die als eine Frucht der vorjährigen Land- arbeiter-Vereinigung angesehen sind, nahm die organisierte Land- arbeiterkammer auf einer kürzlich in Bologna abgehaltenen Konferenz der Vorherrscher der Provinzialverbände, der „Federazione dei contadini“ (Bauern- und Landarbeiter Bund) Stellung. Die Konferenz war stark besucht und die Verhandlungen dauerten von morgens 10 Uhr bis nach Mitternacht. Das Resultat der Zusammen- kunft war die Annahme einer Reihe Beschlüsse, welche die fundamentalen Forderungen der Landarbeiter enthalten. Die social- demokratische Kammerfraktion wird aufgesordert, dieselben im Parla- ment zu vertreten. Die Forderungen bez. der Nacht- und Meß- kontrakte sind folgende:

Die Kontrakte mit den Halbbauern müssen auf der Basis der von der Vereinigung aufgestellten Bedingungen abgeschlossen werden; Untervermietungen sind in keinerlei Form zulässig; alle persönlichen Dienstleistungen ohne Entschädigung und alle Frondienste sind ab- geschafft.

Der Zinsfuß für geliehene Kapitalien und Vorkäufe, die seitens der Besitzer an die Hinterlassenen gegeben werden, wird auf 4 Proz. festgesetzt.

Die Wohnungen der Bauern und die Dörfer überhaupt sind bezüglich ihrer sanitären Zustände gesetzlichen Vorschriften zu unter- werfen.

Dem Bauern (hier immer Halbbauer, Hinterlasse) und seiner Familie muß in jedem Falle ein Existenzminimum gesichert sein, das in zweifelslos von der Schiedskommission — beim Fehlen einer solchen — vom Bezirksrichter festgesetzt wird.

Im übrigen wird die socialistische Fraktion angefordert, alle vom Sekretariat noch zu stellenden Amendements in der Kammer zu unterstützen.

In dem Gesetz betreffend die Arbeitsverträge wurden folgende Grundforderungen aufgestellt:

Jedem Landarbeiter muß durch das Gesetz ein Minimum garantiert werden, das die Wiedererlangung der Arbeitskraft ermöglicht.

Die Arbeitsverträge, Tarife, Reglements, Disziplinarbestimmungen müssen in Einverständnis beider vertragsschließenden Par- teien abgeschlossen sein.

Die Löhne müssen in geschätzter Münze angesetzt werden; Einsetzungen gegen Aufrechnung des Lohnes sind nur auf direkten Wunsch des Arbeiters zulässig.

Die Strafen für Übertretungen der Arbeitsordnung dürfen in keinem Falle ein Fünftel des Tageslohnes übersteigen.

Den Grundbesitzern und deren Vertretern ist in klarer und präziser Form zu verbieten, willkürlich Arbeiter zu entlassen oder ohne Auffündigung Bedingungen zu unterwerfen, die ihn in der Verwirklichung seiner Rechte benachteiligen.

Die Entwürfe werden noch in der nächsten Kammeression zur Verhandlung gelangen.

England.

Ein Ergebnis der Mosels-Kommission.

London, 20. Januar. (Eig. Ber.) Wir haben vor einiger Zeit über eine Kommission von britischen Arbeitern berichtet, die auf Kosten eines Londoner Kapitalisten Mr. Mosels nach den ver- schiedenen Staaten geschickt wurden. Wir knüpfen damals die Be- merkung daran, dieses Unternehmen sei darauf gerichtet, den drohenden politischen Klassenkampf abzumildern. In dem „Engineers' Journal“, der offiziellen Monatszeitschrift der Gewerkschaft der britischen Maschinenbauer, Redakteur usw. wird am 15. d. M. berichtet: „Unser Generalsekretär G. R. Barnes befand sich am 15. November in Cleveland (Ohio) ... wo er mit seinen Freunden den Senator Ross Hanna zu einem Dinner eingeladen wurde. ... Hanna, Abgeordneter Burton, Major Tom L. Johnson (Holl beizien Major oder Bürgermeister Johnson, ein rassistischer Demagog erster Ranges) und Parks von der Civic Federation (der bürger- lichen Vereinigung zur Schlichtung von Streits) Neben Hielten. Solche Versammlungen schaffen viel Gutes, da sie den industriellen Frieden fördern. Die ver- schiedenen Parteien können gewöhnlich ihre Gegensätze in freundschaftlicher Weise erledigen, wenn sie einen gemeinschaftlichen Boden finden könnten, um die Fragen ruhig zu diskutieren.“ Barnes war auch von Direktor des Gymnasiums

zu Cleveland eingeladen, um den Gymnasialisten eine Rede zu halten. So macht man in angelsächsischen Demo- kratien Arbeiterpolitik!

Schweden.

Schiedsgerichte für Arbeitsstreitigkeiten. Die schwedische Re- gierung hat dem Reichstag einen Gesetzentwurf über Vermittlung in Arbeitsstreitigkeiten vorgelegt, der der Hauptsache nach folgendes enthält:

Das Reich wird in Distrikte eingeteilt und für jeden Distrikt ein Vergleichsmasser von der Regierung eingesetzt, dessen Aufgabe sein soll, an der Lösung von Konflikten zwischen Arbeitgebern und Arbeitern sowie zwischen Gruppen von Arbeitern mitzuwirken. Der Vergleichsmasser soll die Arbeitsverhältnisse innerhalb seines Distrikts aufmerksam beobachten und für die Errichtung von Vergleichs- kommissionen und Schiedsgerichten wirken, mit Rat und Aufklärung assistieren sowie an der Beilegung von Arbeitsstreitigkeiten mit- wirken. Wenn Streitigkeiten ausbrechen, soll der Vergleichsmasser persönlich eingreifen, die streitenden Parteien aufsuchen zu ver- handeln und versuchen eine Lösung des Konflikts herbeizuführen. Er kann Sachverständige berufen, die aus den Arbeitgebern und Arbeitnehmern des Distrikts zu wählen sind und mit dem Vergleichs- masser zusammen eine Vergleichskommission bilden. Kommt kein Vergleich zu stande, so kann der Vergleichsmasser die streitenden Par- teien anfordern, Sachverständige zur Entscheidung des Konflikts zu wählen. Die Rechtskraft von Übereinkommen und andern Be- schlüssen wird nach den Bestimmungen der allgemeinen Gesetzgebung festgesetzt. — Es wird vorgeschlagen, daß das Gesetz am 1. Januar 1904 in Kraft treten soll.

Die 32 Volksversammlungen.

welche gestern Abend in Berlin und den Vororten stattfanden, waren ohne Ausnahme sehr stark besucht. Selbst die größten Säle erwießen sich als unzureichend, um die Massen, welche Einlaß suchten, voll- ständig aufzunehmen. Ein Beweis dafür, daß die socialdemokratische Bevölkerung Berlins den lebhaftesten Anteil nimmt an den Vor- gängen im öffentlichen Leben, und daß sie auf dem Plan erscheint, wenn es gilt, die Stimme der öffentlichen Meinung zu erheben und zu urteilen über die Ereignisse, welche im Vordergrund der politischen Erörterungen stehen. Es galt diesmal, in den Versammlungen die Situation zu beleuchten, welche durch die unter Reichs- und Ver- fassungserhebungen zum „Gesetz“ gekommene Volkswirtschaft geschaffen ist; es galt, das schändliche Treiben der reaktionären Parteien in Bezug auf alle wichtigen politischen Angelegenheiten zu kennzeichnen und die Frage zu erörtern, wessen sich das Volk von der Reaktion zu versehen hat. „Was sieht auf dem Spiel?“ lautete die Tagesordnung in allen Versammlungen. Eine Frage, deren Beantwortung sich aus der gegenwärtigen Situation von selbst ergibt. Die reaktionäre Junker- sippe will natürlich, je eher desto lieber, die Fragmente von Volks- rechten, welche wir in Deutschland besitzen, völlig zertrüben. Die schwarze Garde des Centrums ist bereit, bei der Volkserhebung mit- zuhelfen, soweit ihre eigenen Interessen, namentlich ihre Mandate dabei nicht gefährdet werden, und der rührpraktische Liberalismus ist — ganz wenige Ausnahmen abgerechnet — weder fähig noch willens, dem reaktionären Treiben Einhalt zu gebieten, ja, ein großer Teil seiner hervorragenden Führer macht sich — wie die Jollibattanten im Reichstage behaupten haben — ohne Säuen zum Handlanger der Reaktion. Unter diesen Umständen steht für das Volk natürlich der Verlust der wichtigsten Rechte, über die es verfügt, auf dem Spiel. Daß aber der Reaktion und ihren Handlangern dies Spiel gründlich verdorben wird, dafür sorgt die Socialdemokratie, und wenn die Massen des Volkes hinter ihr stehen, dann kann die Reaktion das Spiel nicht gewinnen, dann müssen alle finsternen Pläne, von welcher Seite sie auch kommen mögen, zu Schanden werden. Neben diesen Betrachtungen, die in den Versammlungen gepflogen wurden, standen selbstverständlich auch die jüngsten Vorgänge im Reichstage im Vordergrund der Erörterungen. Vor dem Forum des Volkes fand die schamliche Vergeßlichkeit des freien Wortes durch den Reichs- tagspräsidenten Grafen Balleskem eine einstimmige und entschiedene Verurteilung. Ein unwürdiger Protest war es, den die Jollibattende, welche die Versammlungsorte füllten, gegen den Mißbrauch der Präsidialgewalt des Grafen Balleskem und gleichzeitig gegen die reaktionäre Stimmung erhoben. Aber auch darüber war man sich klar, daß es nicht mit dem Protest in Versammlungen sein Bewenden haben könne, sondern daß vielmehr jeder, der ein Feind von Ver- geßlichkeit und Unterdrückung ist, daß jeder, dem es ernst ist mit der Erhaltung und Erweiterung der Volksrechte, sich der Social- demokratie anschließen und für sie werden muß, damit die bevor- stehenden Reichstagswahlen eine bedeutende Vermehrung der social- demokratischen Stimmen und Mandate bringen. An dem festen Willen des Volkes müssen die reaktionären Pläne scheitern. Die durch den Socialismus vertretenen Ideale des Kulturfortschritts werden das Verlangen nach Wiederbelebung mittelalterlicher Ideen siegreich aus dem Felde jagen.

Heber den Verlauf der Versammlungen gingen und die nach- folgenden Mitteilungen zu.

Erster Wahlkreis.

Die Versammlung war bereits vor Beginn der Verhand- lungen vollständig abgeschlossen, so daß viele keinen Einlaß mehr finden konnten. Das vorzügliche Referat des Staatsanwalts Dr. Kaule- bert, der das Vorgehen der Jollibattenden im Reichstage und nament- lich auch das parteiische Verhalten des Reichstags-Präsidenten einer scharfen Kritik unterzog sowie die politischen Verhältnisse überhaupt eingehend beleuchtete, wurde oftmals durch stürmische Zustimmung- sungen unterbrochen. Eine Diskussion fand nicht statt, da sich Gegner trotz wiederholter Aufforderung nicht zum Wort meldeten.

Zweiter Wahlkreis.

Im Rittersaale der Vordrauerer, wo frühzeitig gesperrt worden war, sprach vor etwa 2000 Personen der Reichstags- Ab- geordnete Ged., zum erstmalig vor Norddeutschen, wie er mitteilte. Er geistete, oft witzig pointiert und vielfach von lebhaftem Beifall unterbrochen, die schäbige Art, wie die Parlamentarierlichkeit der Jollibattenden durchbrachte. Die Social- demokratie sei zwar materiell die Besiegte, aber nicht durch Recht und Weisheit, sondern durch die Gewalt. Ganzend, das richtige treffend und doch wohl abgewogen, waren die Aus- führungen des Redners über Balleskems letzten Gewaltstreik und seine Kräfte, die Reden des Kaisers. Er schloß seinen Vortrag mit dem Wunsch, man möge sich das feierliche Versprechen geben, das allgemeine Wahlrecht so auszubauen, daß man am Wahltag sagen könnte: Gestimmt, gerichtet, gerichtet! (Stürmischer, an- haltender Beifall.) Mit donnerndem Hoch auf die Partei und Ged schloß die Versammlung.

Der große Saal von Schlegelberg in der Hafenseite war bis zum letzten Platz gefüllt. Um 1/2 Uhr wurde von der Polizei ge- sperrt. Es referierte Reichstags-Abgeordneter Pfannsch., der auch einer kritischen Würdigung der allgemeinen politischen Lage die letzten parlamentarischen Vorgänge einer scharfen, aber gerechten Beurteilung unterwarf. Seine Ausführungen, die auslängen in einen Anruf zum Kampf, fanden großen Beifall.

Bei Bübke in der Denkmalsstraße sprach Reichstags- Abgeordneter Richard Fischer. In temperamentvoller Rede geistete er das Verhalten unserer Gegner, ihre volks- feindlichen Bestrebungen und die Vergeßlichkeit der Redefreiheit im Reichstage. Unter stürmischem Beifall der Ver- sammelten gab der Redner der Ansicht Ausdruck, daß die Reaktion nichts vermag, wenn die Massen des Volkes endlich gewillt sind, ihre Rechte zu wahren, was nur unter dem Banner der Socialdemokratie mit Erfolg geschehen kann.

Dritter Wahlkreis.

Im Gewerkschaftshaus waren der große Saal und die Galerien gedrängt voll und hatten, nachdem die Tische entfernt waren, etwa 1800 Personen Platz gefunden, bis schließlich die polizeiliche Absperrung erfolgte. Das Referat hatte der Abgeordnete des Kreises W. Heine übernommen, der in eingehender Weise die Verhältnisse im Reichstage und die gegenwärtige politische Situation wirkungsvoll erörterte. Durch stürmischen Beifall stimmten die Anwesenden dem Referenten zu.

Zum Schluss nahm die Versammlung eine Resolution an, welche das Verhalten der Mehrheit des Reichstages bei den Zolldebatten, sowie den Verrat Eugen Richters und das Vorgehen des Reichstags-Präsidenten gegen den Genossen Vollmar scharf verurteilt.

Die Berliner Ressource war bis auf den letzten Platz besetzt und etwa 1000 Personen anwesend. Hier referierte Reichstags-Abgeordneter Fr. Kunert, dessen treffende Ausführungen von den Versammelten mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurden.

Vierter Wahlkreis (Osten).

In Kellers großem Saal sprach Genosse Paul Singer vor etwa 2500 Personen. Schon eine Stunde vor Beginn der Versammlung war das Lokal polizeilich abgesperrt; viele konnten keinen Einlass mehr finden. Die Polizei schien sich übrigens auf irgend welche außergewöhnlichen Vorläufe vorbereitet zu haben, denn in einer Ecke des Hofplatzes war sogar eine Patrouille berittener Schupkeute postiert und harrte dort „abgesehen“ der Dinge, die da kommen sollten. Natürlich fanden sie keinen Anlaß zu einer kleinen Attacke. Unter brausendem Beifall der Anwesenden übte Genosse Singer seine unerbittliche Kritik an den letzten Vorgängen im Reichstage. Er schloß seine Ausführungen mit einem wichtigen Appell an die Masse, bei den kommenden Wahlen der herrschenden Ausbeuterklasse die nötige Antwort zu geben.

Fünfter Wahlkreis (Südosten).

In der Draehenburg vor dem Schlessischen Thor fand ein so starker Zufluß von Besuchern statt, daß der Saal schon um 7 1/2 Uhr abgesperrt wurde; später konnte dann durch Entfernen der Tische noch für eine Anzahl Personen Platz gemacht werden. Rosa Luxemburg geistelte treffend den schamlosen Ueberfall der Agrarier auf die Taschen des arbeitenden Volkes, sowie die damit verbundenen Vorgänge. Die Enttäuschung, die in ihrer Rede zum Ausdruck kam, fand lebhaften Widerhall in der Versammlung.

Der Saal der Urania in der Wrangelstraße konnte unmöglich die vielen Personen fassen, die Einlass begehrten. Er wurde um 8 Uhr abgesperrt, nachdem auch durch Hinandraufstellen der Tische nicht genügend Platz gemacht werden konnte. Viele Frauen waren unter den Anwesenden. Das Referat des Genossen Dr. Alfred Bernstein erweckte außerst lebhaften Beifall.

Graumanns Saal in der Rammstraße erwies sich als viel zu klein für die Menge derer, die an der Versammlung teilnehmen wollten. Der Saal wurde um 8 Uhr polizeilich abgesperrt. Die padenden Ausführungen des Genossen Dr. Friedeberg wurden mit stürmischem Beifall aufgenommen.

Sechster Wahlkreis.

Die Versammlung in der Granerei Friedrichshain gestaltete sich zu einer wahrhaft großartigen Volkskundgebung. Durch Ausräumung der Tische war es möglich, ca. 4000 Personen in dem Saale zu placieren. Dann aber mußte das Lokal polizeilich gesperrt werden, obwohl noch viele Hunderte Einlass begehrten. Genosse Eduard Bernstein ging in seinem Referat ausführlich auf die Schäden der Zollvorlage und das Verhalten der Reichstags-Majorität ein und geistelte unter stürmischem Beifall der Versammlung das diktatorische Vorgehen des Präsidenten Völkler dem Genossen Vollmar gegenüber. Zum Schlusse drückte er die Hoffnung aus, daß die deutsche Arbeiterschaft bei den kommenden Wahlen beweisen werde, was sie in diesem ereignisreichen Jahre gelernt habe. Eine dahingehende Resolution wurde einstimmig angenommen.

Siebter Wahlkreis.

Der riesige Saal des „Prater“ in der Kasanien-Allee war bereits vor 7 1/2 Uhr polizeilich abgesperrt. In großzügigen, von Carl Luecke geleiteten Ausführungen bewies der Referent Ledebour, daß trotz der tollsten Streiche der Sozialen der Reaktion den Vertretern des arbeitenden Volkes noch immer die Möglichkeit gegeben ist, das zu sagen, was ist. Insbesondere, minütelang anhaltender Beifall zeigte, daß das arbeitende Volk seine Vertreter versteht und gewillt ist, die Antwort auf die Streiche der Reaktion nicht schuldig zu bleiben.

Ebenfalls polizeilich gesperrt und zwar schon gleich nach 8 Uhr war die Versammlung bei Bernau, Schwedersstraße. Hier referierte Genosse Fisch unter stürmischem Beifall. Auch hier mußten viele Hunderte wieder umkehren, ohne Einlass gefunden zu haben.

In Weimanns Volksgarten war der Andrang so stark, daß bei weitem nicht alle Erschienenen Einlass fanden. Der Saal war so stark gefüllt, daß einige der Anwesenden ohnmächtig wurden, so daß die Mitglieder der Arbeiter-Samaritaner-Kolonie, welche zur Stelle waren, helfend eingreifen mußten. Das Referat hielt Genosse Augustin, der in wirkungsvoller Weise die Situation kennzeichnete und zum Widerstand gegen die reaktionären Gelfisse aufforderte. Die imposante Versammlung zollte dem Referenten lebhaften Beifall.

In den Borussia-Sälen in der Aderstraße war der große Saal schon zeitig abgesperrt, so daß Hunderte von Genossen mit ihren Frauen umkehren mußten. Hier referierte Genosse Druns, der in martialischen Worten die Politik der Zollwäucher — des öfteren durch Beifall unterbrochen — geistelte. Im Sinne des Referenten sprachen noch zwei Genossen. Die Versammlung verpflichtete sich, durch rege Agitation zur nächsten Reichstagswahl Duntung für das Verhalten der Mehrheitsparteien zu liefern.

Der Saal des Eiseller-Establissements war bis auf den letzten Platz gefüllt, doch immer neue Scharen drängten herzu, so daß die Polizei das Lokal absperrete. Genossin Clara Zeilin referierte, etwa 2000 Personen, worunter viele Frauen, hörten den trefflichen, oft durch stürmischen Beifall und Zustimmung unterbrochenen Ausführungen der Referentin zu. Nachdem noch zum Schluß der Vorsitzende der Versammlung die Anwesenden ermahnte, die Ausführungen der Vortragenden zu beherzigen, schloß nach einem Hoch auf die Referentin und auch nach einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie die großartige Versammlung.

In Peters Gesellschaftshaus in Roabit sprach Genosse Dr. Herzfeld vor einer überfüllten Versammlung. Nachdem der Referent seine wirkungsvollen Ausführungen unter lebhaftem Beifall der Versammlung beendet hatte, nahm in der Diskussion ein Antifemist das Wort, der durch pöbelhafte Beschimpfungen unserer Partei einen Sturm des Unwillens entfesselte, was dem Heberwachenden Veranlassung gab, die Versammlung aufzulösen.

Wahlkreis Teltow-Beeskow.

In Rigdorf war der Andrang der Arbeiter und Arbeiterinnen ein derartiger, daß die Polizei bereits um 8 Uhr das Versammlungslokal sperrte. Den großen Saal des Bernsdorfschen Lokals in der Hermannstraße füllten etwa 2000 Personen; Tische und Stühle hatte man möglichst entfernt. Hier referierte Genosse Sturm unter stürmischem Beifall. Es herrschte fröhliche Kampfstimmung.

Die Parteigenossen von Steglitz und Lichtersfelde hatten sich in großer Zahl im Richterischen Saale in Groß-Lichterfelde eingefunden. Genosse Silberschmidt zeigte in padender Rede, daß es gegen den Ansturm der Reaktion kein anderes Abwehrmittel giebt, als den Kampf in den Reihen der Sozialdemokratie.

In Rowaves referierte Genosse Biesenthal vor einer äußerst zahlreich besuchten Versammlung, die im Bernsdorfschen Lokal tagte und in der Beurteilung der reaktionären Gelfisse, namentlich auch der jüngsten Vergeivaltung der Redefreiheit mit dem Referenten vollkommen übereinstimmte.

Schöneberg. In Obsts Feisfaal, der bis auf den letzten Platz gefüllt war, sprach Genosse Bartels. Seine treffende Kennzeichnung der gegenwärtigen Situation fand den ungeteilten Beifall der zahlreich anwesenden. Eine Protestresolution gegen die Vergeivaltung der Redefreiheit durch den Reichstags-Präsidenten wurde angenommen.

In Köpenick wurde die Versammlung im Scheerschen Saale abgehalten. Hier referierte der Reichstags-Abgeordnete des Kreises, Genosse Zubeil. In martiger Rede kennzeichnete er die allgemeine Situation sowie die neuesten Gewalttakte im Reichstage. Die imposante Versammlung stimmte den kernigen Ausführungen des Redners durch lebhaften Beifall zu.

In Johannisthal sprach Reichstags-Abgeordneter Förster. Mit lebhaftem Beifall und allgemeiner Zustimmung wurde seine wirkungsvolle Beurteilung der reaktionären Mächenschaften aufgenommen.

Wahlkreis Nieder-Barnim.

In Friedrichsfelde hatten sich die Parteigenossen in Obsts Feisfaal versammelt. Hier hatte Genosse Kiesel das Referat übernommen. Seine anschaulichen Schilderungen der volksfeindlichen Bestrebungen unserer Gegner sowie der neuesten Gewalttaten im Reichstage fanden stürmischen Beifall.

Die Versammlung für Lichtenberg, welche von etwa 1000 Personen besucht war, nahm mit großem Beifall die Ausführungen des Genossen Albrecht entgegen, der in treffender Weise zur Bekämpfung der reaktionären Pläne durch Anschluß an die Sozialdemokratie aufforderte.

Pankow. Der Saal „Zum Ansfürsten“, der größte am Ort, war lange vor Beginn der Versammlung überfüllt. Referent war Reichstags-Abgeordneter Vaudert. Seine treffende Rede gegen die Vergeivaltung der Volksrechte fand den lebhaftesten Beifall der imposanten Versammlung.

In der Diskussion bemühte sich der bekannte Geistliche Raumann, die Sozialdemokratie mit recht kleinlichen Argumenten zu „vernichten“. Er wurde vom Referenten treffend abgefertigt.

In Reinickendorf sprach Genosse Wermuth vor einer imposanten Versammlung, die im Thomasschen Saale tagte. Der treffenden Kennzeichnung der reaktionären Gelfisse durch den Referenten schlossen sich die Versammelten durch lebhaften Beifallshuldigungen an.

In Wilhelmshagen referierte Genosse Schulz. Seine treffende Kennzeichnung der politischen Situation fand lebhaften Zustimmung bei den zahlreich erschienenen Versammlungsbesuchern.

Die Genossen von Rummelsburg und Straalau tagten im Restaurant „Bellevue“. Reichstags-Abgeordneter Mollenhuth zeigte in klarem, wirkungsvollem Vortrage, daß die volksfeindlichen Pläne der Reaktion zu Schanden werden müssen durch die entschiedene Vertretung der Grundzüge des Rechts, welche die Sozialdemokratie vertritt. Durch lebhaften Beifall behandelte die äußerst stark besuchte Versammlung ihre Uebereinstimmung mit dem Vortragenden.

Die Arbeiterschaft von Ziegel und Vorfirgwalde hatte sich sehr zahlreich in Krapps Saal versammelt. Den lebhaften Ausführungen des Referenten Kogke wurde lebhafter Beifall zu teil.

Weißensee. Die Parteigenossen hatten sich, mehr als 1000 Personen stark, im Schloß Weißensee eingefunden. Der Referent, Redakteur Ströbel, kennzeichnete in scharf pointierter Rede das rechtswidrige und volksfeindliche Verhalten unserer Gegner und zeigte unter stürmischem Beifall der imposanten Versammlung, daß nur die Sozialdemokratie einen Schutzwall gegen die Pläne der Reaktion aufrichten kann.

Soziale Rechtspflege.

Der Photograph S. war in der Dresdener Filiale des Berliner Photographen Juchs in Stellung gewesen. Bei seinem Weggange lenkte er vom Vertreter des Herrn Juchs die Invalidentkarte nicht erhalten. Auch später erhielt er sie nicht. Nach seiner Rückkunft nach Berlin verklagte S. Herrn Juchs beim hiesigen Gewerbegericht auf Zahlung einer Entschädigung. Die Klage wurde Juchs am 6. Dezember zugestellt. Am 29. Dezember stellte er dem Kläger eine Bescheinigung zu, mit deren Hilfe sich Kläger bei der Polizei eine neue Karte verschaffte. Die Kammer VIII des Gewerbegerichts unter dem Vorsitz des Gewerberichters Dr. Meier verurteilte den Beklagten zur Zahlung von 28 M., dem Lohnsatz des Klägers für eine Woche. — Begründend wurde ausgeführt: Zweifelloso habe Kläger infolge Fehlens seiner Invalidentkarte, da er ohne diese keine Arbeit erhielt, einen Schaden erlitten. Und zweifelloso sei der Beklagte verantwortlich, denn er habe für das Verschehen seines Vertreters in Dresden zu halten. Die Höhe des Schadenersatzanspruchs wäre hier, da viele Wochen seit der Lösung des Arbeitsverhältnisses verstrichen seien, eine außerordentliche, wenn nicht ein erhebliches konkurrierendes Verschulden auch auf Seite des Klägers vorläge, indem er selber sich nicht darum bemüht habe, durch Quantspruchnahme der Polizei eine neue Invalidentkarte zu erhalten. Es falle deshalb für die Feststellung des Schadens die ganze Zeit fort, welche zwischen der Lösung des Arbeitsverhältnisses und der Klagezustellung liegt. Der in diese Zeit fallende Schaden sei als vom Kläger selbst verschuldet anzusehen, weil er in dieser Zeit gar nichts zur Erlangung einer neuen Karte getan habe. Seit der Klagezustellung vom 6. Dezember lege in dessen ein direktes Verschulden des Beklagten ein. Der Beklagte hätte jetzt alles thun müssen, um einen weiteren Schaden abzuwenden. Er hätte nicht bis zum 24. Dezember warten dürfen, sondern die fragliche Bescheinigung, die die polizeiliche Ausstellung einer neuen Karte ermöglichte, dem Kläger möglichst umgehend zustellen müssen. Aber auch für diese Zeit sei die Feststellung des Schadens schäfer, denn das konkurrierende Verschulden des Klägers greife auch noch in diese Zeit über, da er bei entsprechenden Bemühungen vielleicht schon lange eine Karte gehabt hätte. Das Gericht wies vom § 267 der Zivilprozess-Ordnung Gebrauch machen und den Schaden „unter Würdigung aller Umstände nach freiem Ermessen“ feststellen. So sei es dazu gekommen, dem Kläger nur den Lohnsatz für eine Woche zuzusprechen.

Der Maurermeister N. klagte beim Gewerbegericht gegen den Maurermeister Fris auf Zahlung einer vierzehntägigen Lohnentschädigung, weil er an einem Sonnabend etwa 1/2 Stunde nach Feierabend entlassen worden sei. Er meinte, er hätte nicht erst geraume Zeit nach Eintritt des Feierabends entlassen werden dürfen. Es wäre dasselbe, als wenn er erst am Montag früh entlassen worden wäre. Auch hätte er am Sonnabendabend sein Werkzeug nicht mehr aus dem Keller holen können. Es wäre das bei der herrschenden Dunkelheit lebensgefährlich gewesen. Die Kammer III des Gewerbegerichts, unter Vorsitz des Gewerberichters Dr. Schalhorn verurteilte den Beklagten nur, dem Kläger 23 Pf. für die halbe Stunde zu zahlen, die er auf den Lohn und die Spätere nach dem Eintritt des Feierabends hatte warten müssen. Mit seinem weiteren Anspruch wurde Kläger abgewiesen. Er könnte nur die Wartezeit bezahllen, nicht aber eine Entschädigung für den Montag. Im übrigen sei der Gerichtshof der Ansicht, daß Kläger sein geringes Werkzeug nach demselben Abend hätte aus dem Keller holen können, der ihm bekannt gewesen sei, erst ohne Beleuchtung.

Von der Beweispflicht. Der Hausdiener R. klagte beim Gewerbegericht gegen den Inhaber der Kantine bei den Gastwerkstätten in Ziegel auf Ersatzleistungen für nicht innegehaltene vertragliche Verpflichtungen. Er behauptete in der Verhandlung vor Kammer 6, daß er gegen 30 M. Monatslohn und vollständig freie Station engagiert worden sei. Trotzdem sei ihm kein Logis gewährt worden, auch habe er sich am Sonntag kein Essen selbst kaufen müssen. Sotwohl hierfür wie für das selbst besorgte Logis beanspruchte Kläger eine entsprechende Entschädigung. — Der Beklagte bestritt, daß er die Verpflichtung übernommen habe, dem Kläger freies Logis zu gewähren. Das hätte er nicht können, denn bei der Kantine seien bisher keine Schlafkammer vorhanden gewesen. Und daß Kläger am Sonntag kein Essen erhielt, sei selbstverständlich, denn Sonntags ruhe der Kantinebetrieb. Die Abmachungen hätten sich nur auf die Betriebslogis bezogen. Der Kläger blieb aber bei seinen Angaben und berief sich auf einen Zeugen. Das Gericht vermochte den Zeugen nicht zu ermitteln. — Der Kläger wurde abgewiesen. Der Vorsitzende Dr. Wöhlting führte aus: Da der vom Kläger vorgeschlagene Zeuge nicht zu ermitteln war und der Kläger weitere Beweismittel nicht angegeben hat, so muß er abgewiesen werden, weil er den Nachweis seines Anspruches schuldig geblieben ist.

Unbefugtes Entfernen der Arbeit wandte der Fabrikant Wenzel vor dem Gewerbegericht gegen eine Klage des Arbeiters L. ein, welcher wegen unberechtigter Entlassung eine Entschädigung von 48 M. beanspruchte. Es wurde von der Kammer 5 festgestellt, daß der Kläger wegen Krankheit an einem Sonnabend und dem folgenden Montag von der Arbeit fortgeblieben war und bis zum Montagabend den Arbeitgeber ohne Nachricht gelassen hatte. Der Kläger machte geltend, er sei zuhause ganz allein gewesen, da seine Frau im Krankenhaus lag, und habe keine Gelegenheit gefunden, den Beklagten mündlich oder schriftlich inforrieren zu lassen. Nach längerer Beratung wurde den Parteien ein Vergleich angetragen. Der Kläger weigerte sich zunächst, einen solchen einzugehen, worauf der Vorsitzende Wenzel ihm den Vergleich noch einmal dringend nahelegte und erklärte, daß es entschieden ein Fehler gewesen sei, den Arbeitgeber nicht zu benachrichtigen. Eine Zweifelhäftigkeit und ein Hausgenosse, der sie zum Briefkasten besorgte, hätte sich ohne Zweifel aufreiben lassen. Nunmehr verglichen sich die Parteien auf Zahlung von 6 M.

Kein Entlassungsgrund. Der Fabrikant Mahfariß hatte den Arbeiter A. ohne vorherige Kündigung entlassen, weil A. beim Abladen von Maschinen auf dem Bahnhof mit einem Arbeiter, dem Schloffer L., Streit begonnen und den L. thätlich bedroht habe. A. verklagte Mahfariß beim Gewerbegericht und beanspruchte eine Lohnentschädigung wegen unberechtigter Entlassung. Er machte geltend, daß L. ihn gereizt habe. In seiner Erregung habe er ihm allerdings gedroht. In der Verhandlung vor der Kammer V des Gewerbegerichts wurde der Schloffer L. als Zeuge genommen. Er behauptete, daß Kläger ihn mit einer Latte habe schlagen wollen und mit den Worten, er steche ihn nieder, in die Tasche gegriffen habe. Verletzt hat ihn Kläger nicht. — Der Gerichtshof verurteilte den Beklagten, die verlangte Lohnentschädigung dem Kläger zu zahlen. Der Streit zwischen dem Kläger und dem Schloffer L. stelle einen gesetzlichen Entlassungsgrund nicht dar und auch die vom Kläger ausgestoßenen Drohworte, gebraucht gegen einen Mitarbeiter, rechtfertigen die pflächliche Entlassung nicht.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Jena, 22. Januar. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Es wird hier bekannt, daß der Abg. Saffermann endgültig auf seine Kandidatur in Jena-Neustadt verzichtet hat.

Die Stühwahl in Danzig

endete, wie vorausgesehen war, mit dem Siege des Kandidaten der freisinnigen Vereinigung, des Bankdirektors Rommsen. Das Resultat liegt in folgendem Privattelegramm vor:

Danzig, 22. Januar. Es wurden abgegeben für Bartel (Soc.) 6878, für Rommsen (fr. Pg.) 10472 Stimmen. Rommsen ist somit gewählt.

In der Hauptwahl erhielten Rommsen (fr. Pg.) 6176, v. Gehdebreck (L.) 4282, Bartel (Soc.) 5568, Volkslegier (Vole) 320 Stimmen. Unsere Partei, die in der Stühwahl nur auf einige Referenten angewiesen war, hat gegen die Hauptwahl 800 Stimmen zugenommen. Ein günstiges Vorzeichen für die kommenden Hauptwahlen.

Freistimmen zu den Vorgängen im Reichstage.

München, 22. Januar. (B. S.) Die „München. R. N.“ schreiben mit Bezugnahme auf die Vorgänge im Reichstage: „Es bleibt dabei, ein Konrad, der unangelegentlich seine eigene persönliche Meinung in den Streit des Tages hineinwirft, entäußert sich damit der Unangreifbarkeit seiner Stellung, er begiebt sich des Vorrrechtes, das ihm nicht nur seine Geburt, sondern auch sein edles Wollen verleiht, über allen zu stehen, für alle zu wirken, er zwingt die öffentliche Kritik heraus und mer diese Kritik unterdrücken will, der steuert auf die Ungerechtigkeit und Gefeflofigkeit zu.“

Hochverrats-Prozess Luchs.

London, 22. Januar. (B. L. B.) Bei der heutigen Verhandlung des Hochverrats-Prozesses gegen das Parlamentärsmitglied Luchs führte der Verteidiger aus, daß ein englischer Unterthan, welcher sich freiwillig in einem fremden Staate naturalisieren lasse in der Zeit eines Krieges gegen diesen Staat, nicht mehr als englischer Unterthan angesehen werden könne. Luchs könne daher nicht wegen Hochverrats angeklagt werden; wenn der Gerichtshof ihn jedoch noch als britischen Unterthan ansehe, müsse ihm in Anfrachten, wo er geboren sei, der Prozeß gemacht werden. Der Generalstaatsanwalt erwiderte, Luchs habe offenkundige Hochverrats-Handlungen begangen, bevor er den Naturalisationsbrief erhalten habe konnte. Die Kriegserklärung hätte jeden englischen Unterthan abhalten müssen, mit den Feinden des Königs Vereinbarungen zu treffen. Die Leistung des Naturalisationsbendes von Seiten Luchs sei an sich schon eine Handlung des Hochverrats gewesen.

Marokko.

Tanger, 22. Januar. (Meldung der „Agence Havas“.) Der Hiainastamm, welcher sich dem Präsidenten angeschlossen hatte, wurde von den Truppen des Sultans vollständig geschlagen, deren Befehlshaber dem Sultan 100 Köpfe, 175 Gefangene und zahlreiches Vieh überfandte hat. Die Ruhe im Hiainogebiet ist wieder hergestellt.

Eisenbahndiebstähle.

Frankfurt a. M., 22. Januar. (B. S.) Infolge von seit einiger Zeit vorgelommener Veruntreuung von Sendungen in Gültzügen wurden gestern pflächlich durch Kriminal- und Bahnbeamte bei Eisenbahndienststellen Hausfuchungen vorgenommen. Man fand eine große Anzahl Cigarren und Weinflaschen, welche von der Ständerung einer Bogeländer Sendung herrührten. Ein Bahnbeamter wurde verhaftet.

Reichstag.

244. Sitzung. Donnerstag, den 22. Januar 1903, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Herr v. Thielmann, Graf Posadowsky, v. Götler, v. Tirpitz, Riebecking, Kräfte, Sudde.

Die erste Lesung des Etats wird fortgesetzt.

Abg. Sebel (Zoc.):

Der uns vorliegende Reichsetat repräsentiert eine vollständige Desorganisation unseres Finanzwesens. Er bedeutet ein vollständiges Scheitern. Wir ist kein Beispiel bekannt, daß in einem modernen Staate, der nur halbwegs eine solide finanzielle Grundlage hat, ein ordentlicher Etat in solcher Weise aufgestellt worden wäre, wie dieser hier. Zum zweitenmale wird in diesem Etat eine sogenannte Zuschußanleihe verlangt. Im vorigen Jahre ist es durch die Finanzkommission noch gelungen, diese Zuschußanleihe zu beseitigen. In der Kommission hat damals besonders der Centrums-Abgeordnete Sped die schärfsten Vorwürfe gegen eine solche Deckungsmethode gerichtet. Man hat aber durch bedeutende Abstriche an den Ausgaben und durch Erhöhungen einzelner Einnahmepositionen die Anleihe noch einmal beseitigen können. In diesem Jahre stehen die Dinge wesentlich schlimmer. Die erforderliche Zuschußanleihe beträgt das dreifache des vorigen Jahres, nämlich 88 Millionen Mark. Sie werden durch alle künftigen Zuschußanleihe nicht aus der Welt schaffen können. Trotz aller etwaiger Abstriche werden Sie (zur Mehrheit) gezwungen sein, zu diesem geradezu verzweifelten und gleichzeitig unkonstitutionellen Mittel zu greifen. Mein Freund von Soltmar hat bereits darauf aufmerksam gemacht, daß diese Zuschußanleihe direkt mit der Verfassung im Widerspruch steht. (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.) Ich sehe aber die Zeit kommen, wo noch viel mehr in diesem Reichstag mit der Verfassung im Widerspruch stehen wird, genau so, wie es mit der Handhabung der Geschäftsordnung in letzter Zeit so vielfach der Fall gewesen ist. Ist man einmal auf der schiefen Ebene angekommen, daß man die sich selbst gegebenen Gesetze nicht mehr respektiert, so giebt es auf allen Gebieten kein Halt mehr. Dann werden Sie auf finanziellen Gebiet zu den gewagtesten und allerbedenklichsten Mitteln kommen. Allerdings hat Herr v. Rheinbaben im Abgeordnetenhause in seiner Staatsrede ja gesagt, daß es so nicht weiter gehen könne, aber er hat kein Mittel zur Besserung angeben können. Man es einen traurigeren Zustand für ein großes Reich geben, namentlich angeht der schönen Grundfrage, die gegen den Herr Reichsfinanzminister als sein socialpolitisches Programm entwickelt hat, als daß ständig die notwendigen Lebensmittel den arbeitenden Klassen in unerschütterlicher Weise zur Verfügung zu stehen? Nach der neuesten Statistik vom Jahre 1901 haben die Einnahmen des Reichs aus den Zöllen auf Getreide und Hülsenfrüchte die sehr bedeutende Summe von 150 Millionen ergeben. Nach den Vorkalkulationen, die Sie in den neuen Zolltarif eingeleitet haben, werden diese Einnahmen künftig aller Wahrscheinlichkeit nach ca. 240 bis 250 Millionen betragen; wie denn überhaupt die Mehreinnahmen aus den Agrarzöllen nach dem offiziellen Bericht auf ca. 150 Millionen pro Jahr geschätzt werden. Wenn aber auch die Einnahmen aus den Zöllen steigen — ganz sicher ist das ja nicht, es hängt a. B. davon ab, ob die Krise auf Amerika übergreift — so sind wir deswegen doch noch nicht aus der Finanznot heraus. Es folgt aus der inneren Natur des Marine- und Militär-Etat, daß ihre Forderungen von Jahre zu Jahre steigen müssen. Dabei ist es klar, daß Deutschland so wenig wie irgend ein anderer Großstaat in der Lage ist, auf dem Gebiete des Militärwesens und der Marine zugleich eine Macht ersten Ranges spielen zu können. Aus diesem Grunde haben sich ja auch die Herren vom Centrum jahrelang den Mehrforderungen des Marine-Etats entgegengestellt. Dann aber haben sie das in der Geschichte aller politischen Parteien Innerbürtige getan und im Laufe von 2 Jahren zwei große Stotterungen bewilligt. Der Marineminister steht jetzt gegenüber dem Kriegsminister viel günstiger da. Er hat, was er braucht, für ihn ist auch für die Zukunft durch das Flottengesetz gesorgt. Ob die Mittel da sind oder nicht, Sie (zum Centrum) müssen keine Forderungen bewilligen, denn Sie können das Flottengesetz nicht mehr aufheben ohne Zustimmung des Bundesrates und dieser ist infolge des Einsusses Reichens dafür nie zu haben. Der Herr Kriegsminister aber wartet bis heute noch auf die ihm seiner Zeit in Aussicht gestellten 7000 Mann, er hat in diesem Jahr gar nicht gewagt, sie wieder zu fordern. Jetzt vor den Wahlen würden die Herren vom Centrum sich auch mit Händen und Füßen wehren, Mehrforderungen zu bewilligen, wenn Sie aber dann im nächsten Jahre das Mandat wieder auf fünf Jahre in der Tasche haben, dann werden sie mit sich reden lassen und nach Verwindung des Duinqueinmal ein neues Quinquennat oder Sezenat bewilligen. Aus der Veröffentlichung des Tirpitz'schen Geheimvertrages haben wir ja übrigens auch gesehen, daß auch über den Rahmen des Flottengesetzes hinaus Mehrforderungen in Aussicht stehen.

Aber damit ist die militärisch-marine Situation noch keineswegs vollständig hergestellt. Wir haben vor wenigen Jahren eine neue Artillerie-Bewaffnung bekommen. Der Kriegsminister schilderte damals in der Budgetkommission den traurigen Zustand der deutschen Artillerie in so schwarzen Farben, daß die Kommission die Neubewaffnung Hals über Kopf bewilligte. Frankreich, auf dessen artilleristische Heberlegenheit damals besonders hingewiesen wurde, hat aber alle technischen Fortschritte erst gründlich geprüft, ehe es zu einer Neubewaffnung schritt. Bei uns muß der Einsatz irgend einer Stunde gleich in der nächsten Stunde, koste es was es wolle, durchgeführt werden. Jeder Widerspruch wird einfach niedergeschmettert. (Unruhe rechts.) Und man läßt sich auch zerfahren — das ist das Gefährliche! (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) So konnte auch die neue Artillerie nicht schnell genug durchgeführt werden, und man hat sich endlich getraut, als man im Mai des nächsten Jahres auf dem Tempelhofer Felde die fremden Militärinspektoren mit der Keuerung übertrafen konnte. Heute aber ist unsere erst vor wenigen Jahren angeschaffte Artilleriebewaffnung schon wieder minderwertig und es steht eine Reuauarüstung mit der sogenannten Rohrraketen-Geschützen in Aussicht, die aber ungefähre 10 Millionen kosten wird. Auch bei der Kavallerie hat man sich mit der Einführung der Panzer in ähnlicher Weise übereinstimmend, obgleich im Boerentriege auf Seiten der Engländer mit dieser Waffe sehr schlechte Erfahrungen gemacht sind. Auch unser bisheriges Befestigungswesen ist völlig veraltet und wir müssen jetzt das Sperrsystem der Franzosen nachahmen. Aus einschlägigen Quellen verlaute auch bereits, daß wir höchstwahrscheinlich in der nächsten Legislaturperiode mit einer starken Kavallerieübermehrung zu rechnen haben werden. Ich will mich nicht auf die berühmten Kavallerie-Attaken einlassen, die der Abg. Schäbler neulich erwähnt hat, sondern diese Angelegenheit beim Militäratet ausführlicher behandeln. Es war ein Generalmajor a. D. Herr v. Zerpelin, der in der „Arten-Zeitung“ vom 22. November vorigen Jahres für eine erhebliche Veranschärfung der Kavallerie und Panzer. Wenn in der Militärverwaltung neue denartige Pläne aufkommen, so wird ja die öffentliche Meinung gewöhnlich durch sogenannte Sachverständigen-Artikel von Offizieren a. D. und a. D. darauf vorbereitet. Auf keinem Gebiete nimmt der Staat die Wissenschaft und die Technik in solcher Weise in Anspruch, wie zur Erfindung neuer Verfahrungs- und Leistungsmittel der Menschen. Auf dieser Bahn giebt es

kein Halt. Beim Flotten-Etat erklärte vor einiger Zeit der Marine-Minister, daß bei der gegenwärtigen Entwicklung des Panzerwesens kaum noch Geschosse erlunden werden könnten, denen die Panzer nicht zu widerstehen vermöchten. Ich weiß nicht, ob der Marine-Minister selbst ernsthaft an seine Worte geglaubt hat; ich jedenfalls nicht. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Es giebt hier vorläufig keine Grenze. In neuerer Zeit sind Kanonen hergestellt worden, die Panzerplatten bis zu drei Decimeter Dicke glatt durchschlagen und auch noch die Schiffe zerstören.

Zu dem Augenblicke, wo die Amerikaner anfangen, auf militärischem und maritimen Gebiete mit dem alten Europa in Konkurrenz zu treten, sieht sich das alte Europa auf diesem Gebiete genau so überflügelt wie auf ökonomischen und industriellen Gebiete. Bei ihrer außerordentlichen Energie und bei ihren unerschöpflichen finanziellen Mitteln werden die Amerikaner auch hier Unglaubliches leisten, wie sie auch zu Anfang der 60er Jahre in dem Sezessionskriege alle Gebiete der militärischen Technik geradezu revolutioniert haben. Europa wird in solchem Grade in den Schattungen gestellt, daß eines Tages bei uns doch einmal der allgemeine Madderadaß entstehen muß, den Sie mir gegenüber so oft befürchtet haben. Auf der anderen Seite entwickeln sich alle Staaten der Welt mehr und mehr zu Industriestaaten, produzieren nicht nur ihren eigenen Bedarf selbst, sondern suchen auch noch ihren Ueberschuß in andere Länder abzusetzen. Mit der Raschheit dieser Entwicklung kann die Schöpfung neuer Absatzmärkte nicht gleichen Schritt halten. Das ist ja das Geheimnis der ganzen Goldschuppelkritik, daß man sich die fremde Konkurrenz von Halle schaffen will. Aber alle Staaten haben das selbe Bestreben, man schließt sich allgemein ab, um sich die Märkte abzusperren. Aber unangekündigt erscheinen neue Warenmassen auf dem Weltmarkt, so daß es notwendig zu einer Katastrophe kommen muß. Dann sie eintritt, können wir heute nicht wissen, denn die Expansionsfähigkeit des Weltmarktes läßt sich nicht schätzen; aber daß sie schließlich kommt, kommen muß, darüber sind sich auch Ihre einsichtigen Köpfe einig. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Wenden Sie nach Chile und Argentinien, zwei Barbarenstaaten, die gar nicht den Vergleich mit unsren zivilisierten Staaten. Nun diese Barbarenstaaten haben einen Vertrag miteinander geschlossen, daß sie ihre Kriegsschiffe desarmieren wollen. Dadurch wird jeder Krieg zwischen den beiden Staaten unmöglich gemacht. Bevor unsre zivilisierten Staaten diesem durchaus vernünftigen und nachahmenswerten Beispiel folgen werden, wird wohl noch viel Wasser ins Meer fließen. Aber so schwarz ich im allgemeinen auch unsre gegenwärtigen Verhältnisse beurteile, so bin ich doch optimistisch genug, um anzunehmen, daß auch diese Entwicklung für alle Staaten schließlich notwendig wird und daß sie doch dahin führen wird, wohin wir wollen. Schließlich wird auch unser Weizen blühen! (Sehr richtig! links.)

Herr Dr. Schäbler hat seine Rede mit dem pathetischen Ausdruck geschlossen, daß endlich einmal die Wünsche des Centrums erfüllt, der Kulturkampf beseitigt, die Jesuiten wieder zugelassen werden mögen, und daß dann der deutsche Adler seine Schwünge erheben könne. Eine solche Aufforderung zur Weltkritik, die braucht man gerade noch da oben! (Sehr gut! und Heiterkeit bei den Socialdemokraten.) Wo man irgendwie die Finger dazwischen bekommen kann, da steckt man gleich die ganze Hand hinein. (Sehr gut! und Heiterkeit.)

Wieder kann man, wie 1888 die „Kölnische Zeitung“, von einem Weltkriege vor England sprechen. Unre Politik ist der Handstaus in allen Gassen und wo das noch dann mit geballter Faust sich machen läßt, da wird es recht gründlich erledigt. Ich möchte die Frage an den Herrn Reichsfinanzminister richten, der ja für alle Handlungen des Kaisers die Verantwortung übernehmen will, ob es wahr ist, was unwiderprochen durch die Zeitungen gegangen ist, daß der Kaiser nach der Revolver Entree ein solches Telegramm an den Jaren gerichtet hat: „Der Admiral des Atlantischen Ozeans schickt seine Grüße dem Admiral des Stillen Ozeans.“ (Heiterkeit bei den Socialdemokraten.) Auch folgende Haltung wird angegeben: „Der Beherrscher der westlichen Meere sendet seine Grüße dem Beherrscher des Stillen-Ozeans.“ (Unruhe Heiterkeit h. d. Soc.) Die Antwort aber lautete kurz und prägnant: „Glückliche Reise!“ (Große Heiterkeit bei den Socialdemokraten.) Ich verhehe, daß England auf solche Ergüsse schlecht zu sprechen ist. Auch während der Periode des Boerentriege habe ich immer betont, daß ich mir kein größeres Unglück denken könne, als ein Zerwürfnis zwischen England und Deutschland. (Reichsfinanzminister Graf Walow betritt den Saal.) Das Vergleichen Englands im Boerentriege habe ich dabei in allerhöchster Weise verurteilt. Wir aber haben — von Frankreich und Russland eingeschlossen — ein dringendes Interesse an der Freundschaft Englands.

Die Zustimmung des englischen Volkes basiert zu einem guten Teil von der Zeit, wo die neuen Flottenpläne in Deutschland ausgetauscht und mit dem Hinweis bekräftigt wurden, daß Deutschland in Zukunft mit England einen großen Kampf zur See anzukämpfen haben werde. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Es wurde offen ausgesprochen, daß man dahin strebt, Herrscher des Atlantischen Ozeans zu sein. (Sehr richtig! und Heiterkeit bei den Socialdemokraten.) Es kann auch nicht bestritten werden, daß wenn der Flottenplan durchgeführt ist, — und es ist ja sicher, daß dann neue kommen — wir unmittelbar hinter England als Marinemacht rangieren, wenn nicht mittelwelle Nordamerika uns überflügelt. Es liegt auf der Hand, daß derartige Verhältnisse eine Stimmung in England erzeugen, wie sie ja auch der Herr Reichsfinanzminister lebhaft bedauert hat. Das Darausfahren der gepanzerten Panzer haben wir ja im vorigen Sommer auch in Haiti und jetzt in Venezuela beobachtet können. Die Vorgänge in Haiti haben viel böses Blut gemacht. Als Haiti ein deutsches Schiff beschlagnahmte, das der revolutionären Partei dort Montebanbe zuführen wollte, kam sofort der „Panther“ und bohrte ein haitisches Kriegsschiff in den Grund. Er erhielt ja dann den Dank seines allerhöchsten Herrn durch das bekannte Telegramm (Pravo!) „Das hast Du gut gemacht, Panther!“ Das starke Deutschland brandete doch dem kleinen ohnmächtigen Haiti gegenüber wirklich nicht so vorzugehen. Da gab es doch noch andere Mittel!

In Venezuela liegen ja die Dinge etwas anders. Dort haben deutsche Reichsangehörige Ansprüche, die nicht befriedigt werden. Wer aber in den südamerikanischen Republiken sich niederläßt, muß wissen, daß dort keine Regierung einen Tag ihrer Existenz sicher ist, und jedenfalls müssen Ansprüche, die unter solchen Verhältnissen entstehen, sehr genau geprüft werden. Wenn nach deutscher Schätzung ein Stüd Vieh in Venezuela 100 Franc, nach venezolanischer Schätzung 4 Franc wert sein soll, so ist es klar, daß ungefähre das Mittel, 82 Franc, das Richtige sein wird. Nach untrer Uebersetzung hat sich Deutschland in Venezuela Handlungen zu Schulden kommen lassen, die mit den Regeln des Völkerechts in Widerspruch stehen. Man hat, ohne daß wir uns mit Venezuela im Kriegszustande befinden, venezolanische Kriegsschiffe in den Grund gebohrt. Ein Offizier schreibt darüber: „Das gesamte Material, die Munition wurde genommen und um 8 Uhr ging der übliche Madderadaß unter dem Vorzeichen des P.::s an Land in die Luft.“ (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Wiederungs ist ja nun der „Panther“, als er sich die Einfahrt in den Hafen von Maracaibo erzwingen wollte, durch das Feuer des gepanzerten Forts zum Rückzuge gezwungen. Im Auswärtigen Amte freilich weiß man von all dem nichts, obgleich man sich sonst über die kleinsten Ereignisse Kabeldepeschen senden läßt und obgleich nach England und Amerika eine Masse Telegramme gekommen sind, daß das Auswärtige Amt offiziell noch nichts weiß, ist für mich in

hohem Grade verdächtig und beweist, daß Dinge vorgegangen sind, die auch von ihm nicht gebilligt werden können. Wir haben aber das Recht, dringend zu verlangen, daß uns endlich Aufschluß gegeben werde. Man hätte von vornherein ein Schiedsgericht anrufen sollen. Das geschah aber erst, nachdem in England, Frankreich und Amerika die öffentliche Meinung über das Vorgehen Deutschlands immer erregter wurde. Der Reichs-Schiedsrichter meinte, die Klodade soll uns möglichst wenig kosten. Nun ich glaube, sie kostet uns heute schon mehr als die Forderungen, die wir an Venezuela haben. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Der Herr Reichsfinanzminister hat uns nun einen Gegenschwur zur Sicherung des Wahlsgeheimnisses in Aussicht gestellt. Diese Forderung werden auch wir acceptieren. Dieser Vorlage der Regierung gegenüber machen wir keine Obstruktion. (Auf rechts: Das glauben wir!) In der konservativen Presse freilich hat diese Forderung etwas Sauchgrimmes hervorgerufen. (Heiterkeit.) In Ihren (nach rechts) Wahlkreisen ist ja auch am allermeisten das geheime Stimmrecht ein öffentliches Stimmrecht gewesen (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten), ebenso auch in nationalliberalen Wahlkreisen. Der Fortschritt ist um so mehr zu begrüßen, als sich in letzter Zeit eine Reihe von Stimmen nach Beschränkung des allgemeinen, direkten Wahlrechts erhoben haben. Die Herren vom Centrum und von den Nationalliberalen haben ja freilich auf das entschiedenste solche Absicht in Abrede gestellt. Ich hoffe, daß diese Erklärungen auch für die Zukunft gelten. Das es nicht immer so war, sieht ist. (Sehr richtig bei den Socialdemokraten.) Am 28. November 1896 hat im nationalliberalen Wahlkreis in Hamburg in einer von 2000 Personen besuchten Versammlung der Abg. Semler folgende Resolution bekräftigt: Die Verammlung erucht den Reichsfinanzminister in Erziehung zu geben, in welcher Weise durch Gesetze aus den Umkreis der Staatsordnung gerichteten Mißbrauch des allgemeinen Wahlrechts durch die Socialdemokratie im Wege der Beschränkung des Wahlrechts — sei es durch Erhöhung der Altersgrenze, durch die Forderungen längerer Schaffigkeit oder sonst nie abgeholfen werden könne. Diese Resolution ist einstimmig angenommen worden. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Heftliche Aecherungen soll Herr Haffe-Weitzig gethan haben. In den Einzelstaaten haben die Nationalliberalen auch häufig zu Beschränkungen des Wahlrechts beigetragen. Ich erinnere nur an Saafsen. Ebenso können die Drohungen des Herrn Wasserhagen bei den Zolltarif-Verhandlungen, wir sollten bedenken, daß wir durch unsre Handlungsmethode das allgemeine Wahlrecht in Gefahr bringen, in uns nicht gerade den Glauben erwidern, daß er ein besonderer Verteidiger dieses Rechtes sei.

Auch das Centrum hat sich keineswegs als eifriger Verfechter des allgemeinen Wahlrechts bisher erwiesen. In Preußen, wo es starken Einfluß hat, hat es nur einmal unter Führung des Abg. Windthorst einen Antrag auf Einführung des allgemeinen Wahlrechts gestellt. Seine Haltung bei der Revision des Wahleges im Jahre 1897 hat aber bewirkt, daß eine Reihe sehr bedeutender Bestimmungen in das Gesetz kamen. Von der Forderung des allgemeinen Wahlrechts war nicht die Rede. Herr Sachse erklärte, sie brächten den Antrag aus Opportunitätsgründen nicht ein, weil er doch ausfallend sei. Wenn Sie nur Anträge einbringen wollten, die positiv Aussicht auf Annahme hätten, so hätten Sie viele Ihrer Anträge nicht stellen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Ich erinnere nur an den Jesuitenantrag. Dieser Antrag ist jetzt wiederholt von dem Reichstag angenommen worden, und wir können verlangen, daß die Regierung dem Reichstag so viel Höflichkeit erweist, nach vor Schluß der Session ihre Stellung zu dem Antrag zu begründen. Daß dies bisher nicht geschehen, ist eine Mißachtung sondergleichen, die dem deutschen Reichstag von Seiten der Regierung widerfährt. Regelmäßige Mißachtung bringt die Regierung dem Reichstage in der Diätenfrage entgegen. Wir sind ja die allerletzten, die sich wegen der Diäten aufregen. Wenn wir sie kriegen, ist es uns recht, wenn wir sie nicht kriegen, wursfelt wir weiter wie bisher. (Heiterkeit.) Uns ist durch den Mangel an Diäten noch kein Mandat und kein Abgeordneter abhanden gekommen. Wir haben Kandidaten in Halle und Halle, mehr als das Deutsche Reich Wahlkreise hat. (Heiterkeit.) Und wenn wir im nächsten Reichstage, wie wir hoffen und Sie fürchten, in erheblich verstärkter Zahl zurückkommen, so werden wir wie bisher mit oder ohne Diäten unsre Schuldigkeit thun. (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Herr Schäbler hat eine Tri-Wahlrede gehalten und sich darin auch für den Jesuitentag ausgesprochen. Wir stimmen beifällig für den Jesuitentag; sollten wir aber in die Lage kommen, für Ihren (zum Centrum) Jesuitentag einzutreten zu müssen, so werden wir das thun. Ich würde das sogar für einen Fortschritt gegenüber dem bestehenden Zustande ansehen. Gewiß ist diese Forderung in manchen Betrieben schon überholt, aber in vielen andern ist noch eine längere Arbeitszeit vorhanden. Daran aber, daß wir selbst den Jesuitentag heute noch absolut nicht in Aussicht haben, ist ganz wesentlich die Haltung des Centrums schuld. Der christliche Textilarbeiter-Berein hat schon 1898 den Jesuitentag für alle Arbeiter gefordert. Auch jetzt liegt wieder dem Reichstag eine ähnliche Petition vor. Freilich haben Sie (zum Centrum) eine Enquete gefordert. Ja, man fragt die Fabrikanten, die bekanntermachen, wenige weiche haben angenommen, mensals socialpolitische Fortschritte getrieben. Die deutschen Fabrikanten können es sich nicht leisten, sich bis zu einem gewissen Grade die Sympathien derjenigen Arbeiter zu erwerben, die noch nicht Socialdemokraten sind — die Sympathien der Socialdemokraten erhalten sie selbstverständlich nicht. In der Textilindustrie ist festgestellt, daß die Arbeiter bei einer zehnstündigen Arbeitszeit mehr leisten als bei einer elfstündigen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Aber die deutschen Industriellen sind einmal principieel gegen jede finanzielle Einmischung auf diesem Gebiete und ganz besonders hat sich der preussische Handelsminister Müller erst in den letzten Wochen gegen den gesetzlichen zehnstündigen Normal-Arbeitstag erklärt. Sie wollen Sie, Herr Reichsfinanzminister, Ihre socialpolitischen Anschauungen durchsetzen, wenn nicht einmal derartige kleine Maßregeln zur Verbesserung der materiellen und physischen Lage der Arbeiter Aussicht auf Verwirklichung haben? Selbst vom Standpunkt des Militärstaates aus ist es erforderlich, daß die Arbeiterklasse durch eine überlange Arbeitszeit nicht physisch mißhandelt werde und daß die Kräfte kräftige und moralisch gesunde Leute erhalte. Die Regulierung der Löhnsätze verlangen wir von der Regierung nicht, dafür werden die Arbeiter selbst sorgen, wohl aber die gesetzliche Festlegung der Arbeitszeit. (Während der letzten Ausführungen hat an Stelle des Grafen Valkireim Reichspräsident Wäging den Präsidententag eingenommen.) Dem Sittem- und Waisenverforgungs-Antrag des Centrums zum Zolltarif haben wir zugestimmt, weil wir dadurch wenigstens einen Teil der Zollentnahmen aus den Zollserhöhungen dem Militär- und Marineetat aus den Händen reifen konnten. Die Zollserhöhungen auf Lebensmittel belasten den deutschen Proletariat um 480 Millionen Mark; zusammen mit den 80 Millionen aus den gegenwärtigen Sägen ist das deutsche Brot um 540 Millionen Mark belastet. (Präsident Graf Valkireim übernimmt wieder das Präsidium.)

Ich komme nun zu den Ausführungen des Reichsfinanzministers gegen Soltmar. Er hat behauptet, main Praxtionen-gewisse hätte dem Kaiser und der Konarade eine antisociale Tendenz imputiert, und das sei aus historischen und psychologischen Gründen falsch. Ich konstatiere, daß Soltmar in seiner ganzen Rede keinen Satz ausgesprochen hat, der dem Reichsfinanzminister Veranlassung zu einer solchen Auffassung geben könnte. (Lebhaftes Zustimmung bei den Socialdemokraten.) Im übrigen begreife ich ja, daß der Reichsfinanzminister die Bedeutung der Kaiserlichen Hofkapelle von 1881 und der ganzen

monarchischen Socialpolitik hervorgehoben, die noch jüngst in dem Worte Ausdruck gefunden hat, daß „den deutschen Arbeiter eine geübtere und gute Existenz bis ins Alter hinein geschaffen sei wie in keinem andern Lande der Welt“. Sehen wir uns nur einmal die Notizen etwas an. In der kaiserlichen Reichsliste vom 1881 steht bereits der Satz, daß die Heilung der sozialen Schäden nicht ausschließlich im Wege der „Repression socialdemokratischer Ausschreitungen“ erfolgen könne. Damit ist klar ausgesprochen, daß die Kurch vor der Socialdemokratie das treibende Motiv zu allen diesen Maßnahmen ist.

Nach der Verkündung des Socialistengesetzes war ein ungeheures Maß von Haß und Erbitterung gegen Staat und Gesellschaft entstanden und nun galt es zu zeigen, daß man dem Arbeiter von Staatwegen auch einigermassen entgegenkommen will. Auch in den Motiven zum ersten Unfallversicherungs-Gesetz ist ein ähnlicher Gedanke deutlich ausgesprochen. Es heißt da: „Selbst wenn man dem Reiche vorwerfen wollte, daß es Maßregeln socialistischer Natur ergreife, so müßte es doch geschehen im Interesse der sozialen Fürsorge.“ Nichts Bismarck hat am 20. November 1884 ausdrücklich erklärt: „Wenn es keine Socialdemokratie gäbe, und wenn sich nicht eine Menge Leute vor ihr fürchteten, würden die geringfügigen Fortschritte auf socialen Gebieten nicht existieren.“ (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Niemand ist beruhsener als Bismarck, über die Motive der Socialpolitik zu sprechen. Wir fragen nicht nach den Motiven, wir sehen uns die Sache an und entscheiden uns dann. Nun hat der Reichsminister uns aber vorgeworfen, wir hätten gegen alle diese großen Versicherungsgesetze gestimmt. Ja, das haben wir gethan und wir würden es bei gleicher Situation wieder thun. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Principiell sind wir keine Gegner der Versicherungsgesetzgebung. Wir sind es so wenig, daß, als das erste Unfallversicherungsgesetz kam, Herr Bamberger erklärte: „Das ist ja ganz die Vorlage, wie Herr Bebel sie vor einem Jahre verlangt hat. Er sollte Geheißrat werden und sie vertreten.“ (Weiterkeit.) Wir haben bei allen diesen Gelegenheiten die erdenklichste Mühe gegeben, durch Anträge, Gründe und Debatten sie so umzugestalten, daß sie dem Arbeiter wirklich zum Vorteil gereichen. Wie aber sind sie geworden? Sie bieten dem Arbeiter zum Leben zu wenig und zum Sterben zu wenig. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Deshalb haben wir schließlich die Versicherungsgesetze abgelehnt. Genau so machen es auch andere Parteien. So hat das Centrum 1874 gegen die neue Pflanzgesetzgebung gestimmt und es hat auch gegen das Invalidengesetz gestimmt, gegen das in Bayern als „Wappergesetz“ arge Mißstimmung herrschte. Als dann die Novelle kam zum Invalidengesetz und es uns gelang, eine Anzahl Verbesserungen durchzubringen, da haben wir uns gefragt, sollen wir nun für das Gesetz stimmen? Eine starke Minderheit in der Fraction war dagegen, aber schließlich haben wir es doch gethan, weil die Verbesserung die Verschlechterung überwiegt. Uebrigens habe ich noch keinen deutschen Arbeiter gefunden, der deshalb gegen die Socialdemokratie wäre, weil sie nicht für die socialpolitischen Gesetze gestimmt hat. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

(Präsident Graf Ballestrem übernimmt wieder den Vorsitz.) Graf Ballestrem hat dann weiter auf das Urtheil der Friendly Societies und auf das Urtheil Millersands hingewiesen. Der Bericht des Reichsministers war mir recht interessant zu hören, aber der Reichsminister weiß doch ganz genau, daß Diplomaten sehr häßlich zu einander sind (Weiterkeit) und daß sie manches schärfer betonen, als sie es im Herzogthum meinen. Allein ich nehme an, daß das, was Millersand gesagt hat, wirklich ernst gemeint war. Dann muß ich aber sagen, einmal betrachtet man im Ausland die Dinge anders als im Inland und dann entwickelt gerade die französische Bourgeoisie eine Feindseligkeit gegen socialpolitische Maßnahmen, wie die Bourgeoisie keines andern Landes. Der Kaiser hat am Rand des kaiserlichen Berichtes bemerkt: „Ganz wie bei uns. Da sind wir einmal anders, andersweise derselben Meinung wie der Kaiser. Auch in der deutschen Bourgeoisie giebt es die giftigsten Feinde einer Socialpolitik — ich brauche nur den Namen Buxé auszusprechen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Aber das muß anerkannt werden: was die socialpolitischen Gesetze anlangt, so hat die deutsche Bourgeoisie zwar geknurr, aber sie hat sie schließlich doch apporriert. Auch bei der Einkommen- und bei der Vermögenssteuer hat sie zwar geknurr, aber sie schließlich doch zugelassen. In Frankreich aber hat trotz des radikalen Bloßes die Reform der Einkommensteuer keine Aussicht. Die Bourgeoisie der lateinischen Länder setzt überhaupt der Socialpolitik größeren Widerstand entgegen, als die Bourgeoisie der germanischen Völker, die mehr Entgegenkommen zeigt. Ich erinnere nur an die englische Bourgeoisie: für die englische Freiheit würden wir vielleicht die ganze deutsche Socialgesetzgebung daran geben. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Herr Millersand hat seine Wappengleichung genauer gefaßt; obwohl sein älteres Versicherungsgesetz außerordentlich abgeschwächt und schlecht ist, ist es doch abgelehnt worden. Der Herr Reichsminister hat uns einen Millersand gewünscht. Ich möchte ihn fragen, ob er denn auch geneigt wäre, ihn als Kollegen in ein deutsches Ministerium zu nehmen. (Große Weiterkeit, in die auch der Reichsminister einstimmt.) Wenn er im Sinne der Socialdemokratie dort wirkte, würden wir nichts dagegen haben; wenn er es aber nicht thäte, würde er gerade so schlecht behandelt werden, wie ein anderer Minister. (Erneute Weiterkeit.) Nun, die Frage ist gewiß nicht aktuell, jedenfalls nicht jetzt, daß die französische Bourgeoisie besonders bödsartig und schlimmer als die deutsche ist. Sehen wir uns nun einmal die Reihseite der Medaille des socialen Programms der Reichsregierung an. Wir haben den Erlaß vom 4. Februar 1890 begrüßt, weil der Kaiser darin ausdrücklich hervorgehoben, er sehe sich veranlaßt, die Forderungen, die die Arbeiter auf internationalen Kongressen erhoben hätten, auf internationalen Wege durchzuführen. Das war eine Anerkennung der Socialdemokratie, denn kurz vorher hatte sich unser Pariser Kongreß mit diesen Forderungen beschäftigt.

In der Vorlesung hieß es weiter, daß die Staatswerkstätten in Ruhestellung zu sein werden sollten. Die internationale Konferenz ist ausgegangen wie das Hornberger Schießen. Ich mache daraus der Regierung keinen Vorwurf, wohl aber daraus, daß sie die Hände dann ins Korn geworfen hat. Als unsre Genossen den Schweizer Bundesrat aufforderten, eine internationale Konferenz zu berufen, erwiderte er, daß die großen Mächte, speciell auch Deutschland, hierzu nicht zu bewegen seien. (Hört! hört!) Das finde ich bedauerlich, der Versuch hätte auf jeden Fall wiederholt werden müssen. Durch unser unangenehmes Verhalten ist der sociale Geist gewachsen. Wer ist denn schuld, daß sich zahlreiche Gelehrte mit socialen Fragen beschäftigen, daß die sociale Litteratur so gewaltig gewachsen ist? Die socialistische Bewegung ist die Kraft, die das erzeugt hat. (Lebhafte Zustimmung bei den Socialdemokraten.) Sie hat die Leute gezwungen, sich die Frage vorzulegen: „Was wollen denn die Socialdemokraten?“ So ist auch Herr v. Hertl im Laufe der Jahre zu manchem gekommen, was er früher verneint hat.

Es kam die Novelle zur Gewerbe-Ordnung. Sie brachte Verbesserungen, aber sofort trat die bekannte Verschlechterungskommission in Kraft. Ihr wirkliches Geißt kam zum Ausdruck in dem Verlangen, daß der Kontraktbruch, ein rein civiles Verhältniß, krimonell bestraft werden sollte bis zu sechs Monaten. Das an und für sich schon verabschiedete Realisationsrecht der deutschen Arbeiter sollte noch mehr beschränkt werden. Das war der Geist der Verschlechterungsvorlage, gegen die wir natürlich in Oppositionstellung treten mußten.

Und ist denn in Bezug auf die Staatswerkstätten das Kaiserwort eingehalten worden? Die Arbeiter in den Staatswerkstätten haben kein Vereins-, kein Versammlungs-, kein Realisationsrecht, ja nicht einmal das Genossenschaftsrecht. Die Altonaer Eisenbahn-Verwaltung verbot ihren Arbeitern den Beitritt zu einem Konsumverein. Dasselbe wird auch Dresden berichtet. Der Direktor der Landwirtschaftlichen Hochschule in Tharandt erläßt eine Verordnung, daß die Arbeiter seiner Verwaltung dem Konsumverein nicht beitreten dürfen und auch ihre

Freuen nicht und zwar auf ausdrücklichen Befehl des Ministers. Was jeden andern erlaubt ist, ist einem deutschen Staatsarbeiter auf das energischste verboten. Wenn derartige Zustände existieren, können wir an das sociale Programm der Regierung nicht glauben. Wir wollen endlich einmal Thaten sehen. Wir sind ja keine Unmenschen, wir sind bereit mit uns reden zu lassen, und dann eine andere Stellung einzunehmen. Der deutschen Arbeiterklasse sind eine Menge Rechte vorenthalten, die die Arbeiter anderer Kulturstaaten längst haben. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

1893 brach der Bergarbeiterausstand im Saarrevier aus. Es waren nicht Socialdemokraten, die da streikten, und bei dem Streik mögen einige Ausschreitungen vorgekommen sein. So ist es ja immer, wenn unorganisierte Arbeiter zu diesem Mittel greifen; (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) organisierte Arbeiter begehen keine Gewaltthaten. (Lebhafte Zustimmung bei den Socialdemokraten.) Was aber geschah? Die kirchliche, königlich preussische Bergverwaltung warf 500 Bergarbeiter aufs Pfahler und setzte sie mit ihren Familien aus den Staatswohnungen hinaus. Ist das socialer Geist? Und war er etwa 1895 bei der Umsturzvorlage zu finden? Was hätte die deutsche Socialdemokratie mit dem Attentate auf Carnot zu schaffen? So wenig wie der deutsche Kaiser. Veranlaßt wurde die Umsturzvorlage durch den Wunsch der Generalversammlung der nationalliberalen Partei. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Ihre Parteigenossen waren die eifrigsten Vertreter des Gesetzes. Die Herren vom Centrum und von den Konservativen aber hielten die Gelegenheit für günstig, nicht nur die Socialdemokratie zu töten, sondern auch ihre Väter, die Nationalliberalen, mit dazu zu hängen. (Weiterkeit.) Und deshalb kam die Vorlage schließlich nicht zu stande. Wie war es mit der Justizhaus-Vorlage? Gerade die Nationalliberalen haben den Versuch gemacht, sie noch zu verschärfen, und wenn sie abgelehnt wurde, so deshalb, weil sie gegen die Arbeiter im allgemeinen gerichtet war. Dagegen erhoben die Centrumsarbeiter Widerspruch.

Ein Arbeiter, der über vierzig Jahre alt ist, wird überhaupt nicht mehr in einem Staatsbetriebe beschäftigt. In Dresden hat die Polizeidirektion die Schließung der Wärmeföhren angeregt, weil sich dort nur Gefindel sammelte. Die Arbeiterwohnungen werden dazu benutzt, um die Arbeiter zu knochen. So geschieht es bei Krupp in Essen, bei Stumm in Remscheid, wer auf das Pfahler steigt, muß auch die Fabrikwohnung verlassen. In Wilhelmshaven sind schon neunlich 200 Arbeiterfamilien aus den Wohnungen vertrieben worden, weil ihr Terrain zum 1. April zu Staatsbauten für Marinezwecke benutzt wird. Die Folge war, daß die Wägen für Arbeiterwohnungen in Wilhelmshaven um 100 bis 150 R. gestiegen sind. (Hört! hört!)

Der folgende Teil der Ausführungen des Redners findet sich an der Spitze des Blattes.

Noch ein paar Worte über die Wirkung des Zolltarifs zum Schluß. Wir sind bei den Kämpfen im Dezember (sicherlich unterlegen, aber nicht dem Recht, sondern der Gewalt haben wir uns beugen müssen. Wenn eine Mehrheit um jeden Preis etwas will, dann setzt sie schließlich auch alles durch. Aber haben Sie denn Anseh zu wirklicher Freunde? Am wenigsten gewiß die Nationalliberalen. (Weiterkeit.) Es kraut in allen ihren Wahlkreisen. (Große Weiterkeit.) Es sind etliche in Ihren Reihen, die kommen gewiß das nächste Mal nicht wieder. (Erneute Weiterkeit.) (Abg. Dr. Sattler: Abwarten!) Wir können das ruhig abwarten. (Abg. Dr. Sattler: Sie sind berüht als schlechter Prophet.) Sie denken nie an das, was eingetroffen ist von meinen Prophezeiungen und nur immer das, was zufällig nicht eingetroffen ist. (Große Weiterkeit, auch im Centrum und rechts.) Auf der einen Seite sind es die Arbeiter, auf der andern die Bauern. Den Arbeitern haben Sie zu viel, den Bauern zu wenig gegeben. (Widerspruch im Centrum.) Nun sind Sie Unglückschwärmer ja selbst daran. (Große Weiterkeit.) Herr Bismarck hat wahrhaft prophetische Worte gesprochen, als er sagte, der Zolltarif werde wie Sprengpulver auf das Centrum wirken. (Oh! oh! im Centrum.) Was uns betrifft, so haben wir ja nicht durchgesetzt, was wir wollten. Aber Sie sind zu etwas gekommen, was Sie auch nicht haben wollten. Wir haben Sie gezwungen, den Tarif, den Sie erhalten haben, gutzuheißen, mit dem Sie innerlich gar nicht einverstanden sind. (Lebhafte Zustimmung bei den Soc.) Sie haben den Tarif gegenüber der Regierungsvorlage verschlechtert und damit unsere Agitationskraft gegen den Tarif gewaltig gesteigert. Wir sind die lauchenden Dritten. Wir haben eine Wahlparole, wie sie günstiger nicht gedacht werden kann. Und, meine Herren, bei Philipp! seien wir uns wieder! (Stürmischer, wiederholter Beifall bei den Socialdemokraten.)

Reichsminister Graf v. Bälou:

Bevor ich mich dem sachlichen Teil der Ausführungen des Herrn Bebel zuwende, muß ich eingehen auf das, was er soeben über und gegen das Oberhaupt des Reiches gesagt hat. Herr Bebel hat die Vorwürfe berührt, die der Kaiser gegen die Socialdemokratie erhoben hat. Darauf erwidere ich dem Abgeordneten Bebel: Was führen Sie denn selbst für eine Sprache? (Lebhafte Zustimmung rechts und in der Mitte.) Ist nicht eben ein Ausdruck aus Ihren Reihen gefallen, den ich nicht wiederholen will? Ich konstatiere, daß der Abgeordnete, der ihn gethan hat, wenigstens soviel Schamgefühl besitzt, daß er sich nicht dazu zu bekennen wagt. (Große Unruhe bei den Socialdemokraten.) Ich will Sie nicht erinnern an alles das, was ich in Ihren Blättern finde. Ich will nicht eine Blätternlese aus dem „Vorwärts“ oder gar der „Leipziger Volkszeitung“ hier vorlesen. Das aber will ich Ihnen sagen: Suchen Sie nicht etwa mit allen Mitteln der Agitation die Monarchie zu schädigen? Und da wundern Sie sich, daß ein von seinem Pflichtgefühl und seinem Recht durchdrungenen Monarch sich dagegen zur Wehr setzt? (Sehr gut! rechts.) So lange die Socialdemokratie den Umsturz unseres verfassungsmäßigen Zustandes betreibt, kann sie sich auch nicht darüber wundern, daß der oberste Träger des monarchischen Principes sich dagegen mit Entschiedenheit, und wenn es seiner Natur entspricht, hier und da auch mit Schärfe zur Wehr setzt. Die große Mehrheit dieses hohen Hauses aber wird gewiß mit mir den Wunsch teilen, daß die allerhöchste Person des Reiches, die verfassungsmäßig unverantwortlich und unverletzlich ist, so selten als möglich hier in die Debatte hineingezogen wird. (Sehr wahr! rechts und bei den Nationalliberalen.) Ich habe mich nicht scheut, Ankerungen der allerhöchsten Person hier zu erwähnen, und werde mich niemals scheuen, mich vor den Träger zu stellen und ihn zu deden. Aber auf der andern Seite bin ich überzeugt, daß die große Mehrheit dieses hohen Hauses gern zurücktreten wird zu der früheren Praxis, daß die Person des Reiches nach Möglichkeit ausgeschaltet wird.

Ich wende mich nun zu dem, was Herr Bebel über die sociale Gesetzgebung gesagt hat. Er meinte, es bliebe da noch viel zu thun übrig. Das bestreite ich gar nicht. Ich erinnere aber nochmals daran, daß das, was wir bisher erreicht haben, noch in keinem andern Staate der Welt erreicht ist. Im Invalidengesetz von 1890 sind wir den Forderungen der Arbeiter sehr weit entgegengekommen. Ich erinnere an eine Reihe Verbesserungen zum Schutze der Arbeiter in Fabriksbetrieben, an die Gewerbegerichts-Novelle, an die fortgesetzte Ausarbeitung und Umbildung untrer Arbeitergesetzgebung. In Handumdrehen zu erfüllen, ist uns freilich nicht möglich. Das würde aber auch Herrn Bebel nicht möglich sein, wenn er an untrer Stelle stände. Eine Rauberteute besitzen wir nicht und eine Rauberteute besitzt auch Herr Bebel nicht. Wir müßten reichler sein, wie wir sind und mehr Elemente zur Verwaltung besitzen, wenn ein solches Tempo in der socialpolitischen Gesetzgebung eingehalten werden könnte, wie es Herr Bebel zu wünschen scheint. Das aber will ich ausdrücklich betonen, daß von einem Stillstand der socialpolitischen Gesetzgebung in Deutschland nicht die Rede ist. Dazu hat der socialpolitische Gedanke viel zu feste Wurzeln geschlagen bei den verbündeten Regierungen und bei diesem ganzen hohen Hause. Die Bewegung soll aber eine gesunde, normale sein, keine überhastete, keine krankhafte. Wenn

sich die Lage untrer arbeitenden Klassen beständig gehoben hat — und daß sie sich gehoben hat, darüber kann meines Erachtens trotz der Ausführungen des Herrn Bebel kein Zweifel sein — das beweist ja die Statistik der Einkommensteuern, das wird im allgemeinen anerkannt — auf dem Boden der bestehenden Gesellschaftsordnung, da ist es sinnlos, an die Stelle des bestehenden Zustandes etwas setzen zu wollen, was in der Wirklichkeit früher sich nie bewährt hat und was den Herren selbst doch nur in sehr vagen und sehr undeutlichen Umrisen vorsteht. Betreten Sie den Boden der Realität, betreten Sie den Boden der Vernunft (Große Weiterkeit bei den Socialdemokraten), verzichten Sie darauf, auf die Verlegung von Gefühlen, die der großen Mehrheit des Volkes heilig sind und manche Gegenstände können sich mildern. So lange Sie das aber nicht thun, erschweren Sie die auf die Deutung und Befundung der breiten, vollstänndig gerichteten Bestrebungen der verbündeten Regierungen in diesem hohen Hause, schädigen Sie auch die Sache der Arbeiter. (Sehr richtig! im Centrum.)

Ich möchte noch einige Worte zu dem sagen, was Herr Bebel über untre auswärtige Beziehungen äußerte. Wenn er gemeint hat, es sei von Seefahrern a. D. und z. D. geschrieben worden, die deutsche Flotte müsse so stark werden, daß sie die englische niederrennen und niederknüpfen könne, so erwidere ich darauf, daß es sich da selbstverständlich nur um Phantasiegebilde handle, wie sie sich ja auch in der Litteratur anderer Länder findet, für die aber keine maßgebende Stelle irgendwie verantwortlich ist und auf die kein vernünftiger Mensch in Deutschland etwas giebt. Daß es sich dabei nur um Phantasiegebilde handle, können Sie daraus erkennen, daß untre Flotte auch nach Durchführung des Flottenplanes erst die vierte oder fünfte Stelle einnehmen wird. Mit untrer Flottenpolitik verfolgen wir keineswegs irgendwelche aggressive Ziele, sondern wir wollen lediglich die Verteidigung der deutschen Küste, die Vertretung der deutschen Interessen im Auslande, den Schutz untrer Staatsangehörigen im Auslande. Da steht der Wunsch der sehr großen Mehrheit des deutschen Volkes hinter uns. Wenn Herr Bebel dem widerspricht, so befindet er sich auch in dieser Beziehung in Widerspruch mit den Ansichten der Mehrheit der Nation. Herr Bebel hat weiter gemeint, der Ausspruch: „Unre Zukunft liegt auf dem Wasser“ enthalte eine aggressive Spitze gegen andre Mächte. Dabei ist er doch ein wenig nach dem Worte verfahren: „Legt ihr nicht aus, so legt doch unter!“ Wir denken natürlich gar nicht daran, und dieser Ausspruch hat auch gar nicht sagen sollen, daß wir irgend eine andre Macht auf der See verdrängen wollen, aber wir haben ebenfogat das Recht wie jede andre Nation, auf dem Weltmeer herumzufahren. (Große Weiterkeit.)

Herr Bebel kam zu sprechen auf die Vorgänge in Haiti und Venezuela. Den Vorgang in Haiti hat er nicht ganz richtig dargestellt. Ich möchte konstatieren, daß das deutsche Schiff „Marianonia“ Munition und Waffen an Bord führte für die haitianischen Regierungstruppen, nicht etwa für die Insurgenten, und daß wir, als dies Schiff, die „Marianonia“, von haitianischen Insurgentenschiffen mit Beschlag belegt worden war, dagegen eingeschritten sind auf ausdrücklichen Wunsch der haitianischen Regierung in pflichtmäßiger Wahrnehmung der Interessen untrer Handels und entsprechend den von allen Nationen anerkannten Regeln des Völkerechts. Was die Aeußerungen des Herrn Bebel über Venezuela betrifft, und die Lebhafte Zustimmung, mit der er die Ansprüche von Venezuela uns gegenüber vertreten hat, so kann ich nur sagen, ich glaube, daß wenn es eine telegraphische Verbindung zwischen Berlin und Caracas giebt, der Präsident Castro morgen früh sehr vergnügt sein wird, wenn er das bei seinem Morgenkaffee lesen wird. (Weiterkeit.) Eine solche Verteidigung ist ihm bis jetzt noch in keinem europäischen Staate und in keinem europäischen Parlament zu teil geworden. Ich möchte aber ausdrücklich konstatieren, daß es sich in Venezuela nicht allein um Geldforderungen handelt, sondern auch darum, dort untre Ansehen aufrecht zu erhalten, und dies war durch das Vorgehen des Präsidenten Castro, durch die Art und Weise, wie er berechnete deutsche Forderungen mindertens unhöflicherweise zurückwies, erschüttert worden. Deshalb hatten wir vollkommen recht, in der Weise vorzugehen, wie wir vorgegangen sind. — Herr Schädel hat neulich gesagt, daß in der Welt gegen Deutschland mehr Haß als Liebe bestände. Im allgemeinen halte ich das für nicht richtig. Ich glaube, daß wir auf politischen Gebieten auch zuverlässige Freunde haben und ich glaube, daß die Welt sich den Strahlen des Genius des deutschen Volkes nicht verschlossen hat. Wenn ich neulich von einem uns wenig freundlich gesinnten Dichter sprach, so will ich heute daran erinnern, daß vor wenigen Tagen ein uns gütiger gesinnter Poet belgisch-französischer Abkunft mit Recht hier in Berlin das deutsche Volk das Gewissen der Welt genannt hat. Aber selbst, wenn so viel Haß gegen uns bestände, wie Herr Bebel anzunehmen scheint, so ist meines Erachtens in der Politik Haß und Reid — und Haß geht ja gewöhnlich aus Reid hervor — immer noch fäher als Mittel. Halten wir untre Pulver trocken, janken wir nicht zu viel unter einander, und niemand wird uns an den Wagen fahren. (Bravo.)

Abg. Dr. Sasse (natl.):

Meine politischen Freunde sind nicht gewillt, das Recht, beliebige Aeußerungen des Reichstages zu besprechen, auch einer oppositionellen Partei gegenüber beschränken zu lassen. Freilich bedauern wir es lebhaft, daß in einem überwiegend monarchisch gesinnten Lande Reden des Reichstages in der Art besprochen worden sind, wie wir es soeben von dem Herrn Vorredner aus dem Hause gehört haben. — Ich muß weiter mein Bedauern darüber ausdrücken, daß der Herr Reichsminister das französische Wort Bourgeoisie auf das deutsche Bürgerthum übertragen hat. Das deutsche Bürgerthum ist mit der Bourgeoisie der romanischen Staaten nicht zu vergleichen, es hat sich stets allen socialpolitischen Bestrebungen gegenüber durchaus wohlwollend erwiesen. Die Socialdemokratie sollte auch nicht vergessen, daß sie alle ihre jetzigen Freiheiten, so auch das Wahlrecht, dem liberalen deutschen Bürgerthum zu verdanken hat. Die Behauptung des Herrn Bebel, ich hätte mich in Leipzig gegen das allgemeine Wahlrecht ausgesprochen, beruht wohl lediglich auf Ausstreuungen der Nationalsozialen in Leipzig. Von der national-liberalen Partei wird das allgemeine Wahlrecht nicht bedroht. Es ist nicht richtig, daß keine Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes eingetreten ist. Unangenehm findet ein individuelles Aufsteigen aus der Arbeiterklasse in die höheren und höchsten Gesellschaftsklassen dank untrer liberalen Bildungsgesetzgebung statt. — Der Opferwilligkeit der Axtivi ist es zu danken, daß untre Militäre und untre Marine in achtunggebietender Macht dastehen. Das Bürgerthum hat diese Lasten willig und freudig auf sich genommen, die Arbeiterklasse nur gezwungen. Der Reichsminister hat gestern eine gebrängte Anweisung über den Verkehr der Staatsmänner unter sich — einen kleinen Bälou — gegeben, die vielen Beifall im Hause fand. Ich habe in der Anweisung manches vernimmt: Die Kaiserliche Hofkapelle, die Kaltwasserstrahlen und das alte Motto: Wir laufen niemand nach! Gegen dieses Motto wird in der Woche mindestens einmal verstoßen, ohne daß der Reichsminister einen Grund dafür angeben könnte. In der guten Meinung der Völker sollte doch auch den Königen gelegen sein. — Wir Audeutschen sind gern bereit, den Franzosen die Hand zu reichen, aber sie sollten endlich auf die Wiedererlangung von Reu verzichten. Redner begrüßt es, daß Deutschland in Shanghai seinen Fuß gefaßt hat, tadelt es, daß Bebel als Anwalt venezolanischer Interessen aufgetreten sei und bittet die Deutschen in Amerika, den Ausschreitungen der amerikanischen Presse entgegenzutreten, die vor Beleidigungen des deutschen Reiches nicht zurückschreckte. — Die günstigere Gestaltung des kolonialen Staats sei nur scheinbar. Redner geht sehr ausführlich auf die Einzelheiten des kolonialen Staats ein und wünscht unter andern eine Einschränkung der Ausgaben für militärische Zwecke in den Kolonien. Die Schatzkassen in Kamerun, Togo und Ostafrika müßten in Polizeitruppen umgewandelt werden.

Darauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Freitag 1 Uhr. Außerdem: Rechnungsjachen und Aenderungs-Gesetz.

Schluß 7 1/2 Uhr

Es wird fortgeknallt!

Das Fort San Carlos bei Maracaibo, das den „Panther“ bei dem ersten Angriff blutig heimgesucht hatte, ist abermals von deutschen Kriegsschiffen angegriffen worden. Dem ersten Unrecht ist, wie ja bei unserer Politik der gepanzerten Faust — die freilich nur Wehrlosen gegenüber angewendet wird — zu erwarten war, das zweite Unrecht auf dem Fuße gefolgt. Nachdem der „Panther“ sich bei seiner ersten Attacke einige Zähne ausgebissen hatte, hat er seinen großen Bruder, den Kreuzer „Vineta“, geholt, der nun gemeinsam mit dem „Panther“ und der „Gazelle“ den Angriff wiederholt hat. Mit welchem Erfolge, ist im Augenblick nicht ersichtlich, doch kann es kaum einem Zweifel unterliegen, daß das venezolanische Fort trotz tapferster Gegenwehr in dem so ungleichen Kampfe unterliegen muß. Das Fort konnte wohl dem Bombardement des „Panther“ standhalten, schwerlich aber dem Feuer der riesigen Schiffgeschütze der „Vineta“. Ist doch die „Vineta“ — ein großer Kreuzer — mit zwei 21 Centimeter Schnellfeuergeschützen armiert, die zwei Centner schwere Granaten auf eine Entfernung schleudern, auf die die schwachen Geschütze des Forts, die meist veraltet sind, nicht einmal mehr trugen. Die Zerstörung des Forts San Carlos ist also auch in rein technischer Hinsicht nicht weniger als eine kriegerische Bravourthat! Wird doch dem „Tag“ von anscheinend fachkundigster Seite geschrieben:

Wenn dem Kommodore Sæder durchaus daran gelegen ist, mit dem „Panther“ auf die Bai von Maracaibo zu gelangen, so wird er jetzt mit der „Vineta“ einfach bis an den Rand der Barre gehen, von wo aus er voraussichtlich mit seinen schweren Geschützen aus sicherer Entfernung das Fort mit wenigen Granaten in Trümmer legen kann.

Aus „sicherer Entfernung“! Welche Rettung der „deutschen Ehre“! Bravo! „Vineta“!

Ueber das Gesecht liegen folgende Meldungen vor: Maracaibo, 21. Januar, vorm. 11 Uhr. Die drei deutschen Kriegsschiffe „Gazelle“, „Vineta“ und „Panther“ beschießen das Fort San Carlos, welches die Beschießung erwidert. Das Fort San Carlos ist niedergebrannt.

Maracaibo, 21. Januar. Ein Ruderboot näherte sich heute nachmittags dem Fort San Carlos; es berichtet, daß die Kanonen jede Minute einen Schuß abgaben; das Fort konnte vor Rauchwolken nicht gesehen werden, aber es war klar, daß die venezolanischen Artilleristen mit großer Geschwindigkeit schossen. Um ein Uhr nachmittags erfolgte eine Explosion, augenscheinlich in dem Fort; dicker Rauch stieg auf und verdeckte einen Teil der Wälle.

Eine Meldung der „Frankfurter Zeitung“ besagt: Mehrere deutsche Kriegsschiffe, darunter der „Panther“ und die „Vineta“, bombardierten bis zum Spätnachmittag (das Bombardement hatte am Vormittag begonnen) das Fort San Carlos bei Maracaibo. Das Fort erwiderte das Feuer. Die Beschießung war sehr lebhaft von beiden Seiten, bis am Nachmittag eine gewaltige Explosion im Fort stattfand, wobei sich eine dicke Rauchwolke erhob. Das Städtchen San Carlos wurde in Brand geschossen, die meisten Einwohner konnten sich durch die Flucht nach Maracaibo retten. Die deutschen Einwohner von Maracaibo haben lebhaft gegen das Vorgehen der Kriegsschiffe Einspruch erhoben.

Trotzdem das Fort San Carlos also durch das Feuer der Kriegsschiffe hart mitgenommen worden zu sein scheint, liegt noch keine Meldung über die Kapitulation des Forts vor. Die Venezolaner setzten also mit großer Bravour.

Wie aus dem Telegramm ersichtlich, ist auch das Dorf oder Städtchen San Carlos durch die deutschen Kriegsschiffe in Brand geschossen worden. Es ist also neues, Privateigentum, zerstört worden, wahrscheinlich sind auch friedliche Bewohner von den deutschen Granaten erschmettert worden! Bravo! „Vineta“!

Dem „Tag“ wird gemeldet: Aus Washington wird telegraphiert, Castro habe sich bei der Union-Regierung über das Bombardement von San Carlos beschwert, und Staatssekretär Hay habe die deutsche Regierung telegraphisch um Aufklärung ersucht, ob der „Panther“ auf ihren Befehl handelte. Nach andern Gerüchten soll Hay der deutschen Regierung einen Protest gegen das Bombardement überreicht haben.

Caracas, 22. Januar. Den letzten Nachrichten zufolge sind bei dem Kampfe in Coro 30 Aufständische gefallen und 115 Mann verwundet worden. Nach gescheiterten Kämpfen in den Straßen und Häusern zogen sich die Aufständischen zurück. Die Regierungstruppen hatten 10 Tote.

Partei-Nachrichten.

Der Parteitag der Norwegischen Arbeiterpartei wird am 20. Mai zusammenzutreten, unmittelbar im Anschluß an den Gewerkschafts-Kongress, der am 23. Mai eröffnet wird und, ebenso wie der Parteitag, in Christiania stattfindet. Der Parteitag wird sich hauptsächlich mit dem Programm und der Taktik für die bevorstehenden Stichtingswahlen befassen.

Aus Industrie und Handel.

Das Ergebnis der deutschen Ernte im vergangenen Jahre war nach den Angaben im „Reichs-Anzeiger“ veröffentlichten Zusammenstellungen des Statistischen Amtes ein bedeutend günstigeres, als in den Jahren 1901 und 1900. Weizen, Roggen, Hafer, Alee, Luzerne und Heu haben anscheinlich Mehrerträge geliefert; dagegen ist zwar die Gerste- und Kartoffelernte hinter der des Jahres 1901 zurückgeblieben, doch stellte sie sich immerhin höher als im Jahre 1900. Was die Qualität der gemieteten Kartoffeln anbetrifft, so wird allerdings aus diesen Angaben berichtet, daß sie jener der letzten Jahre beträchtlich nachsteht.

Es wurden geerntet in Millionen Tonnen:

	1902	1901	1900
Weizen . . .	3,9	2,49	3,84
Roggen . . .	9,49	8,16	8,55
Gerste . . .	3,1	3,32	3,0
Hafer . . .	7,48	7,05	7,09
Kartoffeln . .	44,49	48,88	40,88
Alee . . .	9,84	6,76	6,78
Luzerne . . .	1,84	1,17	1,81
Weidenheu . .	26,0	22,8	23,1

Vom Hektar wurden in Vergleich zum Vorjahre geerntet: Winterweizen 2,06 (1,82) Tonnen, Sommerweizen 1,80 (1,83), Winterroggen 1,55 (1,42), Sommerroggen 1,10 (1,01), Gerste 1,89 (1,79), Hafer 1,80 (1,69), Kartoffeln 13,41 (14,87), Alee 5,01 (8,75), Luzerne 3,02 (5,26), Weidenheu 4,87 (8,76) Tonnen.

Die Dampferflotte der Hauptschiffahrtsländer hatte nach Lloyd's Register am Ende vorigen Jahres folgenden Gesamtbestand: Voran steht England mit 7358 Schiffen und 12 807 592 Brutto-Tonnen, wozu noch die englischen Kolonien mit 694 Schiffen und 754 863 Tonnen treten. An zweiter Stelle folgt Deutschland mit 1363 Dampfern und 2 636 339 Tonnen. Frankreich hat 600 Dampfer mit 1 164 893 Tonnen. Die Ocean-Dampferflotte der Vereinigten Staaten

zählt 776 Fahrzeuge und 1 005 788 Tonnen. Norwegen hat 905 Dampfer und 868 764 Tonnen, Spanien 464 mit 736 209 Tonnen, Italien 361 mit 691 841 Tonnen, Holland 320 mit 555 047 Tonnen, Rußland 544 mit 556 102 Tonnen, Ostreich-Ungarn 239 mit 529 319 Tonnen, Schweden 719 mit 464 705 Tonnen, Dänemark 366 mit 440 010 Tonnen.

Interessant ist eine Zusammenstellung der Durchschnittsgröße der Dampfer nach Ländern. Voran stehen hier Oestreich mit durchschnittlich 2044 Tonnen und Deutschland mit 1931 Tonnen. Es folgen Italien mit 1918, England mit 1763, Holland mit 1733, Frankreich mit 1601, Spanien mit 1587, die Vereinigten Staaten mit 1412, Dänemark mit 1212 Tonnen. Rußland hat eine durchschnittliche Tonnage von 1022, Norwegen von 958, die englischen Kolonien von 759, Schweden von 646 Tonnen. An der Spitze stehen also die Nationen, bei denen die transoceanischen Linien einen beträchtlichen Teil der Tonnage stellen. Am Schluß stehen die vorwiegend Küstenschiffahrt treibenden Nationen.

Kohlenproduktion und Verbrauch in den wichtigsten Ländern der Welt. Wie schon kürzlich berichtet worden ist, hat das britische Handelsamt eine sorgfältige Uebersicht über die Produktion und den Verbrauch von Steinkohlen in den verschiedenen Ländern ausgearbeitet lassen. Die Statistik umfaßt fast in allen Fällen das Jahr 1900 vollständig, für das Jahr 1901 sind dagegen wiederholt nur vorläufige Zahlen eingestellt. Alle Ziffern und sonstigen Ausführungen sowohl hinsichtlich der fremden Länder wie der britischen Kolonien stammen aus amtlichen Quellen.

Nach dieser Statistik betrug die Kohlengewinnung in den fünf wichtigsten Kohle produzierenden Ländern während der Jahre 1899, 1900 und 1901 in Tonnen (für Deutschland, Frankreich und Belgien in metrischen Tonnen a 1000 Kilogramm, für Großbritannien und Amerika in englischen Tonnen a 1016 Kilogramm):

	1901	1900	1899
Vereinigte Staaten von Amerika . . .	260 929 000	240 986 000	226 554 000
Großbritannien . . .	219 047 000	225 181 000	220 095 000
Deutschland . . .	108 539 000	109 290 000	101 640 000
Frankreich . . .	31 813 000	32 721 000	32 256 000
Belgien . . .	22 074 000	23 463 000	22 072 000

Bei den ersten vier Ländern ist die Produktion im Jahre 1901 geringer als im vorhergehenden Jahre gewesen, die Produktion der Vereinigten Staaten dagegen zeigt für die drei aufeinander folgenden Jahre ein andauerndes Wachsen und ist in jedem derselben größer gewesen, als die entsprechende Produktion Großbritanniens. Die Kohlenzeugung Deutschlands beträgt weniger als die Hälfte, die Produktion von Frankreich und Belgien zusammen etwas weniger als ein Viertel derjenigen Großbritanniens.

Die gesamte bekannte Steinkohlenproduktion der Welt beziffert sich gegenwärtig auf etwa 700 Millionen Tonnen (a 1016 Kilogramm) pro Jahr, wovon Großbritannien etwas weniger, die Vereinigten Staaten mehr als ein Drittel erzeugen. Auf den Kopf der Bevölkerung berechnet ist die Steinkohlenproduktion in Großbritannien größer als in den Vereinigten Staaten; auf erstere Land entfallen 5 1/2 Tonnen pro Kopf im Jahre 1900 und 5 1/2 Tonnen im Jahre 1901, in letzterem kommen gerade nur 3 1/2 Tonnen auf den Kopf der Bewohner; in Belgien berechnet sich die Erzeugung etwa auf 3 1/2 Tonnen, in Deutschland auf etwas weniger als 2 Tonnen, in Frankreich auf etwa 1 1/2 Tonnen pro Kopf der Bevölkerung.

Der Verbrauch von Kohle in den Hauptverbrauchsändern ist für die beiden Jahre 1900 und 1901 aus nachfolgender Zusammenstellung zu ersehen:

Länder	1901	1900
Vereinigte Staaten . . .	255 482 000 t)	234 951 000
Großbritannien . . .	181 368 000	166 786 000
Deutschland . . .	97 439 000	99 299 000
Frankreich . . .	44 631 000 t)	46 123 000
Rußland . . .	19 827 000 t)	20 627 000
Belgien . . .	18 810 000 t)	20 124 000
Oestreich-Ungarn . . .	(noch nicht bekannt)	18 146 000

Aus diesen Ziffern ergibt sich, daß der Gesamtverbrauch von Kohle in den Vereinigten Staaten den Konsum in jedem der übrigen Länder weit übersteigt. Der Verbrauch, auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, stellte sich für 1901: in Großbritannien auf 3,89, Vereinigte Staaten auf 3,29, Belgien auf 2,81, Deutschland auf 1,71, Frankreich auf 1,15 Tonnen; dann folgt Oestreich-Ungarn, das in 1900 — für 1901 fehlt die Berechnung — 0,40 Tonnen pro Kopf konsumierte, darauf Rußland mit 0,15 Tonnen. Doch kommt bei Deutschland, Frankreich, Oestreich und Rußland in Betracht, daß in diesen Ländern viel Brennmaterial anderer Art, wie Holz, Torf, Braunkohle, Spiritus, Naphtha, verwendet wird.

Sociales.

Kaufmannsgerichte und Handlungsgehilfen.

Zu dem Vorschlage über die Kaufmannsgerichte hat der Vorstand des Centralverbandes der Handlungsgehilfen und Gehilfen eine Eingabe an den Bundesrat gerichtet, worin er nach dem Auftrage der letzten Generalversammlung des Verbandes die Wünsche der organisierten Handlungsgehilfen zu dem Gesetze darlegt. Grundsätzlich sind die organisierten Handlungsgehilfen mit dem Entwurfe einverstanden. Sie fordern jedoch noch folgendes:

1. Ausdehnung des Errichtungszwanges auf das ganze Reich zwecks Schaffung einer länderlosen Kaufmanns-Gerichtsbarkeit.
2. Ausdehnung der Zuständigkeit auf Streitigkeiten über eine Vereinbarung, die den Gehilfen oder Lehrling nach Beendigung des Dienst- oder Lehrverhältnisses in seiner weiteren gewerblichen Thätigkeit befristet.
3. Verbot jeder Vereinbarung, die die Zuständigkeit der Kaufmannsgerichte ausschließt oder beeinträchtigt.
4. Anononimlose Vereinigung der Kaufmannsgerichte mit vorhandenen Gewerbegerichten durch Gemeinsamkeit der Vorsitzenden und ihrer Stellvertreter sowie der Dienstleistungen.
5. Wahlrecht und Wahlbarkeit bei der Wahl von Beisitzern für alle selbständigen Kaufleute und Gehilfen, die das 21. Lebensjahr vollendet haben, ohne Unterschied des Geschlechts, Anwendung der Verhältniswahl.
6. Festsetzung der Verurteilungssumme auf 500 M.
7. Anwendung der §§ 62 bis 73 des Gewerbegerichts-Gesetzes (Einigungsamt) auf die Kaufmannsgerichte.

Den Forderungen ist eine Begründung beigegeben, aus der einige Punkte hervorheben. Es heißt darin:

„Ganz unzulänglich erscheint die im Entwurfe vorgesehene, dem Gewerbegerichts-Gesetz entnommene Höhe der Verurteilungssumme von 100 M. Die Thatsachen, daß gewerbliche Arbeiter durchgängig Wochenlohn, Handlungsgehilfen durchgängig Monatsgehalt beziehen, erstere einer Kündigungsfrist von 14 Tagen unterliegen, die noch dazu berfrist oder ganz ausgeschlossen werden kann, letztere einer Kündigungsfrist von sechs Wochen, mindestens von einem Monat, sollten genügen, um die Notwendigkeit verchiedener Regelung zu beweisen. Wenn es in der „Begründung“ des Entwurfes heißt, daß in den Lebensverhältnissen der Handlungsgehilfen höhere Beträge als 100 M. schon wesentliche Bedeutung besitzen, so ist dieses Gewicht nicht damit die Erhöhung der Verurteilungssumme begründet, nicht aber ihre Beibehaltung. Die Höhe des Streitgegenstandes bei Klagen der Handlungsgehilfen übersteigt fast immer 100 M. Soll deshalb die Einführung von Kaufmannsgerichten nicht eine Scheinreform sein, die dem Prinzipal doch immer wieder ermöglicht, den Gehilfen zu einem langwierigen, kostspieligen Prozeß vor dem Landgerichte zu zwingen, so ist die Festsetzung der Verurteilungssumme auf mindestens 500 M. durchaus notwendig.“

Das selbst eine Verurteilungssumme von 300 M. noch ungenügend wäre, beweist ebenfalls die „Begründung“ des Entwurfes. Es heißt dort in Bezug auf die Notwendigkeit, eine schlichte und billige Rechtsprechung für die Handlungsgehilfen zu schaffen, sehr richtig:

„Ferner sind die Handlungsgehilfen zum großen Teil bei ihren Gehaltsverhältnissen nicht in der Lage, die im ordentlichen Gerichtsverfahren entziehenden Prozeß- und Anwaltskosten zu bestreiten, zumal die Kündigungs- und Lohnzahlungsperioden in der Regel bei ihnen länger bemessen sind als bei den gewerblichen Arbeitern, so daß bei ihren Ansprüchen der Wert des Streitgegenstandes häufiger den Betrag von 300 M. übersteigt und somit die Zuständigkeit der Landgerichte, der Anwaltszwang und eine entsprechende Steigerung der Prozeßkosten gegeben sind.“

Eine Thätigkeit der Kaufmannsgerichte als Einigungsamt ist im Entwurfe nicht vorgesehen. Wir halten es für zweckmäßig, die den Gewerbegerichten verliehenen Befugnisse der §§ 62 bis 73 des Gewerbegerichts-Gesetzes auch den Kaufmannsgerichten zu übertragen. Gesetze werden nicht für Wochen und Monate gemacht. Zweifellos ist, daß die Entwicklung zum Großbetriebe auch im Handelsgewerbe tiefenfortschritte macht und damit zugleich die Anhäufung zahlreicher Angestellter in einzelnen Betrieben. Dieser Zustand wird ebenso wie in der Industrie dazu führen, daß die Handelsangelegenheiten durch die Koalition in der einen oder anderen Weise Einfluß auf die Arbeitsbedingungen zu erlangen trachten. Entziehen dabei Differenzen mit den Prinzipalen, so wird das Eingreifen des Kaufmannsgerichts als Einigungsamt ebenso zweckmäßig und segensreich wirken wie das der Gewerbegerichte. Deshalb empfiehlt es sich, die Bestimmungen über das Einigungsamt auch in das Gesetz betr. die Kaufmannsgerichte aufzunehmen, auch wenn ein dringendes Bedürfnis dazu augenblicklich noch nicht vorzuliegen scheint.“

In Versammlungen beschäftigen sich die Handlungsgehilfen bereits mit dem Entwurfe. In Halle a. S. beschloß eine Versammlung der Handlungsgehilfen eine Resolution, die sich mit den hier abgedruckten Forderungen deckt. In Leipzig verhandelten die deutschnationalen Handlungsgehilfen über den Entwurf. Sie fordern in einer Resolution Erhöhung der Verurteilungssumme auf 300 M., Ausdehnung der Zuständigkeit des Gerichts auf die Konkurrenzklagen und Herabsetzung des Alters für das aktive Wahlrecht auf 21 Jahre. Außerdem wünschen sie, daß auch solche Handlungsgehilfen dem Gericht unterstehen sollen, deren Gehalt 3000 M. übersteigt.

Das Koalitionsrecht der Handlungsgehilfen. Die Handlungsgehilfen eines Kaufmanns mit Ausnahme seiner Tochter hatten sich verbunden, um von ihrem Prinzipal die Uebertragung der der Tochter erteilten Vollmacht auf einen andern Angestellten, um ferner statt vierteljährlicher eine halbjährliche Kündigung, sowie Gehaltsaufbesserungen zu erlangen. Sie hatten sich dabei unter Vertragsstrafe verpflichtet, dem Prinzipal, wenn dieser aus Anlaß der Forderungen einem von ihnen die Stellung kündige, gleichfalls zu kündigen. Dies Vorgehen der Angestellten löste das Ober-Landesgericht Dresden als Untreue im Dienste gegenüber dem Prinzipal auf, die diesen nach Paragraph 72 Nr. 1 H.-G.-B. zur sofortigen Entlassung der Angestellten berechtige. Die Untreue findet es darin, daß das vereinbarte gleichzeitige Ausscheiden des Geschäftspersonals dem Prinzipal Unannehmlichkeiten und geschäftliche Nachteile bereiten würde, daß die Absicht der Angestellten auch darauf gerichtet war, den Prinzipal zur Nachgiebigkeit zu zwingen und zu mahregeln und daß daher die Angestellten ihre durch das Dienstverhältnis begründete Pflicht, getreulich die Interessen des Prinzipals wahrzunehmen und alles zu unterlassen, was dem zuwiderlaufen könnte, groblich verletzt haben.

Das Ober-Landesgericht Dresden scheint ganz vergessen zu haben, daß auch ein § 152 der Gewerbe-Ordnung existiert, der für Handlungsgehilfen so gut gilt wie für alle andern gewerblichen Arbeiter. Diese Gerichtsentscheidung hebt das Koalitionsrecht für Handlungsgehilfen mit einem Federstrich auf.

Zur Handhabung der Kellnerschutz-Berordnung teilten wir kürzlich mit, daß der Polizeipräsident von Köln angeordnet habe, die 24 stündige Anwesenheit brauche nur nach stattdessen Ueberarbeit gewährt zu werden. Die Anordnung des Polizeipräsidenten berief sich dabei auf § 4 der Bundesrats-Berordnung. Jetzt wird bekannt, daß der Polizeipräsident von Köln unterm 16. Dezember 1902 diese Berordnung wieder zurückgenommen hat; sie sei während seines Urlaubs erlassen worden.

Es scheint demnach, daß der Polizeipräsident von Köln eine sehr unzulängliche Vertretung hatte.

Eine Arbeitslosen-Zählung hat das statistische Amt in Magdeburg veranstaltet. Ingesamt sind 2750 Arbeitslose gezählt worden — 1518 Ledige, 1232 Verheiratete mit 2994 Kindern unter 15 Jahren. Es waren arbeitslos 1429: 1 Monat, 471: 2 Monate, 259: 3 Monate, 140: 4 Monate und 451: 5 Monate und länger. 2357 waren wegen Arbeitslosigkeit und 413 wegen Frost entlassen worden. Von den Arbeitslosen waren alt: 398 bis zu 20 Jahren, 834 bis zu 30, 575 bis zu 40, 526 bis zu 50 und 417 bis zu 60 Jahren und älter. Außerdem waren arbeitslos: Gelegenheitsarbeiter 22, Kranke 209, Inoffenen der Arbeiterkolonie 163, Selbständige zc. 44, so daß insgesamt keine Arbeit haben 3338 Personen. Die weitaus größte Zahl (2541 = 92,4 Proz.) wohnte länger als drei Jahre in Magdeburg. Im vorigen Jahre ergab die Zählung durch das Gewerkschaftsamt 2435 Arbeitslose. Die Arbeitslosigkeit ist also in diesem Winter in Magdeburg bedeutend größer.

Wichtig für Hebammen.

Den Hebammen wird allgemein zur Pflicht gemacht, den Arzt, der bei Geburten hinzugezogen wird, nach besten Kräften zu unterstützen. Bei einem schwierigen Geburtsfall helfen die beiden anwesenden Ärzte es für erforderlich, daß das Leben des Kindes im Mutterleibe vernichtet werde, um die Mutter zu retten. Die Hebammen Vener verweigerte die Hilfestellungen dabei (Händereichungen zc.), indem sie erklärte, die katholische Kirche, der sie angehört, verbiete die Perforation des Fötus. Sie wurde deshalb vom Landgericht Trier wegen Uebertretung der Hebammen-Instruktion in Verbindung mit einer Regierungs-Polizeiverordnung zu einer Geldstrafe verurteilt. Frau V. legte Revision ein. Ihr Vertreter machte u. a. geltend, daß nach Meinung vieler Rechtslehrer und Mediziner die Perforation des Fötus als Mord anzusehen und somit unerlaubt sei. Schon deshalb habe die Hebamme jede Mitwirkung ablehnen müssen.

Der Strafsenat des Kammergerichts verwarf indessen die Revision mit folgender Begründung: Die Angeklagte sei mit Recht verurteilt worden. Nach der Instruktion für Hebammen seien diese verpflichtet, den Ärzten den nötigen Beistand bei der Geburt zu leisten und ihnen in allen Stücken zur Hand zu geben. Das habe die Angeklagte nicht gethan, obwohl sie gesehen habe, daß die Ärzte Hilfe brauchten. Wenn die Angeklagte glaubte, die Tötung des ungeborenen Kindes sei durch die Kirche verboten und sie sei deshalb zur Unthätigkeit verpflichtet gewesen, so habe sie sich in einem Rechtsirrtum über strafrechtliche Normen befunden, was sie nicht von der Strafbarkeit befreie. Auf die Frage der Zulässigkeit der Perforation habe der Senat nicht eingehen brauchen, denn die Angeklagte habe nicht angenommen, daß es strafbar sei, die Perforation eines Fötus vorzunehmen, sondern sie habe sich lediglich auf das Verbot der Kirche berufen. Dieses Verbot sei für die Angeklagte nicht bindend und habe sie nicht befreien können von der Befolgung ihrer Pflicht.

Aus der Frauenbewegung.

Ueber „Engländer der Entwicklungsjahre“ sprach am Montag, den 10. Januar, Herr Privatdozent Dr. Gorkhoff im Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Die gutbesuchte Versammlung folgte mit großer Aufmerksamkeit dem lehrreichen Vortrag. Die nächste Vereinsversammlung findet Montag, den 2. Februar, in den Reumhallen statt. Frä. Alice Salomon wird über „die Herabsetzung der Arbeitszeit der Frauen“ referieren.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonntags von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr. **Preisfrage.** Können wir nicht sagen, erfahren Sie aber unter der Adresse Hamburg 10, Reichenbergstr. 11 in Hamburg. **Z. M. 1.** Unsere Briefe sind nicht. II. Sie erhalten, damit Sie sich orientieren können, von uns ein Schriftchenverzeichnis als Beilage. III. Der ästhetische und wissenschaftliche Wert gering. IV. Es' Serie über jedes Lob erheben, ob sie aber zu Ihrem Zwecke empfohlen werden können, ist eine andere Frage. **Z. 100.** Zur Befriedigung Ihres Wunsches benutzen Sie die nachstehende Adresse: J. Schrey, Kommandantenstr. 80.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, 23. Januar.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Cyranus. Abella.
Schauspielhaus. Die Journalisten.
Neues Cyranus-Theater. Die Liebermanns.
Deutsches. Komma Hanna.
Berliner. Alt-Heidelberg.
Zeffing. Der blinde Passagier.
Neues. Die Allice.
Residenz. Die beiden Schwestern.
Thalia. Seine Kleine.
Wesien. Der Kameval in Rom.
Central. Rabanus Scherr.
Belle-Alliance-Theater. Cupido u. Co. - Am Telefon.
Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater.)
Renaissance.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädt-Theater.) Das Geheimnis der Gilde.
Carl Weich. Rommle Hundert oder Der 100 Millionen-Schwundel.
Zuften. Die Tochter Bellais.
Metropol. Neues! Allerneuestes! Neues. System Kubel.
Kleines. Nachspiel.
Trianon. Die Hebeschnecke.
Palast. Auf hoher See. Spezialitäten.
Casino. Moderne Frauen. Spezialität.
Hypoko. Spezialitäten. - Raffinis Hochzeit.
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Steidl. Stahl-Sänger.
Passage-Theater. Spezialitäten.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten.
Urania. Taubenstrasse 48/49.
Das Land Tirol.
Am Hofsaal: 6 Uhr: Dr. Donath: Einführung in die Wechselstrom-Ercheinung.
8 Uhr: Professor Dr. Müller: Die Stärkgebildung.
Invalidenstrasse 57/62. Täglich geöffnet von 7-11 Uhr.

Central-Theater
Freitagabend 7 1/2 Uhr:
Gastspiel des Prälat. Fritz Georgette.
Zum 81. Male:
Madame Sherry.
Sonabend - Nachmittags 4 Uhr:
Schneeweisschen und Rosenrot. Ab. 7 1/2 Uhr: Gastspiel des Prälat. Fritz Georgette. Madame Sherry. Sonntag-Nachmittags 3 Uhr: Die Geisha. Abends 7 1/2 Uhr: Gastspiel des Prälat. Fritz Georgette. Madame Sherry. Montag und die folgenden Abende: Dieselbe Vorstellung.

Thalia-Theater.
Dresdenerstr. 72/73.
Zum 161. Male:
Seine Kleine.
Große Inszenierung mit Gesang und Tanz in 3 Akten.
Am 1. Akt: Ein Winterfest im Gärtenwald. Am 2. Akt: Haben Sie nicht den kleinen Cobin gesehen? (mit Guido Thielhoyer). Am 3. Akt: Lebende Märchen. Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntagabend. 3 Uhr: Zenore.

Luisen-Theater.
Zum erstenmal:
Die Tochter Bellais.
Anfang 8 Uhr. Vorberf. 10-2 Akte.
Morgen: Die Tochter Bellais.
Sonntag 3 Uhr: Die Camelliondame.
Abends 8 Uhr: Die Maschinbauwerk von Berlin. Montag: Die Maschinbauwerk von Berlin.

Metropol-Theater.
Mit glänzender Ausstattung:
Neuestes! Allerneuestes!
Rouge in 5 Bildern von J. Freund. Musik von Victor Holländer.
Emil Thomas a. G., Josef Josephi, Henry Bender, Frid Frid, Flora Siding, Hansi Reichsberg.
300 Mitwirkende.
Grandioses Ballett.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Apollo-Theater.
Tägl. 8-9 1/2 Uhr: Spezialitäten u. Robert Steidl auf dem Hängeboden.
Freitag 10 1/2 Uhr: **Frau Luna** Sonntag 1 Uhr: mit dem berühmten elektr. Ballett.
Sonabend 10 1/2 Uhr: **Makris Hochzeit.**
Montag 1 Uhr: Sonntagnachts 3 Uhr ermäßigte Preise. (Bücherverkau) ohne Aufgeld: Lysistrata.

Urania.

Taubenstrasse 48/49.
Abends 8 Uhr:
Das Land Tirol.
Im Hofsaal um 6 Uhr:
Dr. Donath: Einführung in die Wechselstrom-Ercheinung.
Um 8 Uhr:
Professor Dr. Müller: Die Stärkgebildung.
Sternwarte
Invalidenstrasse 57/62.

Passage-Theater.
Vorstellung.
Anfang: Sonntags 3 Uhr.
D-Wechent. 5 Uhr.
Ende 11 Uhr.
Nur noch kurze Zeit: Auguste
Adamovic
Nachmittags 7 Uhr.
Abends 10 Uhr.
Willy Prager.
14 neue erste Klasse Nummern.

CASTANS Panoptikum
Friedrichstrasse 105.
Grosse **Busch-Ausstellung.**
Max u. Moritz, Pater Filicinus etc. Zauberkünstler F. Roberts (d. Verschwinden einer Dame). Kasperle-Theater. - Illusionen. Gr. Promenaden-Konzert.

Belle-Alliance-Theater.
Heute u. folgende Tage: Ab. 7 1/2 Uhr.
Am Telephon.
Drama in zwei Aufzügen.
Hierauf gegen 8 1/2 Uhr:
Cupido & Co.
Schauspiel mit Ges. u. Tanz in 3 Akten.
Emil Sondermann, Ferd. Bornat, Hambroß, Kettner; Damen: Sichter, Marton, Korefen.

Casino-Theater
Löffelingerstr. 37.
Heute zum letztenmal:
Moderne Frauen
und die glänzenden Spezialitäten.
Ab. Sonntag 7 1/2 Uhr. Sonabend 8 Uhr. Ab. Sonntagabend einige Wiederholungen: Ein Sohn des Volkes.

Trianon-Theater.
Georgenstrasse.
zwischen Friedrich- u. Universitätsstr.
Die Liebesschaukel.
Lustspiel in 4 Akten v. M. Donnay.
Anfang 8 Uhr.

Kleines Theater.
Unter den Linden 44. Anfang 8 Uhr.
Zum erstenmal:
Nacht-Asyl.
Scenen aus den Tiefen des Lebens.
Vier Akte von Maxim Gorki, deutsch von August Scholz.

Gratweils Bierhallen
Theater u. Variété
Kommandanten - Strasse 77/79.
Direktion: Carl Haverland.
Täglich: Gr. Vorstellung.
Das grosse amüsante **Januar-Programm**
Nur allererste Kunstkräfte.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
Jed. Sonabend, Sonntag u. Mittwochs nach der Vorstellung:
TANZ.

Residenz-Theater.
Direktion: Sigmund Lautenburg.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Die beiden Schwestern.
(Les deux Ecoles.)
Aufspiel in 4 Akten von M. Capus.
Morgen und folgende Tage: Die beiden Schwestern.
Masken- und Theater-Garderobe.
Grosso Auswahl historischer Kostüme.
Verleihen Preismässig. **E. Elzel-Beck.**
Amt VIIa 7700.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Freitagabend 8 Uhr:
Renaissance.
Aufspiel in 3 Akten von Franz v. Schöningh u. Franz Koppel-Gebel.
Sonabendabend 8 Uhr:
Ein Ehrenwort.
Sonntagnachts 3 Uhr:
Jugendfreunde.
Sonntagabend 8 Uhr:
Der Pfarrer von Kirchfeld.

Cirkus Schumann
Freitag, den 23. Januar 1903, abends 7 1/2 Uhr:
Grosse Gala - Sport - Vorstellung.
Hervorragend gewählt. Sport-Programm.
Mr. Diavolo

Looping the Loop.
Zum 90. Male:
Die lustigen Heidelberger.
Sonntagnachts: Pierrots Weihnachten. Die grosse Bonbonnière und der Bonbonroger. In beiden Vorstell. Looping the Loop.

Buntes Theater
Königstr. 53.
Abends 8 Uhr:
System Aubert
Sonntag, den 23. Januar: Zweite volkstümliche Opern-Vorstellung bei bedeut. ermäßigten Preisen (Anfang 7 1/2 Uhr):
Der Waffenschmied.

Buntes Theater
Königstrasse 63.
Sonabend, den 24. Januar:
Erste Subskriptions-Redoute.
Eintrittskarte 10 M.
Künstlerkarte 5 "
Logo für 4 Personen . . . 20 "
Anmeldungen im Sekretariate täglich von 10 bis 3 Uhr nachmittags und von 6 bis 10 Uhr abends.

W. Noack's Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 10.
Carmen.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Sonabend: Keine Vorstellung.
Sonntag: Carmen.

Bernhard Rose-Theater
Baderstr. 58.
Freitag, den 23. Januar 1903:
Die Millionenbraut.
Poffe mit Gesang in 3 Akten von Ed. Jacobson und J. Willen.
Anfang 8 Uhr.
Montag, den 24. Januar: Einmalige Soliste der Norddeutschen Sänger: Herren Rührmann, Hart, Balde.

Carl Weiss-Theater.
Grosse Frankfurter Strasse 132.
Familie Humbert
oder:
Der 100 Millionen-Schwundel.
Komödie in 5 Akten von G. Gebelle, deutsch von J. Karin. Anfang 8 Uhr.
Morgen und die folgenden Tage: Dieselbe Vorstellung. Sonntagnachts 4 Uhr Kinder-Vorstellung: Hühnerbrödel. Sonntagnachts 3 Uhr keine Preise: Ise Röhmer.

Etablissement Buggenhagen
am Moritzplatz.
Jeden Tag:
Der schöne Max aus Franz-Budholz.
Heute: Voebierfest.
Im Kaiser-Saal:
Norddeutsche Sänger und Tanz.

Schiller-Theater N.

(Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).
Freitagabend 8 Uhr:
Zum erstenmal:
Das Geheimnis der Gilde.
Schauspiel in 4 Akten von August Steinböck.
Deutsch von Ernst Branstetter.
Sonabendabend 8 Uhr:
Renaissance.
Sonntagnachts 3 Uhr:
Die Räuber.
Sonntagabend 8 Uhr:
Das Geheimnis der Gilde.

Cirkus Busch.
Freitag, den 23. Januar 1903, abends 7 1/2 Uhr:
Dahomey mit Elefanten-Jagd.
Variakoff-Troupe, Seelöwen. Elefant und Pferd. Amateur-Reiten.

Palast-Theater
Lützowstr. 22. Früher: Jean-Palast.
Das phänomen. Januar-Programm.
Alles neu! Alles neu! 8 1/2 Uhr. Neu inszeniert: 8 1/2 Uhr.
Auf hoher See.
Lebensbild m. Gesang u. Tanz in 3 Akten.
The Atlantic, Kraft-Alt.
Gebr. Bollong, großart. Melange-Alt.
Jonny Manchonez, das med. Weltmeister.
The Helsons, eine Scene im Kaffeeh. Elsa Byron, Cendrellen-Diva.
Anfang: Sonntag 8. Sonntag 7 Uhr.
Entree 30 Pf.

Wintergarten
Das sensationelle **Januar-Programm.**
Tortajada Spanische Tänzerin.
Paul Conchas: „Im Bivouac“, Excentrics.
Wallino und Marinette, Tanzduo.
Thompsons Wunder-Elefanten.
Otto Reutter. Humorist.
Das Bordevary-Trio.
Adrienne Larive, Pariser Sängerin.
Alburtus v. Bartram, Keulen-Jongl.
Die 7 Allison, Akrobaten.
„Das Mädchen mit dem goldenen Haar“, Eine Vision.
Pariser Luft. Ballett.
„Die Reise in den Mond“, Biographische Bilder.

Steidl-Theater
Lindenstr. 132.
Oranienburger Thor.
Täglich 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Stürmischer Lach-Erfolg!
Familie Humbert
Ull-Komödie von Fritz Steidl.
U. d. a. gedr. neue Programm.
Entree 50 Pf. (Borverkauf 40 Pf.).
Sperre 1 M.,loge 1,50 M.

Reichshallen.
Stettiner Sänger.
Anfang: Sonntags 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr.

Carl Schmidt,
Büsten-Fabrik,
BERLIN W.,
Taubenstr. 23,
empfiehlt seine weltberühmten **Stoffbüsten**
für jede Körperform.
Figur wie nebensteh. von 7 M. bis 50 M.
Unentbehrlich zur Anfertigung der Kostüme.
Katalog gratis und franco.
Man hüte sich vor wertlosen Nachahmungen. 4251*

Jeden Freitag von mittags an:
Frische Blut- u. Leberwurst
in bekannter tadelloser Qualität
Richard Augustin, „Vorwärts“-Haus.
Lindenstr. 69, Hof part. Frühlücks-, Mittagstisch, Sitzungszimmer.

Restauration Hugo Lehmann
Friedrichstr. 16. Lindenstr. 101-102.
Innerhalb der Handelsstätte Bellealliance.
Grosser Mittagstisch für Damen in separatem Zimmer u. Abend ohne Bier 10 Pf. **Vereinszimmer** mit elektrischem Piano für 20 bis 150 Personen. Anst. von erst Münchener, Kolmbacher, Grätzer, ff. Weiss- und Lager-Bier. 3692*

Raucher Haas-Tabak
Specialität: **Berliner Shag hell**
in 10 Pfg. Packeten
Hochfein im Geschmack u. Aroma.
Zu haben in allen Gigarrengeschäften.
ENGROS-NIEDERLAGE: **H. SALTZMANN**
Berlin S. Luisenfer 3

Königstadt-Casino.
Holzmarktstr. 72. Ecke Alexanderstr.
Täglich erhalt. Spezialitäten-Vorstellung. Jed. Mittwoch, Sonnabend u. Sonntag Tanzkränzchen. Anf. Sonntag 8, Sonntag 6 Uhr.
Sanssouci
Jeden Sonntag, Montag, Donnerstag:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger.
Nach jeder Entree:
Tanz-Kränzchen.
Neu! Grünbergs Neu! Entlastungsparodie: De Lup in de Lupt.

Deutsche Konzerthallen
Spandauer Brücke 3
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Sonntag:
5 Künstler - 5 Kapellen
Special-Ausschank der Berliner Bockbrauerei.

Alles hat seinen Grund.
Darum, weil die Tuchfabrik-Riederlage von **Koch & Seeland** Ross-Strasse 2 die besten Fabrikate in Herren-Stoffen ohne Zwischenhand in Wirklichkeit direkt zu Fabrikpreisen an Private abgibt, darum der Riefen-Erfolg:
Koch & Seeland.

Album- und Lederwaren-Fabrik Oskar Gundau.
Oranienstr. 30, Ecke Adalbertstrasse.
Gr. Lager aller Arten Lederwaren u. Schmuckwaren zu bill. Preisen.
Julius Fischer, Boeckstr. 7.
empfiehlt allen Herren und Genossen sein Patent. Vereinsnummer zu 25 Personen. „Leiziger Volkszeitung“ mit Vorkaufsliste liegt aus. 1892*
Dr. Simmel, Prutzen-Str. 41.
Specialarzt für 189/111* **Haut- und Nervenleiden.**
10-2, 5-7. Sonntags 10-12 2-4.
Charlottenburg.
M. Scherberg 1588*
Wilmerdorfer Strasse 127.
Uhrmacher und Goldarbeiter.
Groses Lager von Uhren und Goldwaren zu äußerst billigen Preisen.
Optische Artikel. Schieber werden schmerzlos getrieben.

Ein **Restaurationsgrundstück**
mit **Tanzsaal** in der Nähe Berlins ist wegen Krankheit des Besitzers sofort zu verkaufen.
Beliebter, Parteigenosse, die über eine Anzahlung von 10 000 bis 15 000 Mark verfügen, wollen ihre Adresse unter P. 8 bei der Expedition dieser Zeitung einreichen. 4262*

Reinwollene Blusen M. 2.50
im Fabrik-Preis. Kaiser Wilhelmstrasse 10. 1. Etage (Neuer Markt).
Sonabend, 23. Februar frei geworden, ist für Rasenball an Vereine zu vergeben. Klub Salon, Große Frankfurterstrasse 85. 4132*
Neu eröffnet! Gute Ventilation!
Café Schurig,
Oranien-Str. 144
dicht am Moritzplatz.
Kaffee 10 u. 15; Bier 10 Pf.
Billard u. Schmeck 40 Pf.
Gr. Auswahl v. Zeitungen, modernen Schachspielen und Journalen. 11982*

Abgeordnetenhaus.

5. Sitzung Donnerstag, 22. Januar, 11 Uhr. Am Ministerische: Freiherr v. Hammerstein, Freiherr v. Rheinbaben. Nach Ueberweisung einiger Rechnungssachen an die Rechnungs-Kommission tritt das Haus in die erste Beratung des Gesetzesentwurfs über die Befähigung für den höheren Verwaltungsdienst.

Minister des Innern Hr. v. Hammerstein: Die gewaltige Ausdehnung unserer Gesetzgebung in Reich und Staat — ich erinnere nur an die umfangreichen sozialpolitischen Gesetze, auf die Reform in der Zoll- und Steuergesetzgebung — macht eine gründlichere Ausbildung unserer höheren Verwaltungsbeamten, speziell im eigentlichen praktischen Verwaltungsdienst zur dringenden Notwendigkeit. Der seiner Zeit von diesem Hause abgelehnte Entwurf erscheint daher in etwas veränderter Form wieder. Von einer bürokratischen Befestigung der Zeit, welche der Referendar bei jedem einzelnen Zweige der Verwaltung zubringen muß, ist abgesehen worden, es muß die Möglichkeit gelassen werden, den Referendar je nach seiner Fähigkeit in bestimmten Zweigen der Verwaltung besonders auszubilden, der ihm am meisten am Herzen liegt.

Der junge Beamte muß beschäftigt werden beim Landrat, bei der Regierung, bei der Selbstverwaltung und beim Bezirksausschuß. Als Herr Richter seiner Zeit gegen den Entwurf sprach, meinte er, es sei viel besser, wenn schon von der Universität ab die Laufbahn des künftigen Verwaltungsbeamten von der des Justizbeamten getrennt werde. Als künftiges Ziel kann ich mir das wohl denken, heute wäre aber dazu eine vollständige Umwälzung unseres Universitätsstudiums nötig. Energetisch bestreite ich dagegen, was Herr Richter seiner Zeit als Thatsache hinstellte, daß bei der Auswahl der höheren Verwaltungsbeamten bestimmte soziale Klassen besonders berücksichtigt würden. Es ist selbstverständlich, daß für den Verwaltungsdienst nur solche Leute brauchbar sind, welche einen gewissen Takt und eine gewisse Umsicht haben, sie müssen verstehen mit dem Publikum umzugehen, dazu gehört eine gewisse Erziehung. Aber ich bestreite, daß auf die Zugehörigkeit zu irgend welcher sozialen Klasse Rücksicht genommen wird. Nach einer Auffassung, die ich im Laufe des Sommers habe machen lassen, sind von den Vätern sämtlicher Regierungsreferendare in Preußen 34 höhere Verwaltungsbeamte, 10 höhere Justizbeamte, 9 höhere technische Beamte, 5 Kommunalbeamte, 45 Landwirte, 6 Gutspächter und Gutbesitzer, 12 Kaufleute und Industrielle, 14 Beamte, 31 Offiziere, 8 Geistliche, 2 Lehrer, 2 Apotheker, 2 Maler, 1 Musiker, 6 Ärzte. Von einer Begünstigung sozialer Klassen kann also keine Rede sein. — Ich hoffe, daß wir in diesem Jahre zu einem befriedigenden Abschluß der Vorlage gelangen und bin zu weiteren Anstalten in der Kommission gern bereit. (Bravo.)

Abg. Oberhoff (fr.) erklärt die Zustimmung seiner politischen Freunde zu dem Gesetzesentwurf, spricht sich aber gegen eine noch weitere Herabsetzung der Tätigkeitszeit bei den Gerichten aus. Die Zeit von acht Monaten habe die Regierung selbst als nicht genügend erkannt, aber der eine Monat, den sie zugegeben habe, ändere nichts an der Sache. — Sehr interessant war die Erklärung des Herrn Ministers v. Hammerstein, daß bei der Auswahl der höheren Verwaltungsbeamten nicht allein die Ausbildung maßgebend sei, sondern es müsse auch ein gewisser Takt von den Beamten verlangt werden. Dadurch, daß Herr v. Hammerstein diesen Takt garantiert sah durch eine gewisse Erziehung, hat er doch dem Verdachte Raum gelassen, daß bei der Auswahl der Verwaltungsbeamten ihre Zugehörigkeit zu bestimmten Gesellschaftsklassen berücksichtigt werde. (Sehr richtig! links.)

Abg. Träger (fr. Vp.) auf der Tribüne sehr schwer verständlich spricht sich gegen eine Herabsetzung der Tätigkeitszeit bei den Gerichten aus. Die Zeit von acht Monaten habe die Regierung selbst als nicht genügend erkannt, aber der eine Monat, den sie zugegeben habe, ändere nichts an der Sache. — Sehr interessant war die Erklärung des Herrn Ministers v. Hammerstein, daß bei der Auswahl der höheren Verwaltungsbeamten nicht allein die Ausbildung maßgebend sei, sondern es müsse auch ein gewisser Takt von den Beamten verlangt werden. Dadurch, daß Herr v. Hammerstein diesen Takt garantiert sah durch eine gewisse Erziehung, hat er doch dem Verdachte Raum gelassen, daß bei der Auswahl der Verwaltungsbeamten ihre Zugehörigkeit zu bestimmten Gesellschaftsklassen berücksichtigt werde. (Sehr richtig! links.)

Abg. Frhr. v. Richter (L.): Wir erkennen an, daß die Vorlage eine größere Berücksichtigung der praktischen Ausbildung der Verwaltungsbeamten bringt, wie wir sie verlangt haben. Es ist eine Vertiefung der Kenntnisse der Referendare in der Nationalökonomie, der Finanzwissenschaft usw. dringend notwendig. Die Grundfrage muß auf der Universität gestellt werden, es wäre aber sehr erwünscht, wenn die Referendare später auf etwa sechs Monate in staatswissenschaftliche Seminare — wie in Berlin die staatswissenschaftliche Vereinigung — geschickt würden. Sehr wünschenswert wäre die Schaffung einer Verwaltungs-Akademie zu diesem Zwecke. Redner wendet sich gegen Bevorzugung der Kandidaten wegen ihrer sozialen Stellung und schlägt sich dem Antrag, die Vorlage einer Kommission von 21 Mitgliedern zu überweisen, an.

Abg. Schwendler (natl.) bleibt auf der Tribüne unverstänlich. Redner wendet sich gegen die Bevorzugung von Corpsstudenten und Reserve-Offizieren bei der Annahme der Referendare und wünscht, daß nicht der Regierungspräsident, sondern nur der Minister das Recht der Auswahl habe.

Abg. Peltz (fr. Vgg.) und v. Sabinus (L.) schließen sich dem Vorredner an und sprechen sich im wesentlichen für die Vorlage aus.

Abg. Frhr. v. Jellit (H.): Täglichkeit, gepaart mit dem nötigen Takt dürfte allein maßgebend sein für die Annahme von Referendaren. Die Statistik des Ministers würde mehr Eindruck gemacht haben, wenn sie für jeden Regierungsbezirk aufgestellt worden wäre und daselbe Resultat ergeben hätte. Die Regierungspräsidenten müßten gehalten sein, dem Minister über die Annahme von Referendaren zu berichten, speziell die Gründe für Ablehnungen genau anzugeben. Das würde ihnen das Gewissen gehörig säubern. Die Vorbildung müsse dahin gehen, daß eine genügende Ausfüllung von Spezialkursen ermöglicht werden, daß die Theorie auch in der Praxis des Lebens besterwert werden könne. Der Schwerpunkt der Ausbildung müsse in die Zeit nach der Referendarezeit, in den Anfang der Assessorzeit fallen. Redner wünscht schließlich, daß schon das erste juristische Examen so angefaßt werde, daß der volle Nachweis juristischer und wissenschaftlicher Bildung geliefert werde.

Abg. Dr. Seumer (natl.): Die Verwaltungsbeamten müssen mehr Sinn für das praktische Leben bekommen, damit die unglaubliche Unwissenheit und ihre Geringschätzung in Dingen des praktischen Lebens endlich aufhöre. Kennenlich in sozialpolitischer Hinsicht bestehen bei unseren Verwaltungsbeamten ganz verkehrte Ansichten. Ich könnte Hunderte von Fällen anführen, will mich aber auf zwei beschränken. Der erste betrifft den Kurator der Universität Bonn und früheren Unterstaatssekretär Herrn v. Rottenburg, der in einem unglaublich krausen Artikel über die sozialpolitischen Wirkungen der Kartelle ganz merkwürdige Ansichten geäußert hat. Bekanntlich ermöglichen die Kartelle den Arbeitern dauernde Beschäftigung. Herr v. Rottenburg spricht von der traurigen Abhängigkeit der Kartellbeamten. Herr v. Sorlier hat ihm in der Zeitungsartikl „Stahl und Eisen“ bereits treffend geantwortet, daß sich hohe Staatsbeamte besonders gern in die traurige Abhängigkeit von industriellen Beamten begeben. Der zweite Fall betrifft die Anordnungen des Reichsanwalters zu der Marginalia des Kaisers über die Bemerkung Millersands, daß die französische Bourgeoisie nicht gern soziale Lasten zu tragen gewillt sei. Der Reichsanwalter hätte die Bemerkung nicht unterdrücken dürfen, daß das deutsche Unternehmertum soziale Lasten gern auf sich nimmt und seine Pflicht schon erfüllt hat, ehe die staatliche Versicherung eingriff. Auf den Krupp'schen Werken betragen die gesetzlichen Lasten 5 Millionen und die freiwilligen 22 Millionen. Eine Bourgeoisie im französischen

Sinne, d. h. ein Zurückziehen im 43. Jahre gibt es in Deutschland nicht. Bei uns arbeiten die Unternehmer meist bis zum 60. oder 70. Jahre. Man sieht, es ist notwendig, daß den regierenden Beamten Respekt vor der praktischen Arbeit der Regierten eingefloßt wird. (Beifall.) Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. Schmitz-Düffelhof (L.) und Graf Moltke (konf.) wird die Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen. Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr. (1. Gesetzesentwurf betr. die Wohnungsgeldzuschüsse für unmittelbare Staatsbeamte. 2. Zweite Lesung des Etats.) Schluß 3 1/2 Uhr.

Der Streik der Konfektionschneider.

Wien, 21. Januar 1903. (Eig. Ber.) Seit drei Tagen stehen in Wien mehr als 3000 Herren-Konfektionschneidergehilfen samt ihren 1800 „Meistern“ in gemeinsamen Streik gegen ihre gemeinsamen Bedrücker: gegen die Herren-Konfektionäre. Und in der mährischen Schneiderstadt Prohnik stehen noch etwa 1000 Schneidergehilfen, die alle auch für die Wiener Konfektionäre arbeiten. Getroffen bei Fuß. Sie arbeiten noch, aber nur ihre ständigen Artikel. Wie in der Regel in Wien erzeugten Kleider werden sie nicht übernehmen, um ihren Wiener Elends- und Hungergeossen nicht in den Rücken zu fallen. Es ist ein Hungerstreik in des Wortes schümmer Bedeutung. Ein Hungerstreik von 3000 der Bürgeria Tuberkulose verfallener Menschen gegen eine Handvoll Großkonfektionäre, die schon bei der Million gelandet sind, und gegen 100 kleinere Konfektionäre, die aber weniger in Betracht kommen, weil sie einschüchtlend für den Wiener Markt arbeiten und auch viel Kundenarbeit (Kleider nach Maß) haben.

Die denkbar trübseligsten Gegenstände werden durch diesen Streik wieder einmal lebendig. Auf der einen Seite Menschen, die bei harter und das gefühllose Höchstmah der Arbeitszeit im Fabriebetrieb (11 Stunden) weit überhörender Arbeit kaum genug Brot erwerben können, um ihren Hunger zu stillen, auf der anderen Ankaufung von Millionenvermögen; auf der einen Seite Menschen, die in ennen, dumpfen Wohnungen, in wahren Bräustätten der Tuberkulose, dicht beieinander wohnen, arbeiten, kochen und schlafen müssen, auf der anderen Seite die großen Kaufhäuser der Konfektionäre, ihre Paläste und Villen; auf der einen Seite Tausende, denen alle Luft und Freude am Leben vergällt wird, denen Hunger und Krankheit stete Begleiter sind, und auf der anderen das Duzend der Ruhestörer. Nicht zum erstenmal beschäftigt sich die Wiener Oeffentlichkeit mit diesen Gegensätzen. Schon einmal wurde die Aufmerksamkeit auf diese Zustände gelenkt. Das geschah, als 1899 im Arbeitsstatistischen Amte eine Enquete über die Verhältnisse in der Kleider- und Wäsche-Konfektion durchgeführt wurde, die sich aus einem Antrage ergab, den der österreichische Gewerkschaftssekretär, Genosse Hueber, und der Organisator der Wiener Schneider, Genosse Smilla, im Arbeitsrat des Arbeitsstatistischen Amtes gestellt hatten. Dort wurden durch Einvernehmen der Groß- und Kleinkonfektionäre, der Arbeiter und der Zwischenhändler zwischen Arbeiter und Konfektionäre, der sogenannten Stückmeister, alle Verhältnisse festgestellt. Die Herren-Konfektion umfaßt die beiden großen Gruppen der Export- und der Wiener Ware. Der österreichische Kleider-Export ist nicht unbedeutend. 1902 gingen im November um mehr als 6 Millionen Kronen Kleider in das Ausland und um 15 1/2 Millionen Kronen Kleider nach Ungarn. Der Stückmeister bekommt im Konfektionshaus die zugeschnittenen Stoffe und das Zubehör und muß nun die Kleider anfertigen. Dabei ist eine sehr weitgehende Arbeitsleistung zu beobachten. Der eine fertigt nur Hosen (und hier wieder nur aus bestimmten Stoffen) an, der andre nur Westen, ein dritter nur Saccos, ein vierter Ueberkleider und so fort. Die Mode bringt es mit sich, daß die früher regelmäßig fortlaufende Konfektionsarbeit nun auch zur Saisonarbeit geworden ist. Immer größer wird der Kreis der Leute, die darauf verzichten oder verzichten müssen, Kleider nach Maß zu tragen, die aber doch nicht darauf verzichten wollen, der Robe Konfektionen zu machen. Diesen Ansprüchen ist es zu danken, daß nun die Konfektionäre auch mit der Mode gehen müssen, und daß die früher auf das ganze Jahr verteilte Arbeit nun in wenige Monate zusammengedrängt wird, in denen dann freilich mörderisch gearbeitet wird, 14 bis 16 Stunden täglich und vor den zwei Liefertagen in der Woche auch noch die ganze Nacht durch. Im Januar und Februar wird die Sommerware, im Juli und August die Winterware gearbeitet. In den übrigen Monaten „tröpfelt“ nur, es geht viel Hunger und wenig Arbeit, diese fast nur „aus Mitleid“ zu sehr gedrückten Preisen. Etwas kontinuierlicher ist die Arbeit für den Wiener Platz, die wohl auch ihre Saison hat, die aber doch auch Nachbestellungen und durch Bestellungen nach Maß, bei denen eine 10prozentige Lohnerhöhung eintritt, etwas besser ist. Dennoch kommen in der Saison bei den beiden größten Wiener Firmen Rothberger und Stefan Esders schon um 3 Uhr morgens die armen Lehrlinge beobachten, wie sie, bespaßt mit den Kleiderbällen, stundenlang warten, um bei der Uebernahme und Abfertigung womöglich die ersten zu sein, damit der Meister und die Gehilfen dann zu Hause womöglich ohne Unterbrechung weiter-schaffen können.

Und dann schleppt sich der Junge, schwer bespaßt, wieder in die Vo-ladt hinaus, in die Wiener Elendsbezirke, in die Brigittenau oder nach Döbling, in die Leopoldstadt oder nach Währing und beginnt dann in dem einen elenden Raum mit den andren zugleich weiter zu schlafen bis in die stinkende Nacht. Anschließend an die erwähnte Enquete erhob eine Kommission auch die „Wohnungs- und Gesundheitsverhältnisse in der Kleider- und Wäsche-Konfektion“. In dem 1901 hierüber erschienenen Werkchen sind diese Wohnungen geschildert. Hier nur ein (amtliches) Beispiel:

Wescheiden wohnt im zweiten Stockwerk eines reinen netten Hauses im 18. Bezirk (Währing) ein lediger Stückmeister, der mit seiner bei ihm wohnenden Geliebten und deren Kind einen kleinen, einseitigen Raum mit 11,3 Quadrat-metern Wohnfläche und 28,3 Kubikmetern Luftraum innehat. In diesem Raume, wo gekocht und gearbeitet wird, schlafen die drei Personen gemeinschaftlich in einem Bette, während ein Gehilfe den über eine Wand gelegten Strohsack als Lagerstätte benützt. Das übrige aus 1 Kasten, 1 Nähmaschine, 1 Bügelstisch, 2 Stühlen und elender Kücheneinrichtung bestehende Mobiliar vertheilt den unteinen, seit mehreren Wochen nicht gewaschenen Raum derart, daß die Kommissions-mitglieder einander bei der Befähigung ablesen mußten, da außer den Inwohnern nur noch jeweils eine Person darin Platz hatte.

In so ein „Heim“ — oft noch in ein schlechteres — in allen, verfallenen, schmutzigen Mietshäusern, kommt dann der Lehrling und dann geht die Robot fort bis zur Erschöpfung. Wenig Fleisch und Wurst und viel Kartoffeln oder Mehlspeisen — Mühle und Rindeln — sind sein Stoff und auch die des oder der Gehilfen, die mit „zur Familie“ gehören, ein Lager auf den Dielen oder in einer Vertikab, einem sogenannten „Hochstüber“, in sein Bett und früher Tod sein Loz. „Das Durchnitzsalter der in der Kleider-

Konfektion beobachteten männlichen Arbeitspersonen stellt sich auf 28,6 Jahre.“ So sagte die amtliche Kommission ihre Erfahrungen in einer genaueren Ziffer und die Ausweise der Schneider-Krankenkasse berichten, daß von den 1815 Krankenangehörigen, die in den Jahren 1892 bis 1902 verstorben sind, 1015 im Alter von unter vierzig Jahren waren. Wie könnte es auch anders sein? Unter solchen Verhältnissen muß die Tuberkulose reiche Ernte halten. Nur 40 Proz. aller untersuchten Arbeitsräume waren nur Arbeitsraum, 43,6 Proz. aller Arbeitsräume waren gleichzeitig Schlafräume und 14,8 Proz. gleichzeitig Küchen- und Schlafräume. Und dazu nimmt es noch von Kindern in diesen giftgeschwängerten Stuben, in denen die Mütter ihren Elendsbrüdern auch das Leben schenken. Wer könnte die ganze Barbarei dieses Zustandes schildern?

Kann es anders sein? Darauf giebt die Lohnaufstellung der Konfektionäre für die Stückmeister Antwort. Bei den heutigen Löhnen nicht. Für ein Sacco werden von verschiedenen Firmen und für verschiedene Waren an Arbeitslöhnen gezahlt: 1 Krone 10 Heller (1 Krone = 85 Pf.), 1 Krone 80 Heller, 2 Kronen 20 Heller, 2 Kronen 50 Heller, bis hinauf zu 3 Kronen 50 Heller und 4 Kronen. Für einen Schlafrock werden 4 Kronen 50 Heller bis 10 Kronen; für einen Ueberzieher 2 Kronen 40 Heller bis 7 Kronen; für eine Hofe 70 Heller (Esders) bis 1 Krone 80 Heller und für einen Winterpaletot 2 Kronen 50 Heller bis 11 Kronen gezahlt. Verschiedene Qualitätsbedingungen die Preis-verschiedenheiten, aber alle Löhne, selbst die höchsten, sind elend, da die höchsten Löhne nur wieder für hochqualifizierte Arbeit gezahlt werden.

Bekommt der Stückmeister solchen Lohn, was soll er, der Zwischenhändler, den Gehilfen zahlen? 4 bis höchstens 8 Kronen sind die Gehilfenlöhne in Wien und dazu bekommen die Gehilfen das geschilberte Quartier und die geschilberte Kost am Morgen und Mittag. Für das Abendessen müssen sie selbst sorgen. Der ständige Druck lastet auf ihnen. Von ihnen ging jetzt auch der Gegenbrand aus, dem die Meister nicht widerstehen konnten. Sie wurden von den Gehilfen mitgerissen und kämpften nun an ihrer Seite, unterstützt von der Zwangsgenossenschaft (Znning) der Kleidermacher, die sich ihrer Mitglieder annimmt.

Was sie fordern, ist spottwenig. Ein Fünftel höhere Löhne, Festsetzung der 11 stünd. Maximalarbeitszeit und Beseitigung der Schlafstellen beim Meister, dieser vom sanitären und sittlichen Standpunkt gleich verwerflichen Schweinerei. So wenig dies ist, die 5000 müssen erst darum kämpfen und die Handvoll Millionäre läßt sich erst unter Opfern abringen, was sie längst hätte geben müssen, wäre in ihnen nicht jedes Gefühl für Menschlichkeit und Menschenwürde erstickt und wäre die staatliche Organisation auch zum Schutze der Ausgebeuteten da.

Jeder noch nicht völlig gegen menschliches Elend abgestumpfte Mensch wird den Sklaven der Nadel vollen Sieg wünschen!

Nach den bis jetzt vorliegenden Nachrichten befinden sich 96 Proz. aller Gehilfen im Streik. Das ist also eine Beteiligung, die nahezu alle Arbeiter der Branche umfaßt. Auch unter den Stückmeistern giebt es nur wenige, die sich dem Streik nicht angeschlossen haben und weiter arbeiten. Diese gemehen jetzt den weitgehendsten Schutz der Polizei, die streng darüber wacht, daß die Streikenden kein Wort der Anklärung und Ermahnung zur Solidarität an die Streikbrecher richten können. Einige dieser unsolidarischen Stückmeister sind sogar so weit gegangen, daß sie die streikenden Gehilfen, die bei ihnen in Schlafstellen sind, entlassen und hinausgewiesen, sie also des Obdach beraubt haben. Die Gewerkschaftskommission Oesterreichs erklärt einen Aufruf, worin sie um Unterstützung des Streiks, insbesondere um finanzielle Hilfe für die durch die Rücksichtslosigkeit einzelner Stückmeister obdachlos gewordenen Gehilfen ersucht.

Geldleistungen zu Gunsten des Streiks sind an die Redaktion der „Gewerkschaft“, Wien VI., Mariastadtstrasse Nr. 80A, zu richten.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

8. Sitzung vom Donnerstag, den 22. Januar, nachmittags 5 Uhr. Vor der Sitzung ist der Ausschuß zur Vorbereitung der Wahl von zwei unbesetzten Stadträten gewählt worden und zu seiner Konstituierung zusammengesetzt; ihm gehören u. a. auch die Stadts. Bruns, Oswald und Singer an.

Vorsitzer Dr. Langerhaus eröffnet die Sitzung gegen 5 1/2 Uhr. Nachdem gestern die Entlassung des Bürgermeisters Dr. Reide aus dem Reichsdienste erfolgt ist, soll heute um 6 Uhr die feierliche Entlassung des Gewählten in sein neues Amt stattfinden.

Die Beschaffung von 20 Sprengwagen und 6 Rehr-maschinen und die Anbringung eines zweiten Drause-rohres an 50 alten Sprengwagen wird überschläglich 22470 Kr. Kosten verursachen. Die Versammlung erteilt die Genehmigung.

Die Ferienordnung für die Gemeindeschulen für 1903 nimmt die Versammlung zur Kenntnis.

Darauf geht die feierliche Einführung des Bürgermeisters Dr. Reide vor sich. Oberbürgermeister Kirchner vollzieht dieselbe mit folgender Ansprache:

Nachdem Sie von der Stadtverordneten-Versammlung fast einstimmig gewählt sind und diese Wahl die allerhöchste Bestätigung gefunden hat, und nachdem nunmehr auch Ihre Entlassung aus dem Reichsdienste erfolgt ist, liegt mir die angenehme Pflicht ob, Sie vor Eintritt Ihres Amtes in öffentlicher Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung zu verpflichten. Sie haben bereits bei Ihrem Eintritt in den Justizdienst den Dienst geleistet, und unter Bezugnahme auf denselben nehme ich Sie hiermit als Bürgermeister der königlichen Haupt- und Residenzstadt Wien durch Handschlag an Eidesstatt in Eid und Pflicht und händige Ihnen die vollzogene Bestallung aus. Meine Herren! Abgesehen von der kurzen Zeit, während welcher der verehrte Bürgermeister Brunnmann thätig war, sind es heute mehr als vier volle Jahre, daß das eine der beiden Rente der Bürgermeister Wien verwaltet ist. Wenn es in dieser langen und schweren Zeit dem Magistrat möglich gewesen ist, die ihm obliegenden Geschäfte ohne wesentliche Störung zu führen, so war das nur dadurch aus-sprechbar, daß eine Anzahl von Magistratsmitgliedern neben den Arbeiten ihres eignen Amtes die Arbeiten des fehlenden Bürgermeisters übernommen haben. Es ist für mich ein Bedürfnis, in diesem Augenblick und an dieser Stelle diesen Männern öffentlich den herzlichsten Dank dafür auszusprechen (Beifall), insbesondere den Stadträtin Haas und Hüfner, welche mich in meiner zeitweiligen Abwesenheit vertreten haben, und Herrn Stadtrat Voigt, welcher die Geschäfte des Bürgermeisters seit langer Zeit geführt hat. Trotz dieser Hingabe haben die Geschäfte zeitweise unter der Valanz ge-litten. Es ist uns nicht immer möglich gewesen, unter der Last der täglichen Arbeit die freie Zeit und den freien Will für größere Arbeiten der Zukunft zu behalten, und sicherlich ist niemand sich mehr bewußt als ich selbst, daß ich insbesondere genötigt gewesen bin, auf die Nachsicht meiner Kollegen und dieser Versammlung zu rechnen. Hochgeachteter Herr Kollege! An den Eintritt Ihrer Person in den Magistrat knüpft sich die Hoffnung, daß sich die Verhältnisse bessern werden. Nach menschlichen Gedanken ist diese Hoffnung wohl begründet. In einer Jugendfrische, wie wohl kaum einer Ihrer Vor-

gänger treten Sie ins Amt. Sie besitzen das volle Vertrauen der Versammlung, der Bürgerchaft, der Aufsichtsbehörden und Seiner Majestät des Königs. Möge diese ernste, feierliche Stunde eine reichbeglückte und segensreiche sein, reich gesegnet für Sie, reich gesegnet für unsere Stadt Berlin! (Lebhafte Beifall.) Mögen sich alle Hoffnungen und Wünsche, die jetzt Ihre und unsere Brust bewegen, reich erfüllen! Ich heiße Sie im Kreise der Stadtverwaltung und insbesondere des Magistrats aufs herzlichste willkommen! (Lebhafte Beifall.)

Vorsitzer Dr. Langerhand: Hochgeehrter Herr Bürgermeister! Sie sind einer der wenigen, die wir gewählt haben, die noch nicht in städtischen Gemeinde-Angelegenheiten gearbeitet haben, aber Sie haben schon eine Stellung im öffentlichen Leben eingenommen, die uns mit vollem Vertrauen erfüllt, daß Sie Ihre ganze Kraft dem Gemeinwohl widmen und dazu beitragen werden, daß die Selbstverwaltung in der Weise aufrecht erhalten wird, wie wir sie bisher angestrebt haben. Wir hoffen, daß Sie uns in der zähen Festhaltung unserer Rechte schützen und uns mitarbeitend zur Seite stehen werden. Wir haben viel Hoffnungen auf Sie gesetzt und wir hoffen, daß Sie diese Hoffnungen erfüllen werden. Das ist etwas undeutlich, aber es sagt alles was wir Ihnen sagen wollen. Sie werden von und allen mit Freundschaft empfangen und es leicht haben, sich in die städtischen Angelegenheiten einzuarbeiten. Wir hoffen, daß Sie mit uns zusammen dauernd im Auge behalten das Wohlergehen und den Segen unserer Mitbürger und unserer Stadt Berlin. (Beifall.) Ich heiße Sie herzlich willkommen.

Der Herr Oberbürgermeister hat den Dank an die Magistratsmitglieder für die Balanzarbeiten ausgesprochen. Wir wollen jetzt unser Oberbürgermeisters gedenken, und zum Zeichen des Dankes erlaube ich Sie, sich von den Plätzen zu erheben. (Beifall und Händeklatschen.)

Darauf wird in der Erledigung der Tagesordnung fortgefahren. Die vom Magistrat beantragte Erhöhung des Schulgeldes an sämtlichen höheren städtischen Schulen und an den Realschulen zum Zwecke der

Einführung einer neuen Besoldungsordnung

für die Oberlehrer dieser Anstalten und zum Zwecke der Anrechnung des vollen Wohnungsgeldzuschusses bei ihrer Pensionierung hat die Versammlung beifällig abgelehnt. Der Magistrat will sich damit nicht zufrieden geben und erneuert seinen Antrag bei der Versammlung; er will lediglich von der Schulgeld-Erhöhung für die Berliner Schüler der Realschulen absehen. Er betont, daß ein Schüler der Hauptklassen der Volksschulen schon jetzt 284,70 M. kostet, welchem Betrage nur 130 M. Schulgeld gegenübersteht, sowie daß das gleiche Vorgehen des Staates nirgendwo zu Unzutraglichkeiten geführt habe. Andererseits werde die Durchführung des V. Nachtrages zum Normaletat (Erhöhung der Oberlehrer-Gehälter) allseitig gewünscht; diese Erhöhung könne erst gleichzeitig mit der Schulgeld-Erhöhung, also frühestens 1. April 1903 eintreten, da sonst der neuen Ausgabe keine Einnahme gegenüberstehe, was bei der Finanzlage nicht zu verantworten sei.

Der volle Wohnungsgeldzuschuß solle bei der Pension in Anrechnung kommen, aber bei allen entsprechenden Lehrerkategorien und auch bei den Direktoren. Demnach wird wiederholt beantragt, das Schulgeld für die Hauptklassen der höheren Anstalten und Mädchenschulen und für die auswärtigen Realschüler von 130 auf 140, für die Vorklassen von 110 auf 120 M. zu erhöhen. Die Erlöse für die Oberlehrer soll einschließlich des Wohnungsgeldzuschusses von 100 M. künftig betragen:

3200 4100 4500 5100 5700 6300 6900 8000 M.
zu erziel. nach 8 9 12 15 18 21 Dienstjah.

Die von der Versammlung beschlossene weitergehende Erhöhung der Gehälter um 200 M. hat der Magistrat gleichfalls abgelehnt.

Stadtv. Wallach (N. L.) findet in der Vorlage des Magistrats immerhin einiges Entgegenkommen und beantragt Ausführungsberatung.

Stadtv. Dr. Preuß (N. L.) kann diesen allzu bescheidenen Standpunkt nicht teilen. Ueber die Gesamtheit der Versammlungsbeschlüsse mit einer einzigen Ausnahme sei der Magistrat zur Tagesordnung übergegangen. Der Magistrat befenne sich voll und ganz zu dem alten System; die Lehrer und die Schulen sollen bleiben, weil der Magistrat keine Einnahme der neuen Ausgabe gegenüberstellen könne. Es liegt hier leider ein Konflikt vor (Widerspruch); was aus der Ausführungsberatung herauskommen solle, wisse er nicht. Die Zulage müsse den Oberlehrern werden, sonst bekomme Berlin minderwertiges Material. Auch die Nachzahlung ab 1. Oktober 1902 müsse erfolgen, denn die Lehrer können nicht dafür, daß der Magistrat jetzt nach 3 Monaten erst mit der Wiederholung seiner abgelehnten Forderungen komme. Redner beantragt, lediglich der vollen Anrechnung des Wohnungsgeldzuschusses zuzustimmen, sonst aber die früheren Beschlüsse aufrecht zu erhalten und den Magistrat zu ersuchen, über diese Punkte gemäß § 86 der Städte-Ordnung mit ihr in gemischter Deputation zu beraten.

Stadtv. Singer (Soz.): Auch ich habe schon früher gegen die Vergütung der Schulgeld-Erhöhung mit der neuen Gehaltsordnung Einspruch erhoben; es wird dadurch die Einigung über jede von beiden Fragen erschwert. Auch ich kann nicht zugeben, daß Berlin nicht nötig hätte, mehr Gehalt für diese Stellen zu zahlen als der Staat. Wo bleibt da das Gesetz von Angebot und Nachfrage, das doch sonst nach Ihrer Meinung die Welt regiert? Wir leiden unter dem Mangel an geeigneten Persönlichkeiten für diese Schulämter. Ginge es nach dem Willen des Magistrats, alle Beamtenkategorien mit einem schönen Titel oder mit ein paar Tieren zu schmücken, dann könnte er ja auch den Lehrern mehr bieten als der Staat. Aber wir haben die Deben und Titel des Staates nicht zu verleihen. Doch ganz abgesehen davon sind wir verpflichtet, unser höheres Schulwesen mit den besten Kräften auszustatten, die zu haben sind. Was die Entziehung des bisherigen Privilegs der Schulgeldfreiheit der Lehrerbüchse betrifft, so hat diese doch keine rückwirkende Kraft. Die eigentliche Streitfrage, die Schulgeld-Erhöhung, hat der Vorredner gar nicht berührt. Wir stehen darin auf unserem alten Standpunkte. Erfreulicherweise hat der Magistrat auf die Erhöhung des Realschulgeldes verzichtet; daß er im übrigen auf die Erhöhung nicht verzichtet, finden wir in der Ordnung. Auch bei der geringen Erhöhung leistet die Stadt noch für die Schüler der höheren Schulen sehr viel mehr als für die Gemeindefrüher. Wir stimmen für einen Ausschuß, den ein großer Teil der Versammlung gewünscht hat; für den Antrag Preuß können wir uns nicht erörtern. Herr Preuß scheint gemischte Deputationen entweder zu über- oder zu unterschätzen. Im Ausschuß können wir entweder zu einer Verständigung oder nicht; jedenfalls aber zu einem Beschlusse; die Arbeiten einer gemischten Deputation können erst fruktifiziert werden, wenn sie zu einer Magistratsvorlage führen. Wollen Sie die gemischte Deputation, dann müssen Sie konsequenterweise auch nachher die Aufsichtsbehörde anrufen. Wollen Sie das? (Stadtv. Preuß: Nein!) Dann ist die ganze Komödie mit der gemischten Deputation überflüssig. (Sehr gut! und Beifall.) Man soll doch eine Waffe, die man eventuell in der Hand hat, nicht selbst stumpf machen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtv. Rommeln (Fr. Fr.): Mein Standpunkt ist derjenige, der im Magistrat Geltung erlangt hat. In einem Konflikt liegt noch kein Anlaß vor; ich muß in diesem Punkte mich ganz auf den Standpunkt des Kollegen Singer stellen, freue mich aber noch besonders darüber, daß von der Verlesung des Konflikts über die gemischte Deputation hinaus selbst Dr. Preuß nichts wissen will. Die Hauptdifferenz ist die Frage der 200 Mark-Zulage. Kann denn von einer solchen Zulage die Qualifikation unserer Oberlehrer abhängen? Mit solcher Information beleidigt man die gemischte Deputation überflüssig. (Sehr gut! und Beifall.) Auch der Staat sucht sich für Berlin nicht gerade die schlechtesten Oberlehrer aus.

Stadtv. Wallach (N. L.) sieht ebenfalls auf dem Standpunkt des Magistrats und polemisiert im Sinne des Vorredners gegen den Vorredner.

Stadtv. Cassel (N. L.) kann wegen harter Geistesart nicht außerhalb in die Debatte eingreifen; er würde sich selbst energisch

gegen Herrn Wallach wenden, von dessen Ausführungen er kein Wort unterlasse. Er wolle nur konstatieren, daß er in allen Fragen des Kulturinteresses meilenweit anders denke als sein fraktionskollege Wallach; außerdem wolle er den Kollegen Preuß bitten, seinen Antrag zurückzuziehen oder doch für einen Austausch zu stimmen.

Stadtv. Preuß erklärt sich zu letzterem bereit. Die Vorlage und der Antrag Preuß gehen darauf an einen Ausschuß von 15 Mitgliedern.

Die Schulartzfrage.

Von den Stadtv. Augustin u. Gen. ist am 13. Novbr. v. J. folgender Antrag gestellt worden:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, am 1. April 1903 an jeder Gemeindefschule einen Schularzt anzustellen, mit der Maßgabe, daß die bisherigen zehn an zehn Doppelschulen amtierenden Ärzte vom 1. April 1903 ab an je einer Schule thätig sein sollen. Die Versammlung scheidet einer besonderen Vorlage über die Kostendeckung entgegen und erucht den Magistrat, die für die Neueinrichtung erforderlichen Mittel in den Etat von 1903 einzustellen.“

Der Antrag wurde zurückgestellt, bis der Bericht der Schuldeputation über die Thätigkeit der Schulärzte vom 1. Juni 1902 bis 1. Juni 1903 vorliegen würde. Letzterer ist nunmehr der Versammlung zugegangen, zugleich mit dem Antrage, die Zahl der Schulärzte von 12 auf 20 und das Honorar auf 2000 Mark zu erhöhen.

Stadtv. Dr. Bernstein (Soz.): Unser lebhaftes Interesse für die Schulhygiene im allgemeinen darf und nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß unsere schularztlichen Verhältnisse noch sehr im argen liegen. Man bemerkt sich in einer Saalstraße in einem außerordentlich langsamem Tempo vorwärts. Der Magistrat, anstatt in lässiger, stolzer, freier Initiative voranzugehen, bebt vor dem kleinsten Hindernisse zurück. Vor drei Jahren wurde uns versprochen, in größerem Stille vorzugehen, wenn die Sache sich bewähren würde; da schrammen alle Optimisten in einem Meer von Seligkeit. Und nun kommt unser Magistrat mit solcher Miniaturvorlage! Ein Fortschritt hat ja stattgefunden, denn früher verhielt sich der Magistrat absolut ablehnend. Der Stadtschulrat Gerstenberg hat bei anderer Gelegenheit mit einem gewissen Stolz betont, daß das Schularzt-Gutachten vom Ministerium in die Annalen der Schulverwaltung aufgenommen worden sei. Ich beneide den Stadtschulrat um seine Seltsamkeit. Ich könnte Ihnen eine Liste von Maßnahmen der Aufsichtsbehörde vorführen, ich verzichte aber bei der vorgerückten Zeit darauf. (Beifall.) Der Weg, der gegangen werden muß, findet sich in den Lehren der hygienischen Wissenschaft vorgezeichnet; die Aufsichtsbehörde kann und das nicht lehren. Der Feind, der bekämpft werden muß, heißt Tuberkulose. Die Kommunen müssen heran, ihr entgegenzutreten. Im Sinne der Magistratsvorlage ist an die Bekämpfung der Tuberkulose nicht zu denken. Mit 20 Ärzten kann nichts erreicht werden. Unser Antrag verlangt 260 Ärzte. Der Magistrat meint, dann gehe die Einheitlichkeit der Leitung verloren. Ich gehöre auch zu den aufrichtigen Centralisten, aber dieser bürokratische Zentralismus ist mir fremd. Warum sollen die 260 Ärzte nicht arbeiten können, wenn sie sich einer selbstgewählten Leitung anvertrauen? Diese angebliche Leitungsmöglichkeit ist eine Conditio, hinter der sich doch finanzielle Bedenken verbirgt. Die neue, im allgemeinen gute Dienstverteilung weist dem Arzte etwa 8000 Kinder zu. Jedes neu eintretende Kind soll von dem Arzte untersucht werden; nach 6 Wochen soll die Untersuchung der Säuglinge beendet sein. In solcher kurzen Zeit kann eine genaue Untersuchung natürlich nicht stattfinden, wenn Anamnese, Perussion und die Spiegelmethoden vorgenommen werden sollen. Die neue Dienstverteilung sagt, die Untersuchung soll stattfinden in Gegenwart der Eltern. An diese müssen wir uns halten, wenn wir einen hygienischen Centralpunkt schaffen wollen. Diese dankenswerte vernünftige Vorschrift dürfte auf meinen Kollegen Dr. Hartmann zurückzuführen sein. Der Schularzt soll auch sein Augenmerk auf die stotternden und die geistig minderwertigen Kinder richten. Er soll auch eine gutachtliche Thätigkeit ausüben. Diese Thätigkeit, die genau genommen die ganze Kraft in Anspruch nimmt, soll nebenbei erledigt werden. In regelmäßigen Intervallen sollen die Schulen vom Arzte besucht werden, mindestens zweimal halbjährlich; eine außerordentlich minimale Anforderung. Alle 14 Tage müßte der Arzt erscheinen und nicht nur den Bau, sondern auch die Kinder besuchen. Bei der Größe der zu lösenden Aufgabe ist es nötig, für jede Schule einen Schularzt anzustellen.

Stadtschulrat Gerstenberg: Die Frage ist thätig eine ernste, aus der Vorlage und den Anlagen ersehen Sie aber, daß der Magistrat sie auch in ernstester Weise behandelt. Die früheren Bedenken gegen Schulärzte sind durch die Schulärzte selbst überwunden. Wir möchten heute die Hilfe dieser Ärzte nicht missen. Einer unserer Bürgerdeputierten, Prof. Hartmann, hat allmonatlich eine Versammlung der Schulärzte abgehalten und dadurch eine gewisse Einheitlichkeit in die Arbeiten hineingebracht. Die zwölf Schulärzte haben die allgemeinen Aufgaben, von denen die Rede war, bezüglich der Stotterkinder und der Schwachbehängten zur vollen Zufriedenheit gelöst. Vor allem aber gilt es, die kranken Kinder besonders zu beobachten. Ich bitte die Zahl 20 nicht zu übersteigen. Gätten wir 264 Ärzte, so bräuchten wir einen Chef-Schularzt und einen Oberarzt für jeden Schulkreis. Es ist ja nicht gesagt, daß wir bei 20 stehen bleiben. Auf die Mitwirkung des Lehrers und Rektors verzichten wir nicht, diese Mitwirkung bleibt gesichert. Die höheren Schulen sollen die Schulärzte nicht inspizieren. Der Hinweis auf meine Bescheidenheit war wohl nicht ganz angebracht. Auf die Geheimhaltungsordnung, die aus der alten Dienstverteilung entnommen ist, legen wir keinen besonderen Wert. Spezialisten wollen wir ebensowenig wie der Vorredner.

Stadtv. Kreiling (N. L.): Wir stehen da auf andern Standpunkten als der Vorredner. Die Schulärzte sind keine sozialdemokratische Erfindung. Wenn nun auch die Bezüge der Schulärzte erhöht werden sollen, so wird es ihnen doch physisch unmöglich sein, eine so große Erweiterung ihres Geschäftskreises zu bewältigen. Nach sachverständigem Urteil kann ein Arzt nicht mehr als vier Schulen wahrnehmen, aber nicht neun. Es wäre also vorzuziehen, daß zunächst einmal die Zahl von zwölf verdoppelt und später eine weitere Erhöhung stattfände. Auch könnte es vorkommen, daß ein Schularzt, wenn eine Inspektion nicht geleistet wird, noch mehr als neun Schulen bekommt. Eine Inspektion hat nur vier Schulen, andre haben 12 und mehr, der Schularzt soll aber nur 2000 Mark erhalten. Auch dieser Umstand macht Ausschüßberatung notwendig. Die Vorlage und der Antrag Augustin gehen an einen Ausschuß von 15 Mitgliedern, Schluß 8 Uhr.

Parlamentarisches.

Sanarbeitschutz. Die freisinnige Volkspartei bringt, wie die „Freis. Ztg.“ mitteilt, im Abgeordnetenhause einen Antrag ein auf Vorlegung eines Gesetzesentwurfes zur Regelung eines Sanarbeitsgesetzes, namentlich zum Zweck einer wirksameren Unfall- und Krankheitsversicherung.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Lohnbewegung der Jungdier-Kutscher
land mit den gestrigen Verhandlungen vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts durch einen provisorischen Vergleich vorläufigen Abseh. Berner begründete eingehend den folgenden Tarifentwurf: Die Brauereien liefern ihren Kutschern das Bier für 8 Pf. pro Liter, und zahlen an diese bei einem Umsatz bis zu 90 M. = 22,50, von 90—125 M. = 25 M., von 125 bis 150 M. = 28 M., von 150—175 M. = 31 M., von 175—200 M. = 34 M.,

von 200—250 M. = 37 M., von 250—300 = 40 M., von 300 bis 400 M. = 45 M. Rein Kutscher darf verpflichtet werden, dem Brauereibesitzer seine selbst erworbenene Kundschaft bekannt zu geben. — Diese Sätze wurden als angemessen und notwendig bezeichnet wegen der vielen Nebenabgaben, die den Kutschern täglich erwachsen. So haben sie einen Teil des Gehalts für die Reisenden zu bezahlen, außerdem 1—2 Mitfahrer mit 16—22 M. pro Woche zu entlohnen. Wird der Verlust bei Kunden z. noch hinzugerechnet, so ergibt sich, daß von dem als so groß verschrieenen Verdienst des Kutschers 40—50 Proz. abgehen.

Dem gegenüber behauptete Herr Gutth, die Kutscher seien außerordentlich günstig gestellt, während die Brauereien meistens nur mit knapper Not bilanzieren könnten. Schon durch die Zollvorlage seien sie gezwungen, den Preis des Bieres von 10 auf 12 Pf. zu erhöhen oder das Bier dünner zu machen. Deshalb haben die Mitglieder des Rates folgende Maximalsätze für die Kutscher aufgestellt: Bis zu 90 M. Umsatz = 15 M., von 90 bis 150 M. = 21 M., von 150 bis 250 M. = 24 M., von 250 bis 400 M. = 27 M. und über 400 M. = 30 M. Die Provision darf nicht höher sein als 1 1/2 Pf. vom Liter.

Zu der lebhaften Aussprache verwickelte Berner u. a. auf die dem „Vorwärts“ zugesicherte Vertretung der Brauereibesitzer, die außer den sehr willkürlichen Angaben über den Lohn der Kutscher auch die Unrichtigkeit enthalte, daß die Gewerkschaft noch am 12. Januar von der Ablehnung der Verhandlungen in Reminis geseht sei. Dies ist jedoch erst am 14. geschehen, nachdem die Brauereibesitzer in ihrer Versammlung am 13. einen dahingehenden Beschluß gefaßt hatten. Angaben über die Gründe, weshalb mit der Lohnkommission nicht weiter verhandelt werden sollte, waren überhaupt nicht gemacht.

Nach mehrstündiger Sitzung, während welcher beide Parteien wiederholt zu getrennter Beratung zusammentraten, kam schließlich folgender Vergleich zu stande:

Es wird eine aus 3 Arbeitnehmern und 3 Arbeitgebern bestehende Kommission eingesetzt, die unter dem Vorsitz des Herrn v. Schulz bis 8. Februar einen Vergleichsentwurf betreffs endgültiger Regelung der Lohnverhältnisse auszuarbeiten hat. Bis dahin wird zu den alten Bedingungen weitergearbeitet. Dagegen verpflichtet sich die Organisation der Arbeitnehmer nichts zu thun, um einer eventuellen Erhöhung der Bierpreise von 10 auf 12 Pf. pro Liter hindernd in den Weg zu treten. Maßregelungen dürfen nicht vorgenommen werden.

Achtung, Metallarbeiter! Nach Hirschberg i. Schl. ist Jugoz fernzuhalten. — Die Sperre über die Gießerei von Eitner, Sebastianstraße, dauert fort. — Der Streik der Mechaniker, Schlosser, Dreher usw. bei Kaiser u. Schmidt dauert unverändert fort. Jugoz erlauben wir streng fernzuhalten.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. (Ortsverwaltung Berlin.)

Der christliche Gewerkschaftspropaganda Lic. Numm giebt sich seit einigen Monaten die eifrigste Mühe, die Kellner einzufangen. Hier hoffte er auf mehr Erfolg, als bei der durch und durch „socialdemokratisch verfeuchten“ Industriearbeiterschaft. Wie wir schon mitteilten, war für den 15. d. M. eine Konferenz anberaumt, zu welcher die größeren Kellnervereinigungen — mit Ausnahme des Verbandes deutscher Gastwirtsgehilfen — geladen waren. Diese Vereine sollten den „christlichen Gewerkschaften“ angeschlossen werden. Wie der „Gastwirtsgehilfen“ mitzutheilen weiß, hat die Konferenz mit einem ganzlichen Fiasko des Herrn Numm geendet. Der „Kellnerbund“ und der „Genfer Verband“ hatten es nicht einmal für nötig befunden, eigne Vertreter ihrer Hauptverwaltungen zu senden, sondern hatten ihre hiesigen Verwaltungsstellen damit beauftragt. Der Ausschluß an die christlichen Gewerkschaften wurde mit Hinweis auf die Resolution des allgemeinen Gastwirtscongresses abgelehnt, allerdings sollen in letzter Linie die Verbände darüber entscheiden. Das war aber wohl nur eine höflichere Form der strikten Ablehnung der Nummschen Quertreibereien.

Deutsches Reich.

Die Steinbildhauer Leipzigs haben den gestern von uns mitgeteilten Vorschlägen des Einigungsamts zugestimmt. Es wurden zwar noch weitergehende Wünsche geäußert, schließlich wurden aber die Einigungsbedingungen angenommen mit dem Bemerkten, daß sie das mindeste darstellen, womit sich die Streikenden einverstanden erklären können.

Ein Streikprozeß wurde am Montag vor dem Magdeburger Landgericht verhandelt. Angeklagt waren der Maurer Schewe, die Arbeiter Busch und Hertwig. Sie sollten Arbeitswille beleidigt und bedroht, den Hausfrieden gebrochen und gegen den Arbeitgeber durch Vertretung der gewerkschaftlichen Forderungen einen Erpressungsversuch begangen haben. Der Tatbestand, der zur Anklage führte, liegt so: Zwischen den Arbeitern und den Arbeitgebern Magdeburgs besteht ein Tarifvertrag, der die Löhne und Arbeitsbedingungen festsetzt. Auf einem Bauplatz wurden die tarifmäßigen Löhne nicht gezahlt. Schewe, der als Vertrauensmann des Centralverbandes der Maurer den vertragsschließenden Arbeitgebern gegenüber verpflichtet war, darauf zu achten, daß der Tarif auf allen Bauplätzen innegehalten werde, wollte den betreffenden Arbeitgeber zur Zahlung tarifmäßiger Löhne bewegen und machte ihn deshalb auf dem Bauplatz auf. Die Unterbrechung hatte das gewünschte Resultat nicht. Schewe wurde vielmehr vom Bauplatz gewiesen, und später haben dann die Angeklagten die Arbeitswillingen zu bewegen versucht, daß sie nicht unter dem Tarif weiter arbeiten. Das ist die Veranlassung zu den unter Anklage gestellten Handlungen. Der Prozeß endete mit der Verurteilung der drei Angeklagten. Schewe erhielt 1 Monat 3 Tage Gefängnis wegen Beleidigung und Vergehen gegen § 158 der Gewerbeordnung, Busch 1 Monat Gefängnis wegen Beleidigung und Bedrohung, Hertwig 30 M. Geldstrafe wegen Beleidigung. Von der Anklage wegen versuchter Erpressung und Hausfriedensbruch wurden die Angeklagten freigesprochen.

Ausland.

Die niederländische Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1902. Das Jahr 1902 war für die Gewerkschaften Hollands ein Jahr des Aufschwungs im Gegensatz zu dem vorhergehenden Jahr, wo infolge der Krisis in Industrie und Handel eine Erschlaffung eintrat und die Gewerkschaften statt ihre Kräfte gegen das Unternehmertum zu sammeln, einen gegenseitigen heißen Kampf um Prinzipien führten. Aber die großen Auspersungen im Anfang des Jahres 1902; die der Diamantarbeiter durch die Amsterdamer Juweliere-Vereinigung; die Auspersung der Weber in Enschede und in Amsterdamer Waagwerke führten dazu, daß die Arbeiterchaft wieder auf ihren gemeinsamen Segner aufmerksam wurde und den Streit im eignen Lager beilegte. Besonders die Weberauspersung in Enschede, für die 140 000 Gulden aufgebracht wurden, wurde zu einer Angelegenheit der organisierten Arbeiter aller Richtungen und wenn auch trotz der großen Opfer ein Sieg für die armen Weber nicht erzielt wurde, so war doch der moralische Vorteil aus seinen der Arbeiterchaft. Beim Beginn des Kampfes war der größte Teil der Textilarbeiter unorganisiert, im Laufe des Jahres aber haben die verschiedenen Textilarbeiter-Organisationen um 1000 Mitglieder, worunter 300 weibliche sind, aufgenommen. Der Diamantarbeiter-Verband hat ebenfalls um ca. 1000 Mitglieder zugenommen. Der Walergesellen-Verband zählte 1901 13 Abteilungen mit 394 Mitgliedern; jetzt 28 Abteilungen mit 246 Mitgliedern; der Metallarbeiter-Verband 1901 ca. 700, jetzt 1400 Mitglieder; die Nationale Föderation der Transportarbeiter Anfang des Jahres 1902 2800, jetzt 3300 Mitglieder. Der Internationale Cigarrenarbeiter-Verband, der in seinem letzten Jahresbericht (1900) 44 Abteilungen aufzählte, hat jetzt 58 Abteilungen mit 3000 Mitgliedern. Die Mitgliederzahl des Lehrerverbandes ist von 6289 auf 7075 gestiegen; die des Antennarbeiter-Verbandes „De Centrale“ von 600 auf 1300; die des Zimmererverbandes von 1500 auf 2000; die des Landarbeiterverbandes von 1500 auf 2100. Auch der Verband der Kalfaswaren-Arbeiter und ebenso der Schneider-Verband haben Fortschritte gemacht.

Der Umstand, daß im nächsten Monat das Unfallgesetz in Holland das erste sociale Gesetz von größerer Bedeutung, in Kraft tritt, hat viel dazu beigetragen, daß der von anarchistischer Seite groß gegogene Abscheu gegen alles, was mit der Politik zusammenhängt, mehr und mehr schwindet. —

Bei dem Niddorfer Gewerkschaftstaktel gingen für die Mezzaner Weber folgende Beiträge ein: Centralverband der Weber (Niddorfer) 20.—, Verein gewerblich thätiger Frauen und Mädchen Niddorfs 10.—, Tischler Hegemann, Niddorfer 8.—, Centralverband der Streicher (Niddorfer) auf Liste 490—498 30.45, Centralverband der Holzarbeiter (Niddorfer) auf Liste 499—500 13.25, Centralverband der Bäcker (Niddorfer) auf Liste 501—509 10.50, Centralverband der Maler (Niddorfer) auf 5 Listen 19.20, auf Liste 485 5.60, auf Liste 514 2.15, auf Liste 518 1.60, auf Liste 563 1.50, im Summa 128.80 M.
Den Gekerten im Namen der Mezzaner Weber besten Dank. — Die noch ausstehenden Listen bitte abzuliefern.
Der Ausschuss.

Gerichts-Zeitung.

Die Frage, wann die Marken in die Quittungsarten eingeleitet werden müssen, gibt mitunter noch immer zu Zweifeln Anlaß. Ein Arbeitgeber hatte einen Dienstknecht auf die Zeit eines vollen Jahres gegen einen bestimmten Wochenlohn gedungen. Der Arbeitgeber hatte nun dem Versicherten allwöchentlich 10 Pf. für dessen Beitrag zur Versicherung zurückgehalten, über bis zum vorzeitigen Austritt des Dienstknechts nicht eine einzige Marke in die Quittungsarten eingeleitet. Er war deshalb auf Grund des § 182 Abs. 1 des Invalidenversicherungsgesetzes angeklagt, von der Strafkammer aber freigesprochen worden. Die Strafkammer nahm an, weil einjährige Dauer des Dienstverhältnisses festzustellen sei, habe der Arbeiter die Einleitung der Marken gemäß § 141 Abs. 2 bis zum Schlusse des Kalenderjahres anschieben dürfen. Das Reichsgericht hat diese Ansicht für rechtsirrig erklärt (35. Bd. der Entsch.). Nicht an die Arbeitsvertragsdauer, sondern an die Lohnzahlung knüpft das Gesetz die Pflicht zur Markeneinleitung, und nur dann gestatte das Gesetz, die Marken am Schlusse des Kalenderjahres einzuleiten, wenn infolge besonderer Bestimmungen der Versicherungsanstalt andere als die aus den Lohnzahlungen sich ergebenden Termine dafür zugelassen sind (oder die Lohnzahlungsstermine sich auf längere Fristen erstrecken). Wenn das C. G. so sagt: „in allen Fällen müssen die Marken spätestens in der letzten Woche des Kalenderjahres eingeleitet werden“, so habe dies offenbar den Sinn, daß dies selbst dann am Jahresschlusse geschehen muß, wenn die Lohnzahlung bis dahin unterblieben war und darüber hinaus unterbleiben dürfte. Werde die Vorschrift des Gesetzes befolgt, so bestreite für den Versicherten der dringende Anlaß, seine Quittungsarten dem Arbeitgeber zum Zwecke der Lohnzahlung mit gleichzeitiger Einleitung der Marken vorzulegen; der Arbeitgeber habe dann auch Gelegenheit, durch die Ortspolizeibehörde nach § 131 des Gesetzes die Vorlegung zu erzwingen.

Die Niddorfer Wurstfabrik. Vor dem Schwurgericht des Landgerichts II begann gestern eine umfangreiche Verhandlung wegen betrüblicher Bankrotts, die sich gegen den Schlächtermeister und Handelsmann Frey Schilde, früher in Schöneberg, dessen Frau Lina Schilde geb. Heine, den Vater des Angeklagten, Fleischermeister Karl Schilde, jetzt Mariannenstraße wohnhaft, und den Kaufmann Heinrich Solitander in Niddorf richtete. Das Ehepaar Schilde wird beschuldigt, zu Schöneberg im Januar und Februar 1902 als Schuldner, die ihre Zahlungen eingestellt haben, Fleischwaren im Werte von 2000 M. zur Benachteiligung ihrer Gläubiger beiseite geschafft zu haben, Karl Schilde und Solitander, die seiner Zeit die Niddorfer Wurstfabrik begründet hatten, den beiden Angeklagten Hilfe geleistet und in deren Interesse Vermögensstücke beiseite geschafft zu haben. 50 Zeugen sind geladen. Von den Angeklagten sieht nur Frey Schilde in Haft. Die Verhandlung, die drei Tage dauern wird, erweckt kein allgemeines Interesse. Wir werden das Urteil seiner Zeit mitteilen.

Politischer Tierstich. Das Kunststück, die Propaganda für den Tierstich als politische Handlung zu erklären, hat das Oberverwaltungsgericht fertig gebracht. Der Verein zur Bekämpfung der Vivisektion und anderer Tierquälerei zu Frankfurt am Main wollte in das Vereinsregister eingetragen sein. Der Polizeipräsident erhob dagegen Einspruch und führte auf § 61 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, wonach die Verwaltungsbehörde gegen die Eintragung z. B. dann Einspruch erheben kann, wenn der Verein einen politischen, socialpolitischen oder religiösen Zweck verfolgt. Der Polizeipräsident erachtete den Verein für einen politischen, weil er nach seinem Statut (§ 1) die Tierquälerei, insbesondere die Vivisektion mit jedem gesetzlich zulässigen Mittel bekämpfen will, und zwar hauptsächlich durch öffentliche Versammlungen, durch Verbreitung von Flugzetteln und durch Eingaben an die Regierung und gesetzgebenden Körperschaften. — Auf die Klage des Vorsitzenden Staudinger erklärte jedoch der Bezirksausschuß Wiesbaden den Einspruch des Polizeipräsidenten für unbegründet und führte besonders aus, daß die vom Verein beabsichtigten Eingaben an Regierung und Parlamente nur eins von vielen Mitteln sei, mit dem der Vereinszweck: die Bekämpfung der Vivisektion, erreicht werden solle. Hiernach könne nicht angenommen werden, daß der Verein einen politischen Zweck verfolge.

Das Ober-Verwaltungsgericht gab indessen der Berufung des Polizeipräsidenten statt, hob die Vereinsurteilung auf und erklärte den Einspruch des Polizeipräsidenten für begründet. Es wurde angeführt: Ein politischer Zweck gemäß § 61 des Bürgerlichen Gesetzbuchs liegt dann vor, wenn eine Einwirkung auf die Gesetzgebung oder auf die bisherige Verwaltungspraxis beabsichtigt werde. Das sei hier anzunehmen mit Rücksicht auf den § 1 des Vereinsstatuts und den Inhalt des Statuts des Internationalen Vereins zur Bekämpfung der wissenschaftlichen Tierstiche, welchem Verein der Frankfurter Verein als Sektion beigetreten sei. Demnach wurde von letzterem nicht nur eine aufläuternde Tendenz verfolgt, sondern auch beabsichtigt, durch einen Akt der Gesetzgebung ein Verbot der Vivisektion zu erreichen.

Der Streit um die Kurkosten. Der Orts-Armenverband Berlin beanspruchte durch Klage im Verwaltungs-Streitverfahren von der Ortskrankenkasse zu Lichtenberg die Erstattung von 72 Mark Kurkosten, die für den Arbeiter Porawski, einem Mitgliede der Lichtenberger Kasse, durch Behandlung im Krankenhaus Friedrichshain aufgewendet worden sind. P. war eines Tages mit einem Schädelbruch in das Krankenhaus eingeliefert worden. Die Ortskrankenkasse in Lichtenberg hatte zwar 33,70 M. für freie ärztliche Behandlung und Medizin bezahlet, verweigerte aber jede weitere Zahlung an Berlin, indem sie unter Berufung auf ihr Statut geltend machte, Porawski habe keinen Anspruch auf Krankengeld, weil er sich den Schädelbruch durch Trunkenheit und Beteufung an einer Schlägerei zugezogen habe. Ueber die Ergebnisse der P. an jenem Tage wurde folgendes festgestellt: Er kam in das Lokal des Gastwirts Neumann und erklärte, es werde noch etwas geben. Dann ging er zu seiner im selben Hause wohnenden, von ihm getrennt lebenden Frau. Dort kam es zu einer Prügelei. Nachher soll, wie ein Zeuge bekundete, sein Gesicht blutig gewesen sein. P. ging wieder in das Lokal von Neumann zurück und trank ein Glas Bier. Hier kam es auch bald zu einer Prügelei, wobei P. aber nicht beteiligt war. Unversehens erhielt er, wahrscheinlich mit einem Weiberglas, einen Schlag auf den Kopf. Er brach bewußtlos zusammen und wurde nach dem Krankenhaus geschafft. — Der Bezirksausschuß zu Potsdam verurteilte die beklagte Kasse, die 72 M. an den Ortsarmenverband Berlin zu zahlen. Er nahm auf Grund des vorliegenden

Welschmaterials an, daß P. den Schädelbruch erst in der Archeie erlitten habe, und zwar ohne sein Verschulden.

Die Orts-Krankenkasse legte Revision ein und machte unter anderem geltend, daß der Anspruch der Stadt Berlin überhaupt verjährt sei. P. sei im Krankenhaus vom Januar bis zum 12. März 1900 behandelt worden, Berlin habe aber erst nach dem 12. März 1900 Klage erhoben. —

Das Ober-Verwaltungsgericht v e r t o r f die Revision und führte aus: Der Einspruch der Verjährung hätte in erster Instanz geltend gemacht werden müssen, in der Revisionsinstanz sei er nicht mehr zu berücksichtigen. Im übrigen sei dem Vorderrichter weder ein Mangel des Verfahrens, noch ein Rechtsirrtum vorzuwerfen.

Verfrömmungsfeindliches Turnen. Die Verfrömmungs-Verordnung für Schlesien bedroht den mit Strafe, der Sonntags während der Zeit des Hauptgottesdienstes an einer mit lärmendem Geräusch verbundenen gesellschaftlichen Vereinigung teilnimmt. Gegen diese Bestimmung sollte sich der Turner Buscho in Weichwasser vergangen haben, indem er Sonntagsvormittags mit andern Mitgliedern des dortigen Turnvereins auf dem an der Grenze der Gemeinde belegenen Turnplatz turnte. Das Landgericht verurteilte ihn zu einer Geldstrafe und betonte, daß hier ein von den Kirchgängern deutlich wahrnehmbarer Lärm dadurch verursacht worden sei, daß die Turner sich gegenseitig durch Jurufe anfeuert und von den Geräten auf die Springbretter sprangen, sowie daß auch Jurufe seitens des Publikums erfolgten. Es handelte sich somit um eine mit lärmendem Geräusch verbundene gesellschaftliche Vereinigung.

Das Kammergericht verwarf die hiergegen eingelegte Revision und führte aus: Die Verordnung sei rechtmäßig und richtig angewandt. Das Turnen an sich sei allerdings nicht geeignet, die Sonntagsheiligung zu stören. Hier sei es aber nach Feststellung des Landgerichts mit lärmendem Geräusch verbunden gewesen, weshalb sich die Bestrafung auf Grund der angezogenen Bestimmung rechtfertige.

Versammlungen.

Der socialdemokratische Wahlverein für den vierten Berliner Reichstags-Wahlkreis (Südost) hielt am 20. Januar im Lokal von Brüder, Waldemarstr. 75, eine gut besuchte Versammlung ab. Nachdem man das Andenken der im letzten Quartal verstorbenen Mitglieder in der üblichen Weise geehrt hatte, nahm Verharb Bruns das Wort zu einer Vortrage über: „Der Kampf um das Wahlrecht“. Der Redner machte es sich zur Aufgabe, darzulegen, wie das Wahlrecht geworden sei. Er ging auf die Geschichte der modernen Verfassungen näher ein, wobei er besonders Frankreich, England und Preußen Deutschland berücksichtigte. Bei der kritischen Beleuchtung des preussischen Dreiklassen-Wahlrechts hob Bruns hervor, daß die herrschenden Klassen niemals freiwillig darauf verzichten würden. Es wäre deshalb Sache der Arbeiterklasse, in eine kräftige Agitation einzutreten mit der Devise: Fort mit dem Dreiklassen-Wahlrecht! Nach kurzer Debatte wurden noch einige Vereinsangelegenheiten erörtert.

„Die Leichenverbrennung in Preußen“ hieß das Thema, mit welchem sich eine Versammlung der freireligiösen Gemeinde am 19. d. M. beschäftigte. Eine frühere Versammlung hatte eine Kommission eingewählt, welche Mittel und Wege suchen sollte, um auch Winderbenntelten in Berlin die Möglichkeit der Feuerbestattung ihrer verstorbenen Angehörigen zu gewähren. Im Namen dieser Kommission erstattete der zweite Vorsitzende der Gemeinde, Adolf Hoffmann, Bericht. Es sei — führte derselbe unter andern aus — leider bisher in Preußen immer noch nicht möglich gewesen, die Feuerbestattung einzuführen, obwohl in andern deutschen Staaten rings um Preußen herum sich die Feuerbestattungsstätten von Jahr zu Jahr mehrten. Nach Gotha sei Baden, Jena, Hamburg etc. gefolgt, nur Preußen sei, wie bei allen Kulturstaaten, auch hier wieder zurückgeblieben; die Kommission habe sich mit der Frage befaßt, ob es möglich wäre, die Kosten für die Feuerbestattung in Berlin vermindert so herunterzubringen, daß es auch Unbemittelten möglich wäre, die Leichen ihrer Verstorbenen nach einem außerpreussischen Ort mit Verbrennungsöfen überzuführen und einäschern zu lassen. Die jetzt ca. 400 M. betragenden Kosten ließen sich dadurch, daß die freireligiöse Gemeinde mit ihren ca. 12000 Mitgliedern die Sache in die Hand nähme, auf 280 M. pro Leiche herabdrücken, wobei der Dien in Jena wegen der geringsten Transportkosten in Frage käme. Diese Kosten würden sich aber bei dem in Dessau projektierten Ofen noch bedeutend verringern, es frage sich nur, ob es Mittel und Wege gebe, auch diese für den einzelnen noch ganz bedeutenden Kosten, sei es durch eine freiwillige Kasse, durch Umflagungsverfahren oder dergleichen, leicht erwerbbar zu machen; das ließe sich aber nur durch eine Abstimmung der gesamten Gemeinde feststellen und deshalb schlage die Kommission vor, mittels eines Flugblattes und eines daranhängenden Fragebogens sich an die Mitglieder zu wenden und das aus dieser Statistik gezeichnete, unzweifelhaft wertvolle Material nach zwei Seiten zu verwenden: einmal, um den Mitgliedern wenn möglich, die Verbrennung ihres Körpers nach dem Tode für einen bei Lebzeiten zu zahlenden wöchentlichen Beitrag von kaum 10 Pfennig zu sichern, andernfalls aber um beim preussischen Ministerium den Versuch zu machen, für die verstorbenen Mitglieder der Gemeinde die Freigabe des Verbrennungsöfens in der Dittelmeyerstraße zu erzielen. Vor zehn bis zwölf Jahren habe sich das preussische Ministerium und das Abgeordnetenhaus an den Standpunkt gestellt, es liege für die Leichenverbrennung in Berlin kein Bedürfnis vor. Jetzt läge es einfach an uns, dieses Bedürfnis nachzuweisen. Haben wir das Material aus der Gemeinde, dann werden wir darauf aufbauen, uns an die gesamte Einwohnerzahl von Berlin und Umgebung wenden und durch eine allgemeine Petition den betreffenden Körperschaften den Nachweis des Bedürfnisses bringen. Nachdem von verstorbenen Mitgliedern im Sinne der Kommission gesprochen, wurde der Antrag derselben einstimmig angenommen und der Vorstand mit den nötigen Arbeiten beauftragt.

Verband sächsischer Arbeiter. In einer gut besuchten kombinierten Versammlung der sämtlichen Filialen, zu der besonders die Vorstände und die Arbeiter-Ausschussmitglieder erschienen waren, wurde lebhaft Klage darüber geführt, daß in vielen Betrieben der Stadt die Differenz zwischen Lohn und Krankengeld erst mehrere Wochen nach der überstandenen Krankheit ausgezahlt wird. Sekretär Schuberth machte geltend, daß dadurch der Wert dieses Zuschusses fast hinfällig gemacht wird, da ja doch gerade in der Periode der Krankheit die Geldmittel am notwendigsten sind. Er sei aber auch der Meinung, daß die maßgebenden Faktoren ohne weiteres die Berechtigung der schnelleren Auszahlung einsehen werden. Auf Antrag Schuberts beschloß die Versammlung, daß die bestehenden „Arbeiter-Ausschüsse“ bei ihrem Vorsitzenden die Abhaltung einer Sitzung beantragen, in welcher die Forderung einer wöchentlichen Auszahlung der Differenz zu stellen ist. — In einer darauf vorgenommenen Ergänzungswahl wurden Lutz und Rich. Schulz in den Verbandsvorstand, Wendt und Verfolg in den Verbands-Ausschuß und Potresehke, Wämel, Litzmann, Alster, Gietlich und Rämig in die Ortsleitung gewählt.

Die Mechaniker hatten sich am Mittwoch in Cobus Besißlen ungewöhnlich zahlreich zusammengefunden, um sich über ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse unter besonderer Berücksichtigung des Streiks bei der Firma Kaiser u. Schmidt auszusprechen. Träger legte zunächst die Urachen des Streiks dar. Danach haben bei der Firma schon seit Jahren die bedauerlichsten Missethate geherrscht. Mit unpraktischen, veralteten und überaus abgewetzten Werkzeugen und fragwürdigem Material mühten die Arbeiter ausgeführt werden. Infolgedessen hatte eine Werkstatt viel, die andre wenig zu thun; Ueberstunden und Aussehen wechselten in schneller Reihenfolge mit einander ab. Hingzu kommt noch die ungeziemende Behandlung durch

die Meister. Vor allem war es aber der miserable Verdienst, der die Arbeiter zur Abmühe zwang. In den Accordverträgen wurde fast alle Augenblicke geknappt, so daß die Arbeiter schließlich nicht mehr mit den Preisen zurechtkommen konnten. Ein besonders krasser Abzug brachte dann das längst schon volle Maß zum Ueberlaufen. Als Vorstellungen beim Firmenchef vergeblich waren, blieb nichts anderes übrig als die Arbeit niederzuliegen, was denn auch einmütig geschah. Die Auslösten gestalteten sich für die Streikenden im ganzen ziemlich günstig, denn die paar Arbeitswilligen können den Betrieb nicht aufrecht erhalten. Wieviel wäre der Streik schon beiseite, wenn nicht der Kommerzienrat Keyling als Stellvertreter des den Fabrikanten schon zu zahm gewordenen Herrn Kühnemann die Verhandlungen zu vermitteln wüßte. Wiesner gab hierauf eine kurze Darstellung der jüngsten Differenzen mit der Firma Gans u. Goldschmidt. Da dieselben bereits durch Vergleich erledigt sind, wurde von einer ausführlichen Besprechung Abstand genommen. — Die Diskussion gestaltete sich äußerst reger und interessant. Nachdem Schleier und Krause n e d e r beherzigenswerte Worte an die Versammlung gerichtet hatten, gelang es dem Vorsitzenden, zwei antwortende Meister der Firma Kaiser u. Schmidt, die Herren Trau und Alam, zum Sprechen zu veranlassen. Beide suchten es so darzustellen, als ob die direkt bei ihnen beschäftigten Arbeiter keinen Grund zum Streiken gehabt hätten, im übrigen bestritten sie, daß Abzüge vorgekommen seien. Ihnen wurde von Träger aber sofort an der Hand von Thatsachen das Gegenteil ihrer Behauptungen nachgewiesen. Als dann aber Wiesenthal, gestützt auf die Erfahrungen seiner eigenen mehrjährigen Tätigkeit bei der Firma die Zustände daselbst beleuchtete, zogen es die beiden Meister vor, sich zu drücken. Dies wurde von der Versammlung umso mehr behauert, als noch von mehreren Rednern nachgewiesen wurde, daß gerade Herr Alam alle Arbeiten übernimmt, die andere Meister wegen der niedrigen Kalkulation nicht ausführen wollen. Schließlich wurde nachstehende Resolution angenommen: Die versammelten Mechaniker erklären sich mit dem Vorgehen ihrer Kollegen bei Kaiser u. Schmidt und Gans u. Goldschmidt einverstanden und verpflichten sich, dieselben nach jeder Richtung hin zu unterstützen; ferner versprechen sie, für die feste Ausbreitung der Organisation zu wirken.

Solzarbeiter-Verband. In einer Vertrauensmänner-Versammlung sächsischer Branchen und Bezirke, die am Mittwoch im Gewerkschaftshause tagte, referierte Glode über das Thema: „Mißstände auf dem Jahr 1902 und unsere weiteren Aufgaben“. Der Redner schilderte die Tätigkeit der Organisation im verfloffenen Jahre und ging besonders auf den Kampf gegen den Arbeitsnachweis der Unternehmer und die Entlassungsdekrete ein, der bekanntlich zu einer Niederlage für die Unternehmer geführt hat. Der Holzarbeiter-Verband sei aus diesem Kampf, der vom Februar bis zum Dezember dauerte, innerlich gestärkt hervorgegangen; zu erwarten sei aber, daß auch die Unternehmer an Einsicht gewonnen hätten und vielleicht andere Wege einschlagen würden, um die Organisation der Arbeiter anzugreifen, und darum gelte es, auch in Zukunft gerüstet zu sein und in dem Streben für den Verband nicht zu erschaffen. In Zukunft müsse dahin gewirkt werden, daß eine einheitliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, eine Tarifgemeinschaft für die verschiedenen Branchen eingeführt werde. Die Meister mühten durch die Tätigkeit des Verbandes zu der Ueberzeugung gebracht werden, daß eine solche gemeinschaftliche Regelung auch in ihrem Interesse liegt und notwendig ist. Ein wirklich paritätischer Arbeitsnachweis könne als Grundlage zur Erreichung einer solchen Regelung dienen. Der Arbeitsnachweis der Unternehmer müsse aber auch jetzt noch streng gemieden werden, denn er könne, auch nachdem der Zwang für die Meister aufgehoben, die Entlassungsdekrete zurückgezogen seien, noch zu einer gefährlichen Waffe der Unternehmer werden. — Die Diskussion bewegte sich im Sinne des Referats. Vor allem wurde noch hervorgehoben, daß der Arbeitsnachweis der Unternehmer aufs strengste zu meiden ist.

Darüber berichtete der Arbeitsvermittler Maas über eine Anzahl Werkstatthalter und Differenzen, wovon gegenwärtig noch vier unerledigt sind. Sodann wurden noch einige Mitteilungen über Werkstattangelegenheiten gemacht.

Der Bauverein der Bauingenieur-Arbeiter hielt am Montag seine erste diesjährige Generalversammlung ab. Die Abrechnung vom 4. Quartal 1902 weist eine Einnahme von 1796,50 M. und eine Ausgabe von 1131,15 M. und einen Kassenbestand am 31. Dezember 1902 von 2221,46 M. auf. Hieraus erstattete Hoffner den Jahresbericht des Vorstandes, aus dem folgendes hervorgehoben ist: In vier Betrieben fanden Streiks statt, woran 86 Kollegen beteiligt waren (davon 56 organisiert). Die Dauer der Streiks war zusammen 13 Wochen. Für Streiks und Ansperrungen infolge Feiertage des 1. Mai wurden 2817,00 M. angezahlt. Im Arbeitsnachweis meldeten sich 343 Kollegen arbeitslos, besetzt wurden 148 Stellen. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des Jahres 451.

Die Arbeiter-Genossenschaft „Paradies“ hielt am Mittwoch eine stark besuchte Mitgliederversammlung bei Zuggenhaus, Moritzplatz, ab. Der Referent, Reichstags-Abgeordneter E. D e r n s t e i n, bezeichnete die Wohnungsfrage als eine der bedeutendsten für die gesamte social-Frage, er schilderte den Einfluß der Wohnungsverhältnisse auf die Lebensweise der Bevölkerung und kritisierte die erbärmlichen Zustände, die eine Folge der Unwissenheit, der Grund- und Bodenpekulation sind und unter denen namentlich die Arbeiterklasse so sehr zu leiden hat. Es müßte eine einseitige, radikale Wohnungspolitik betrieben werden, was aber unter den gegenwärtigen Umständen weder von der Kommune noch vom Staat zu erwarten ist und deshalb seien die Arbeiter-Genossenschaften dazu berufen, in diesem Sinne zu wirken. So wie die Gewerkschaften die Pioniere der Arbeiterschaft-Gesetzgebung sind, so müssen diese Genossenschaften als Pioniere der Wohnungspolitik thätig sein. Es ist allerdings nicht anzunehmen, daß die Arbeiter allein die Wohnungsfrage gänzlich lösen können, aber durch die Genossenschaften kann dieses erreicht werden, sie können den Wohnungsmarkt beeinflussen und der Grund- und Bodenpekulation entgegenwirken. Es werden durch Bauwerkstätten Wohnungen für die Genossenschaftsmitglieder, durch ihre Erfolge die große Masse der Arbeiterschaft anzuregen, für bessere Wohnungsverhältnisse einzutreten und schließlich einen revolutionären Einfluß ausüben.

Dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrage folgte eine längere Diskussion, in der darauf hingewiesen wurde, daß der Staat und die Kommunen mindestens die Verpflichtung hätten, die Wohnungsfrage durch Gewährung von Geldmitteln zu einem mäßigen Zinsfuß in ausgiebiger Weise zu unterstützen.

Die Zahlreiche Weiskene des deutschen Holzarbeiter-Verbandes hielt am 15. Januar ihre außerordentliche Generalversammlung ab. Den Bericht vom 4. Quartal gab Kirchner. Die Einnahme der Verbandskasse war 608,12 M., die Ausgabe 578,82 M., bleibt ein Bestand von 229,30 M. Die Gesamteinnahme der Lokalkasse war 3029,77 M., dem stand eine Ausgabe von 692,07 M. gegenüber, so daß ein Bestand von 2337,70 M. verbleibt. 50 Mitglieder mußten wegen restierender Beiträge gestrichelt werden. Die Mitgliederzahl betrug am Ende des 4. Quartals 282. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Sodann gab Schröder den Verwaltungsbericht. Die Zahl der Lohn Differenzen belief sich auf 10, die der Mahngelungen auf 3. Rechtschutz wurde 11 mal bewilligt. Das Resultat der Wahlen war folgendes: 1. Bevollmächtigter Schröder, 2. Bevollmächtigter Schlemminger, Schriftführer Dächner, Kassierer Kirchner. Als Revisoren fungieren Paul Schulz, Kirchner und Malissa. Michalek wurde als Gewerkschaftsdelegierter gewählt. Die Kontrollkommission besteht aus Jange, Wildes, Heinrich, Jung, Caltrich, Vordard, May, Meinde, Richard Kirchner und Höpner. In die Arbeitsnachweis-Kommission wurden gewählt: Lehner, Krause, Weisse, Schöfner, Schlemminger, Mod und Junl. Beschlossen wurde noch, dem ersten Bevollmächtigten eine Entschädigung von 10 M. für das Vierteljahr zu gewähren.

Zempelhofer, Mariendorfer, Mariensfelder. Alle Gewerkschaftsvereine werden darauf aufmerksam gemacht, daß Sonntag, den 23. d. M., nachmittags 4 Uhr, eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung im Lokale des Herrn Wagnard, Dorfstraße (Mariendorfer) stattfindet. Alle Genossen, aus Brauen, sind hierdurch eingeladen. Der Einberufer.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalfeste! Das Lokal „Ton-Halle“, Friedrichstr. 112 — fünfter Kreis — steht von jetzt ab der Arbeiterschaft zu Verfügung...

Wilmersdorf. Die Parteigenossen werden ersucht, sich Freitagabend 7 Uhr zahlreich bei Witte, Berlinerstr. 40, zur Flugblattverteilung einzufinden.

Köpenick. Heute abend findet Flugblattverbreitung statt. Genossen, welche helfen wollen, werden ersucht, sich bei den Bezirksführern zu melden...

Nieder-Schneeweide. Der Wahlverein hält Sonnabendabend 8 1/2 Uhr seine Vereinsversammlung ab, in der jeder Parteigenosse zu erscheinen hat.

Lokales.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Die gestrige Sitzung brachte den Stadtverordneten endlich die für die vorige wie für die bevorstehende Sitzung erhoffte Einführung des neuen Bürgermeisters...

Die Versammlung nahm ihre Geschäfte wieder auf und verhandelte über eine erneut vom Magistrat eingebrachte Vorlage betreffend die Aenderung der Befoldungsordnung...

Es folgte die Schulartz-Vorlage und der hierher gehörige Antrag der socialdemokratischen Fraktion. Die Besprechung eröffnete unser Genosse Stadtv. Bornstein...

Socialpolitik im „roten Hause“.

Veranlaßt durch ihre schlechte materielle Lage wandten sich die organisierten Arbeiter der städtischen Steindepots am 11. November 1901 an die städtische Bau-Deputation...

Nach eingehender Prüfung der einzelnen Punkte der von den städtischen Steindepot-Arbeitern eingereichten Bittschrift sind wir jetzt in der Lage, diese im Einverständnis mit dem Magistrat wie folgt zu beantworten...

Aus den Kreisen der städtischen Arbeiter wird und hierzu geschrieben: Man weiß natürlich nicht, was man mehr besonders soll, die seitens der Deputation vorgekommene eingehende Prüfung dieser eigentlich selbstverständlichen Forderungen...

Polizeiliche Komplementärvorschriften.

Sehr läßliche Vorschriften über ihr Verhalten dem Publikum gegenüber sind seitens der Polizeibeamten in Frankfurt a. L. gemacht worden:

Der Polizist soll demnach im dienstlichen Verkehr mit den Bürgern jeder Zeit eine ruhige und besonnene Haltung bewahren, sich aller unwürdigen Behauptungen des Publikums enthalten...

Nach für Berlin bestehenden seit langem Vorschriften über die Umgangsformen, welche die Schutzmansschaft in Verkehr mit dem Publikum zu üben hat. Nach einem Tagesbefehl vom 6. Mai 1880...

Diese und andere Vorschriften haben nicht zu verhindern vermocht, daß Beamte das Publikum in zuweilen unmissverständlicher Weise mißhandelten, so gut die Vorschriften an sich auch gemeint sein mochten...

Es bedarf also anderer Maßnahmen als die üblichen Tagesbefehle, um die Polizei-Organen in einem den berechtigten Forderungen der Öffentlichkeit entsprechenden Sinne zu erziehen.

Die Sterblichkeit ist in Berlin in dem eben zu Ende gegangenen Jahre 1902 so gering gewesen, daß diesmal die Zahl der Sterbefälle um mehr als 3000 hinter denjenigen des vorhergehenden Jahres zurückbleibt...

Zur Lage der Bureau-Angestellten. In den Nummern 14 und 17 unseres Blattes beschäftigten wir uns mit einer Gerichtsverhandlung gegen den Redakteur der Bureau-Angestellten, G. Bauer...

Nach den von Herrn Landgerichtsdirektor Cypis publizierten Urteilsgründen hat das Gericht im Gegenteil den Wahrheitsbeweis als vollständig gelungen bezeichnet. Der Sachverhalt ist kurz folgender: In dem von dem Centralverein der Bureau-Angestellten Deutschlands herausgegebenen Jahrbuch „Der Bureau-Angestellte“ war ein Artikel veröffentlicht, in dem an den im Bureau des Rechtsanwalts Adolf Lewinski herrschenden Lohn- und Arbeitsbedingungen nachgewiesen wurde...

monatlich 55 M.; 3. einen Ranglisten im Alter von ca. 40 Jahren mit monatlich 50 M.; 4. einen dritten Ranglisten, ca. 10 Jahre alt, mit monatlich 35 M. besolde; ferner, daß er einem sogenannten Lehrling 10 M. pro Monat zahle und denselben eine nach mehrmonatlicher Thätigkeit nachgehende Gehaltssteigerung verweigert habe.

In der Hand von Arbeitssündern, die die Schreiber führen mußten, war ausgerechnet, daß der eine Rangliste im Durchschnitt täglich 55 Seiten geschrieben, also wenn man 50 Pf. täglich für Ausgaben an Schreibmaterialien usw. in Abzug bringt, dem Rechtsanwalt Lewinski täglich 5 M. bar verdient habe...

Es war ferner bekannt worden, daß Rechtsanwalt Lewinski die um 7 Uhr abends beendigte neunstündige Arbeitszeit seiner Angestellten willkürlich ausdehnte und daß die Angestellten meist bis 7/9 Uhr, oft aber auch bis 10 Uhr nachts arbeiten mußten...

Im Anschluß daran war in jenem Artikel von „einem förmlichen Mißverhältnis zwischen Leistung und Entlohnung“, von „Lehrlingsgünsterei“, einem „Inkrassen Geschäft“ usw. gesprochen und dem Rechtsanwalt Lewinski zum Vorwurf gemacht, daß er sich ca. zwei Drittel des Verdienstes seiner Angestellten „amiquo“ und in seine eigenen Taschen gleiten lasse...

Die Polizeiannahme ergab nun nicht nur die Richtigkeit der vorstehenden thatsächlichen Angaben, es stellte sich auch noch ferner heraus, daß die Angestellten Lewinski auch noch Sonntagsarbeit leisten mußten, ohne hierfür Entlohnung zu erhalten...

Der Vorsitzende des Gerichts, Landgerichtsdirektor Cypis, hob nun in der Urteilsbegründung ausdrücklich hervor, daß der Vorstoß der Wahrheit bezüglich der in jenem Artikel behaupteten Thatsachen vollbracht sei, wenn auch die Berechnung des Profits, den Rechtsanwalt Lewinski aus seinen Schreibern herausgeschlage, vielleicht nicht ganz zutreffend sei...

Rechtsanwalt Lewinski eignete sich zwei Drittel des Verdienstes seiner Angestellten an, um denselben in seinen eigenen Taschen verschwinden zu lassen, als beleidigend anzusehen sei und deshalb auf Grund des § 185 Str.-G.-B. wegen formaler Beleidigung Bestrafung erfolgen müsse. Bei der Abmessung des Strafmaßes sei aber zu berücksichtigen, daß die von mir durch den Artikel verfolgte Absicht, die Arbeits- und Lohnverhältnisse im Bureau zu bessern, durchaus als berechtigt anzuerkennen sei...

Den Satz des § 193 Str.-G.-B. glaube der Gerichtshof mir verjagen zu müssen, weil ich nicht eigene Interessen vertreten habe. Die Beurteilung des Herrn Dr. Bahler erfolgte nicht wegen Mißbrauch der thatsächlichen Angaben aus dem Artikel des „Staatsbürger-Blattes“, sondern weil Rechtsanwalt Lewinski in der „Staatsbürger-Zeitung“ als „Vollkonsument und Wucherer“ bezeichnet war.

Ueber bedeutsame Reformen an Gunsten der Postbeamten wird berichtet: Die Auszeichnungen, wie sie vom Kaiser kürzlich vor Weihnachten den Unterbeamten der Reichs-Post- und Telegraphen-Verwaltung verliehen worden sind, sind jetzt bis auf vereinzelte Ausnahmen vollständig duragesührt. Im Ober-Postdirektionsbezirk Berlin handelt es sich um rund 6100 fest angestellte Unterbeamte, von denen etwa 2000 das Prädikat Ober verliehen worden ist...

Den Historikern späterer Geschlechter werden viele verschiedenen Gebungen, Steine, Säulen und Plattschüre wertvolles Material zur Beurteilung des Staates der Socialreform bieten.

Achtuhrfahrlässigkeit in der Nähmaschinenbranche. Aus den Kreisen der Nähmaschinenhändler war bekanntlich beim Polizeipräsidium der Antrag gestellt worden, die offenen Verkaufsstellen dieses Zweiges in der Zeit von 8 Uhr abends bis 7 Uhr morgens im Bereich des Landespolizeibezirks Berlin zu schließen...

Gehetzte Markthallen. Die „Allgemeine Fleischer-Zeitung“ berichtet: Auf Veranlassung des Magistrats beschäftigten gestern der Markthallen-Direktor Graue und das Mitglied der Markthallen-Deputation, Stadtverordneter Jaquel die Markthallen in Hannover, um die dortige Heizungsanordnung, die sich durchaus bewährt hat, zu beschreiben...

Die Wildenten haben sich auf der Spree sowie deren Kanäle und anderen mehr oder minder kleinen Wasserläufen in letzter Zeit außerordentlich vermehrt. Wie groß ihre Verbreitung innerhalb und außer der Peripherie Berlins ist, sieht man zum Beispiel an frostreichen Tagen, wo das Wasser zu Eis erstarrt ist...

